

# 1. Historisch-ideelle Voraussetzungen zu einer Neuorganisation der Agrarproduktion

Die Geschichte der Menschheit ist auch eine Geschichte der Kämpfe und der Kriege um das Brot und den für seine Erzeugung erforderlichen Boden. Vor sechs- bis siebentausend Jahren zwang der Hunger die Menschen zu Ackerbau und Viehzucht. Damit verband sich die Seßhaftigkeit auf dem jeweils bestimmten, zur entsprechenden Zweckmäßigkeit erkannten oder erhofften Erdenfleck.

Damit waren aber auch neue soziale und ökonomische Interaktionen, Interaktionsformen und Entwicklungen innerhalb der Gruppen, Clans, Stämme und Völker – ein kultureller Evolutionsschub – unmittelbar angelegt und bestimmt. Innerhalb der Stämme und Völker und zwischen ihnen setzte mit der Gepflogenheit der Seßhaftigkeit der Streit um die ertragreichsten Plätze ein. Dieses Geschehen insgesamt ist heute noch Stoff und Gegenstand von Untersuchungen und Deutungen der Sozialwissenschaften, seit geraumer Zeit insbesondere der Soziologie und der Agrarsoziologie.

Mit der Erhöhung der Produktivität im Industriezeitalter verbesserte sich auch die Effektivität landwirtschaftlicher Produktion durch die Einführung besserer Werkzeuge, schnellerer Maschinen, Transportmittel und moderner Methoden und Verfahren. Das hatte wiederum Migrationen, soziale Umstrukturierungen auf dem Dorfe und Landflucht in die entstehenden Städte und Metropolen zur Folge.

Um diese Erscheinungen speziell zu untersuchen, bildete sich seit den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein neuer Zweig der Soziologie heraus: die Land- oder Agrarsoziologie<sup>1</sup>. Sie beschäftigt sich mit:

- der Industrialisierung großer ländlicher Gebiete
- den Konsumbedingungen und Veränderungen der Werthaltungen und Lebensweisen
- den sozialen Verkehrs- und Integrationsvorgängen zwischen Stadt und Land
- der öffentlichen, regionalen Entwicklungs-, Flurbereinigungs- und Siedlungsstrukturpolitik (Regionalplanung)
- der industriellen Organisation, der Wirtschafts- und Arbeitsverfassungsformen auch im Landbau
- den Problemen der Diffusion und Innovation für ländliche Bevölkerungsgruppen
- den Folgen des Abbaus von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft als Resultat von Produktivitätssteigerungen, Überproduktion, internationaler Konkurrenz und Preissenkung
- der Abwanderung von Jugendlichen und Überalterung in strukturschwachen und abgelegenen Gebieten
- der Verödung ländlicher Gemeinden
- den Möglichkeiten des Tourismus und des ökologischen Landbaus sowie der Aufwertung einfacher, gesunder Lebensformen.

Vorerst soll jedoch ein kurzer Abriß über wichtige landwirtschaftliche Probleme und Neuerungen in der Geschichte erfolgen. Dazu erfolgt eine Rückschau zurück in die Landwirtschaft des Altertums, vorerst einmal etwas poetisierend: In der griechischen Mythologie war es Demeter, die Göttin des Erdsegens und der Fruchtbarkeit, der die Fähigkeit zugesprochen wurde, die Menschen die Kunst des Ackerbaus zu lehren. Die Kultstätte ihrer Verehrer war nahe der Stadt Eleusis. Da es sich jedoch bis heute zeigt, daß ihre Lehren entweder nicht komplett genug waren oder von den Menschen nicht richtig verstanden und angewandt wurden oder eben Mythologie sind, gab es immer wieder Anlaß zu Träumen wie zum Beispiel den Traum vom

---

<sup>1</sup> Siehe Sorokin, Pitirim A.; Zimmermann, C. C.: The Rural Urban Sociology, New York 1929. Sorokin war 1917 Mitglied der Kerenski-Regierung in Rußland, emigrierte 1924 nach den USA und hatte später an der Harvard-Universität bedeutend an der Herausbildung der Agrarsoziologie teil.

Schlaraffenland, wo gebratene Tauben den Menschen ins Maul fliegen, wo Berge zu Käse und Flüsse zu Wein werden. Andererseits verursachte das Fehlen oder der Mangel an Nahrungsmitteln in der irdischen Kulturgeschichte ein beständiges Suchen nach neuen Methoden, Wegen und nach Reformen von Sozialverhältnissen, um des Übels Herr zu werden.

So beginne ich mit philosophischen Vorstellungen im alten Griechenland zur Reformation der Agrarproduktion, weil hier schon praktische Voraussetzungen entstanden, die dann auch für das Römische Reich von nicht unerheblicher Bedeutung waren. Es folgte die Übertragung durch dieses auf die west- und mitteleuropäischen Verhältnisse der Agrarökonomik sowie auf die Bildung und Gestaltung der gesamten kulturellen Vorstellungen und auf die Ausbreitung der realen Verhältnisse.

Anders als in Westeuropa waren die Bedingungen im alten Rußland, dessen Voraussetzungen und Entwicklungen ich am Ende des Eingangskapitels beschreiben werde. Diese wurden für die landwirtschaftliche Transformation nach 1945 in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR zur eigentlichen Maxime erhoben. Soweit spannt sich der Bogen. Es soll dabei aber nicht nachgewiesen werden, daß die Vorstellungen der Bolschewiken und der späteren Stalinisten, so unterschiedlich sich diese aufgrund der russischen Bedingungen, Voraussetzungen und politischen Vorstellungen auch entwickelt haben, auf die mitteleuropäischen Länder des ehemaligen Deutschen Reiches nach dem zweiten Weltkrieg, also auf die SBZ und die DDR, deckungsgleich übertragen wurden. Die Ausarbeitungen des ersten Teiles sollen dazu dienen, die Zusammenhänge zwischen utopischen und bürgerlichen Vorstellungen, sozialistischen Ideen sowie den sowjetischen Gegebenheiten einerseits und den praktischen wirtschaftlichen und politischen Interessen bei der Agrartransformation in der DDR andererseits analysieren und bewerten zu können.

Dieser Vergleich mit anderen im Verlauf der Arbeit zu untersuchenden und zu beschreibenden speziellen Entwicklungen ist angebracht, um zwei grundsätzliche Ideologien über die Agrartransformation beurteilen zu können:

1. Behauptungen des einen ideologischen Lagers, die Geschichte der ostdeutschen Agrartransformation wäre destruktiv verlaufen, weil die sozialistischen Ideen versucht wurden, in die Praxis umzusetzen.
2. Behauptungen des anderen ideologischen Lagers, die besagen, die Geschichte bis zum politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des östlichen, sogenannten realsozialistischen Wirtschaftsgebietes des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe zeitigten optimale Ergebnisse, weil die sozialistisch-kommunistischen Ziele verfolgt und in die Praxis umgesetzt worden wären.

Die Gefahr besteht für die soziologische Forschung darin, daß sie ihre Untersuchungen nur im Spannungsfeld dieser beiden idealistischen Betrachtungsweisen verharren läßt, indem sie ausschließlich ideologische Faktoren wie die des Marxismus oder Bolschewismus als gestaltliche Kräfte der Geschichte begreift, die wirklichen materiellen Interessen der Konfliktparteien unberücksichtigt läßt und damit in der Sackgasse bleibt.

Die Beleuchtung einiger wesentlicher philosophischer und sozialökonomischer Vorstellungen in Bezug auf den Ackerbau ist aber notwendig zur Beantwortung weiterer grundsätzlicher Fragestellungen dieser Arbeit: In welchem Maße wurden in der SBZ/DDR utopische und sozialistische Ziele in den agrar-ökonomischen Verhältnissen Wirklichkeit? Welche Interessen wurden tatsächlich bedient? In welchem Konflikt stehen diese utopischen und sozialistischen Ambitionen sowie die Forderung zur Sicherung tatsächlich freiheitlicher, sozialer und ökologisch optimaler Bedingungen mit dem sich abzeichnenden ständigen Zwang zur Erhöhung der Produktivität auch der Landwirtschaft und der damit bisher verbundenen und auch absehbar perspektivischen Freisetzung von Arbeitskräften und anderen Folgen der Großfelderwirtschaft?

## 1.1. Utopische und bürgerliche Vorstellungen

### 1.1.1. Antike und Mittelalter

Eingangs sollen für dieses Zeitalter die Reformen des alten Griechen Solon benannt werden. Solon wurde 594 v. u. Z. zum Archon von Athen gewählt. Die Überlieferung bezeugt seine »Solonischen Reformen«, die die Herausbildung der antiken Sklavenhaltergesellschaft im Rahmen der Polis-Demokratie förderten. Als im 7. Jh. v. u. Z. die Verschuldung der attischen Kleinbauern ein solches Maß angenommen hatte, daß diese nicht mehr in der Lage waren, sich selbst für das Bürgeraufgebot zu bewaffnen, wurde Solon beauftragt, dieser Lage durch soziale Reformen abzuwehren. So soll er gesagt haben: »... der Mensch solle sich bescheiden. Er kann mit wenigem glücklich sein und nur mit wenigem. Zu großer Besitz«, sagte Solon weiter, »soll geteilt werden. Nicht Reichtum ist uns wünschbar, sondern Tugend, und sie erst macht das gemeinsame Leben leicht.«<sup>2</sup> Solon war einer der sogenannten »Sieben Weisen«, die in Athen die Aufhebung der Hypothekenschulden und der Schuldknechtschaft zur »Friedensstiftung zwischen den Ständen« anordneten sowie eine »bescheidene Mitte in Wirtschaft und Besitz« vorstellten. Er setzte alle, die in Schuldknechtschaft und Schuldklaverei geraten waren, wieder in ihre bürgerlichen Rechte ein und schaffte die Haftung des Schuldners mit seiner Person ab. Solon gliederte die Gesellschaft politisch und militärisch in vier Klassen und forderte die Mitverantwortung jedes Bürgers für die Gesellschaft. In diesem Sinne wird ihm die eigentliche Gründung und Herstellung des altgriechischen demokratischen Staatsorganismus, der Polis Athen, nachgesagt. Die Gesetzgebung durch die Solonischen Reformen soll die Voraussetzung geschaffen haben für den Aufschwung des Handels, des Handwerks und des Ackerbaus.

Der griechische Philosoph Platon (427–347 v. u. Z.) lehrte seine Auffassungen eines ethischen philosophischen Idealismus in der von ihm gegründeten »Akademie als hohe Schule der Philosophie, der Wissenschaften und der Staatsweisheit«. Er hatte in seiner bekannten Schrift »Politeia« bekundet, einen nach seinen Vorstellungen vollkommen geordneten Staat zu schaffen. Die geistige Tendenz, die hierin zum Ausdruck kommt, die des Übergangs vom Traum von der Freiheit zum Traum von der staatlichen Ordnung, hatte ihren Antrieb wahrscheinlich in der Entwicklung der frühen Demokratie zur späteren Diktatur. So lieferte Platons Schrift auch einen »Bauplan« zur Errichtung dieser Diktatur.

Auch Aristoteles<sup>3</sup>, Schüler des Platon und Berater Alexander des Großen, befaßte sich in seinen philosophischen Schriften mit den Fragen des Ackerbaus. Dabei war auch Aristoteles zeitgemäß eingestellt und befürwortete die Sklavenhaltergesellschaft. Sein Ideal war die kleine Ackerbauwirtschaft, auf der natürlich<sup>4</sup> nur die Sklaven arbeiten sollten, jedoch müsse der Austausch der Produkte »über den gerechten Austausch« mit den Nachbarn vollzogen werden. Er befaßte sich infolge dessen mit dem Produktenwert und schuf damit die Grundlagen

<sup>2</sup> Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung. Abriß der Sozialutopien. 2 Bd., Berlin 1955, S.42.

<sup>3</sup> Aristoteles stammt aus der Stadt Stagira und siedelte im Jahre 335 v.u.Z. nach Athen, dem kulturellen Zentrum der antiken Welt, über, um von da aus wirksamer sein zu können.

<sup>4</sup> Nach der Auffassung der Antike galten Tätigkeiten, die der Notdurft, also der Herstellung des materiellen Unterhaltes dienten, als von Sklaven zu verrichten. Hannah Arendt schreibt dazu: »Demgemäß wurden Beschäftigungen, auch wenn sie nicht direkt in physischer Tätigkeit bestanden, dem verachteten Stand der Arbeit gleichgestellt, sobald sie nicht um ihrer selbst willen unternommen wurden, sondern um die Lebensnotwendigkeiten herbeizuschaffen. Die Ansicht moderner Historiker, daß die Antike das Arbeiten und das Herstellen verachtete, weil nur Sklaven damit befaßt waren, ist ein Vorurteil. Das Altertum meinte umgekehrt, daß man Sklaven nötig habe, weil es notwendige Beschäftigungen gibt, die ihrer Natur nach »sklavisch« sind, nämlich dem Leben und seiner Notdurft versklavt. Weil man die Dinge so ansah, bedurfte die Einrichtung der Sklaverei keiner Verteidigung; sie war durch die Natur der Sache gerechtfertigt.« Arendt, Hannah: Vita Activa oder Vom tätigen Leben. München 1967, S. 78.

der politischen Ökonomie. Seine Wertvorstellungen wurden später in der bürgerlichen Zeit von Adam Smith in seinem Werk »Der Reichtum der Nationen«<sup>5</sup> wieder aufgegriffen. Der »rückwärtsgewandte Hang« zur Förderung von Kleinproduktion und des direkten Austauschs, wie bei Aristoteles erstrebt, fand später im 19. Jahrhundert große Sympathien und programmatische Aufnahme bei den Anarchisten in Mittel-, West- und Südeuropa.

Wurden die Lebensbedingungen zu Hause enger, begannen die Weltverbesserer auch der Antike von fernen, sonnenbeschiene Inseln der Freiheit zu träumen. So die Utopie der Sonneninsel des Jambolos, die Vorstellung vom Glücksland Pancaea im epikureischen Lehrgedicht des Lukrez oder Augustins Beschreibung eines Gottesstaates. Die Utopien und die Phantasie wurden gespeist durch die Anschauung fremder Reiche und Kulturen während der Feldzüge Alexanders des Großen und seiner Eroberungen.

War im christlichen Testament ein gemeinschaftliches und freiheitliches Leben vorgestellt und gepriesen, so sah der Kirchenalltag im Mittelalter Herrschaft und Knechtschaft, Reichtum und Elend. So predigte der kalabrische Abt Joachim di Fiore von einer kommenden mystischen Demokratie in der Erleuchtung des Heiligen Geistes, die ohne Herren und ohne Kirche möglich sein würde. Seine Predigt handelte vom Fluch und radikalen Ende des verkommenen Feudal- und Kirchenstaates.

Zu allen Zeiten gab es Träume und Programme, die an den jeweils unvollkommenen, drückenden oder überkommenen sozialökonomischen Umständen festmachten und mit der Suche nach Auswegen aus den widrigen Umständen begannen. Im Altertum und unter feudalistischen Verhältnissen bezogen sich die Träume und Antizipationen selbstredend größtenteils auf die Agrikultur, denn Handwerk und Industrie begannen ihren Aufschwung erst im Ausgang des Mittelalters, im Zeitalter der Renaissance.

### 1.1.2. Frühbürgerliche Vorstellungen

Im Jahre 1516 dann, also ein Jahr vor dem Thesenanschlag Martin Luthers zu Wittenberg, erschien in England Thomas Morus' Utopie von der sozialen Freiheit (Vom besten Zustand des Staates oder von der neuen Insel Utopia) und brach damit eigentlich die frühbürgerliche Vorstellungswelt der Ideen der Renaissance auf. Morus knüpft wieder an die Fabeln des Jambolos an. Seinen realen Hintergrund bilden jedoch die Berichte des Amerika-Reisenden Amerigo Vespucci über die Lebensweise der Indianerstämme. Er stellt sich auf der Insel Utopia ein Leben unter Gleichen ohne Sondereigentum vor, so wie es die französische bürgerliche Revolution bis zu ihrem Thermidor später fordern sollte. Die bürokratische Variante im Gegensatz zu Morus freiheitlicher stellte 1623 Campanella in seiner Civitas solis (Der Sonnenstaat) vor. Hier wird die Überwindung der feudalen Fesseln für die keimenden bürgerlichen Lebens- und Produktionsformen als eine Art autoritärer Ordnung antizipiert. Die Gegenüberstellung von Morus und Campanella nimmt schon den späteren Streit in der kapitalistischen Gesellschaftsverfassung vorweg: Freiheit oder Ordnung, Demokratie oder Diktatur, wie und durch welche gesellschaftliche Verfassung sind Liberalismus und soziale Sicherheiten optimal zu gewährleisten?

### 1.1.3. Aufklärung und bürgerliche Theorien

Mit der Aufklärung wird die Besinnung auf das Naturrecht, wie es im Ansatz schon bei Epikur<sup>6</sup> formuliert wurde, zu einem revolutionären Faktum. Es besagt im Wesen, daß die Loyali-

<sup>5</sup> Adam Smith lebte in Großbritannien (1723–1790) und war Philosoph und Volkswirtschaftler. Er begründete neben David Ricardo die klassische bürgerliche Volkswirtschaftslehre.

<sup>6</sup> Der griechische Philosoph Epikur lebte 341–271 v. u. Z. Als Maßstab setzte er die sinnliche Wahrnehmung, auf die sich alle Wahrnehmungserkenntnis aufbauen sollte. Die Fundamente der modernen Naturrechtskon-

tät der Untergebenen aufgekündigt werden kann, wenn der Herrschende oder die Herrschenden gegen die natürlichen Lebensrechte der Untergebenen verstoßen. Dabei gehen die Naturrechtler, genannt sei hier Jean Jaques Rousseau, von der Tatsache aus, daß ein Gesellschaftssystem oder Staat quasi mit der Zustimmung aller Beteiligten gebildet wird und so von denen aufgekündigt werden kann, deren Rechte verletzt werden. Zur Frage des Eigentums schrieb Rousseau in »Der Gesellschaftsvertrag«, dessen Inhalt wesentlich zur Programmatik der französischen bürgerlichen Revolution werden sollte:

»Jedes Glied des Gemeinwesens tritt dem Gemeinwesen in dem Augenblick bei, wo es gebildet wird, wie es gerade ist, mit seiner Person und allen seinen Kräften, zu denen auch seine Besitztümer gehören. Dadurch, daß der Besitz hierbei in andere Hände übergeht, ändert er nicht seine Natur und wird nicht Eigentum des Souveräns; da jedoch die Kräfte des Gemeinwesens unvergleichlich größer sind als die jedes einzelnen, so ist der Gemeinbesitz in der Tat auch fester und gesicherter, ohne dadurch, wenigstens den Fremden gegenüber, rechtmäßiger zu sein; denn in Bezug auf seine Glieder ist der Staat durch den Gesellschaftsvertrag, der im Staat als Grundlage aller Rechte dient, Herr über alle Güter; aber anderen Mächten gegenüber ist er es nur durch das Recht des ersten Besitzergreifers, das er von den einzelnen übertragen bekommen hat.«<sup>7</sup>

Der Arzt und Naturforscher François Quesnay war einer der bedeutendsten Ökonomen aus der Zeit der französischen Aufklärung und nimmt mit Anne-Robert-Jacques de l'Aulne Turgot (1727–1781) in der Begründung der französischen bürgerlichen Ökonomie einen Ehrenplatz ein.<sup>8</sup> Er prägte die philosophische Schule der Physiokraten.<sup>9</sup> Vor allem durch seine medizinische Tätigkeit und Forschung, zum Beispiel über den Blutkreislauf, den Stoffwechsel des menschlichen Organismus mit der Natur, gelangte er zu dieser Auffassung.<sup>10</sup> Quesnay wandte sich der katastrophalen Lage der französischen Landwirtschaft Mitte des 18. Jahrhunderts zu. Er veröffentlichte 1756 seinen Aufsatz »Die Pächter« in der bekannten »Enzyklopädie« Diderots und d'Alemberts und sprach darin vom »ungeheurem Verfall der Landwirtschaft Frankreichs«. <sup>11</sup> Ausgehend von der Vorstellung, daß die Landwirtschaft der einzige wirtschaftliche Produktionsbereich sei, arbeiteten Quesnay und seine Schule ein wirtschaftliches Reformprogramm aus, das sich gegen die Feudalverhältnisse richtete. Quesnay meinte dabei, daß die Abgabenlast der Bauern an die Lehnsherren, den König und die Kirche zu hoch seien und die Landwirtschaft und ihre Betreiber samt Familien zu Grunde richte. In den von Quesnay vorgeschlagenen Reformen wurde der Nettowert der landwirtschaftlichen Produktion durch Abzug aller Vorschüsse, Kosten für Saatgut, landwirtschaftliche Instrumente, Lohnarbeiter, Zugvieh dargestellt. Er griff den Bestand der Abgaben an König, Kirche und Lehnsherr grundsätzlich nicht an, kritisierte jedoch die Höhe der Abgaben und der Grundpacht. Die Gesellschaft war nach Quesnay in drei Klassen geteilt: die produktive Klasse, die Klasse der Grundeigentümer und die sterile Klasse. Die produktive Klasse bestand aus den Landwirten, die nicht nur den Aufwand für ihr Kapital ersetzten und sich ernährten, sondern auch ein Nettoprodukt erzeugten. Die Klasse der Grundeigentümer bestand aus denjenigen, die das Netto-

---

zeption entwickelte allerdings in systematischer Weise erst Hugo Grotius (1583–1645), indem er das Recht von der rein innerrechtlich begriffenen Natur des Menschen herleitete, nicht mehr vom göttlichen Willen und dessen Geboten. Er prägte den Satz: »Das Naturrecht ist so unveränderlich, daß es selbst Gott nicht verändern kann.«

<sup>7</sup> Rousseau, Jean-Jaques: Der Gesellschaftsvertrag. Leipzig 1988, S. 53.

<sup>8</sup> Berühmt wurde Quesnay im Jahre 1758 durch sein sozialökonomisches Werk »Tableau économique«, dessen erste Seiten von König Ludwig XV. selbst gedruckt wurden. Der König hatte bei Quesnay eine Druckmaschine für dessen Experimente aufstellen lassen. Quesnay war Berater bei Hofe.

<sup>9</sup> Das Wort Physiokratie bedeutet Herrschaft der Natur (aus dem Griechischen »physis« – Natur und »kratos« – Macht).

<sup>10</sup> In den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts soll auch Adam Smith einige Zeit im Zirkel Quesnays verbracht haben. Über diese Zeit hat Smith in seinem Werk »Der Reichtum der Nationen« berichtet.

<sup>11</sup> Anikin, A.W.: Ökonomen aus drei Jahrhunderten. Berlin 1974, S. 153.

produkt erhielten: aus den Gutsbesitzern, dem Hof, der Kirche sowie aus ihrem ganzen Gefolge. Die sterile Klasse bildeten mit Quesnays Worten alle übrigen: »alle die Bürger, die mit anderen Dingen und mit anderen Arbeiten als denen der Agrikultur beschäftigt sind«. Das System hat aus heutiger Sicht gewiß große Mängel. Beispielsweise rechnete er die Arbeiter und die Unternehmer in Landwirtschaft und Industrie ein und der selben sozialen Gruppe zu. Turgot hat dann diese Mängel teilweise aufgehoben, und Smith hat sie ganz widerlegt. Eine andere offene Frage bleibt bei Quesnay die Klärung des Systems der Kapitalakkumulation. Die Vorschläge der Physiokraten hatten faktisch bürgerlichen Inhalt – so auch Quesnays – in dem sie die Interessen der Besitzer an gesteigertem Bodenertrag befördern wollten. Offensichtlich wollten sie jedoch die feudalen Verhältnisse nicht antasten. Erst durch die Revolution 1789 wurde die Landbevölkerung von den Feudallasten befreit und zu freien Eigentümern des Grundes. Die erste Generation erhielt ihn unentgeltlich. Die nachfolgenden Generationen litten jedoch durch das Wachstum der Bevölkerung und der damit verbundenen weiteren Parzellierung des Landes. Die gesteigerte Nachfrage erhöhte den Bodenpreis und senkte die Wirtschaftlichkeit der kleinen Betriebe. Wachsende Verarmung und Verschuldung der Bauern durch Aufnahme von Hypotheken auf den Grund waren die Folge. Widrig für das Leben der Bauern erwies sich dazu später die zunehmend härtere Besteuerung durch den stark verschuldeten bürgerlichen Staat, weshalb die Mehrheit der Bauern nach der französischen Revolution vom Februar 1848 die kaiserliche Partei wählte, weil diese die Verminderung der Steuerlast versprach (vor allem der Weinsteuern, die sich im Weinanbaugebiet Frankreich als besonders einschneidend für die Weinerzeuger und -konsumenten auswirkte).

Gingen die Ambitionen der Physiokraten und der anderen bisher vorgestellten Autoren dahin, die Lage der Menschen zu verbessern, so stellte der Engländer Thomas Robert Malthus (1766–1834) am Ende des 18. Jahrhunderts insbesondere in seiner »Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz« die Behauptung auf, daß die Bevölkerung in der Tendenz schneller wachsen werde, als die Erzeugung von Nahrungsmitteln. Er sagte eine Progression in Form einer geometrischen Reihe beim Bevölkerungswachstum voraus, während die Nahrungsmittelproduktion nur im Sinne einer arithmetischen Progression steigen werde. Durch diese »Bevölkerungsexplosion« (alle 25 Jahre könne sich die Erdbevölkerung verdoppeln) könne sich die Erdbevölkerung nicht mehr ausreichend ernähren, man werde auf der Erde kaum noch stehen können, keine Lebensmittel und keine Arbeit haben. Die Übervölkerung stellte sich in Malthus' System nicht nur als Fluch der Menschheit dar, sondern als eine Art Segen, als Geißel Gottes, die den von Natur aus trägen Arbeiter antreiben sollte. Nur die ständige Konkurrenz der anderen Arbeiter, von denen es stets zu viel gebe, könne ihn zwingen, fleißig und für einen niedrigen Lohn zu arbeiten. Malthus behauptete, daß ein Anwachsen der Nahrungsmittelproduktion sofort eine steigende Geburtenzahl nach sich ziehe, bis die so gestiegene Bevölkerungszahl dieses Anwachsens wieder neutralisiere. Die Natur Sorge dafür, daß die von ihm vorgezeichnete Entwicklung nicht Wirklichkeit werde. Dafür hatte er folgende Erklärung: Minimierung durch »alle ungesunden Beschäftigungen, harte Arbeit und die Unbilden von Wind und Wetter, äußerste Armut, schlechte Körperpflege, große Städte, Ausschreitungen aller Art, die ganze Schar der Krankheiten und Epidemien, Kriege, Pest und Hungersnot«. <sup>12</sup>

Die Theorie Malthus' wird bis heute heftig diskutiert und kritisiert vor allem in Hinsicht auf die ökonomische Entwicklung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. So wird von seinen Kritikern angeführt, daß seine Logik nur dem kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus entnommen wäre, und weisen also auf die Möglichkeit eines alternativen Wirtschaftssystems mit seinen Lösungen hin, wobei zum Teil das von ihm extrapolierte Bevölkerungswachstum nicht einmal grundsätzlich bestritten wird. Eine andere Richtung der Kritiker weist darauf hin, daß selbst die reale kapitalistische Entwicklung Malthus' Prognosen bis heute widerlegt hätte. Dabei sind zwei gegenläufige Tendenzen von grundsätzlicher Bedeutung: Zum

---

<sup>12</sup> Malthus, Th. R.: Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz. Erster Band, Jena 1905, S. 25.

einen wäre es die Möglichkeit der Ertragssteigerung pro Anbaufläche. In diesem Zusammenhang kann auf die Auswirkungen der Forschungsergebnisse Justus von Liebig verwiesen werden, der als Chemiker und Naturforscher mit der Schöpfung der Agrikulturchemie<sup>13</sup> und der Einführung der mineralischen Düngung die Ertragsverhältnisse zu quantensprungartiger Verbesserung verhalf. Zum anderen zeigt die Bevölkerungsstatistik, daß gerade das Bevölkerungswachstum in den Industrieländern mit wirksamen sozialen Absicherungssystemen meist eine konstante oder gar rückläufige Geburtenquote aufweist. Es tritt heute sogar ein sogenannter Überalterungseffekt in unseren Gesellschaften ein.

Die Geburtenquote und das Bevölkerungswachstum, die nicht ganz unmittelbar im Zusammenhang stehen, zeigen dagegen in unterentwickelten Ländern mit dürftiger sozialer Sicherung eine positive Progression. Hier scheint allerdings ein Zusammenhang zwischen Geburtenrate und dem sozialökonomischen Zwang zur Steigerung des Familieneinkommens durch viele »Verdiener« (bei geringem Einkommen) sowie einer von den Eltern bezweckten Altersabsicherung durch möglichst viele Nachkommen zumindest plausibel zu sein.

Johann Gottlieb Fichte (1762–1814) war Philosophieprofessor und zuletzt tätig als erster gewählter Rektor der Universität Berlin. Er bildete den Kantschen Kritizismus zu einem metaphysischen Idealismus, der »Wissenschaftslehre«, fort, indem er die Bewußtseinsbildung aus einer Selbstsetzung des »Ich« ableitete und daraus die »Tathandlung« forderte. Das war ein wesentlicher Ansatz für die Deutsche Philosophie des Idealismus.

Im Jahre 1800 veröffentlichte Fichte seine Schrift »Der geschlossene Handelsstaat«. Darin stellte er drei von ihm benannte Urrechte vor: Verfügung des Individuums über seinen Leib, sein Eigentum, seine Sphäre als Person. Eigentum an Grund und Boden gilt bei Fichte nur insofern der Ackerbauer ihn bebaut, kein müßiger Feudalherr ist. Der »Vernunftsstaat« sollte dem Einzelnen das Recht auf Eigentum in dieser Art garantieren: »Wer nicht soviel hat, um leben zu können, so hat er nicht, was er zu haben berechtigt ist; er hat das Seinige nicht. Im Vernunftsstaat erhält er es; in der Teilung, welche vor dem Erwachen und der Herrschaft der Vernunft durch Zufall und Gewalt gemacht ist, hat es wohl nicht jeder erhalten, indem andere mehr an sich zogen, als auf ihren Teil kam.«<sup>14</sup> Fichte entwickelte mit dieser Auffassung eigentlich Ansätze einer staatssozialistischen Vorstellung.

In seinen Vorstellungen trat er dafür ein, daß der Staat die Organisierung der gesamten gesellschaftlichen Arbeit zu übernehmen hätte. Die Macht des Feudaladels solle abgeschafft und das Militär in seinem Machtvolumen beschränkt werden. Es existierten in seinem System drei Stände: der erste übernimmt die Rohstoffbeschaffung, der zweite ist zuständig für die Bearbeitung dieser und ein dritter übernimmt die Distribution. Zugleich bestehen stabile Grundpreise. Frei gehandelt werden sollte nur im Innern des Staates. Den auswärtigen Handel, soweit dieser überhaupt erforderlich wäre, solle der Staat übernehmen. Das kommt wohl einer Art Außenhandelsmonopol gleich. Fichte ging in seinen Überlegungen soweit, den von ihm philosophisch-abstrakt antizipierten Handelsstaat als Organisator der gesellschaftlichen Arbeit zu sehen. Wie es scheint, waren die utopischen Vorstellungen Fichtes durch die Anschauung des spätmittelalterlichen, feudalabsolutistischen Merkantilsystem inspiriert. Im Merkantilsystem, hervorgerufen durch den Niedergang des feudalen Produktions- und Verteilungsmechanismus, wurde ein einheitlicher Wirtschaftsraum geschaffen und staatlich dirigiert. Durch verkehrs- und wirtschaftspolitische Maßnahmen sollte die Macht des Staates nach innen und außen gestärkt werden. Different ist allerdings die Haltung zwischen Fichte und den Merkantilisten in Bezug zum Außenhandel: Fichte tendiert zur Autarkie, die Merkantilisten streben die Förderung des auswärtigen Handels an.

<sup>13</sup> Siehe: Liebig, Johann von: Die organische Chemie in ihrer Anwendung auf Agrikulturchemie und Physiologie, erschienen 1840.

<sup>14</sup> Zit. nach: Bloch: Das Prinzip Hoffnung, a.a.O., S. 116.

#### 1.1.4. Utopischer Sozialismus

Noch während des Bildungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer sozialökonomischen Verhältnisse entstanden im Anfang des 19. Jahrhunderts in England und Frankreich utopisch-sozialistische Ideen. Robert Owen (1771–1858) war selbst Industrieller und hatte sich die Arbeitswerttheorie David Ricardos zu eigen gemacht. Ricardo hatte entdeckt, daß das einzige Wertmaß eines Produkts die in ihm enthaltene Arbeitsmenge ist. Owen baute auf dieser Theorie den Plan einer Zukunftsgemeinde auf, worin jeder in den vollen Genuß der von ihm produzierten Wertmenge gelangen sollte. Der kapitalistische Profit, der aus unbezahlter Arbeit stamme, solle nicht separiert werden. Unter völliger Abschaffung des Privateigentums werde in genossenschaftlichen Siedlungen ein neues Produktionssystem begründet ohne die Zulassung großer Produktion. Die auf agrarisch-handwerklicher Grundlage erzeugten Produkte sollten durch die Produzenten direkt unter Umgehung eines Händlers ausgetauscht werden. Praktische Versuche schlugen jedoch fehl, weil die Sektenkolonien mit den sich schnell entwickelnden kapitalistischen Unternehmen rein produktionstechnisch, und damit bezüglich des Wertmaßstabes, nicht Schritt halten konnten. Auch Charles Fourier (1772–1837) projektierte kleine Produktionskommunen, sogenannte Phalanstères, jedoch im Unterschied zu Owen ohne Abschaffung des Privateigentums. Vielmehr sollte es den Menschen auch in Zukunft erlaubt sein, durch Erarbeitung eines kleinen Vermögens ihre Unabhängigkeit zu erwerben, dieses im Kollektiv der Kommune zu verteidigen und damit ihre Nullität zu verhindern. Auch dieses System sich selbst genügender Genossenschaften konnte innerhalb des kapitalistischen Marktes nicht Schritt halten. Beide Utopisten gelten aber als die Begründer der Genossenschaftsbewegung in ihren Heimatländern.

#### 1.1.5. Anarchismus

Reformen in der Agrikultur waren und sind auch Teil der Konzeptionen des Anarchismus, der Mitte des 19. Jahrhundert entstand, und der durch die wirtschaftlichen Bankrotte in Handwerk und Kleinproduktion als Folge des Konkurrenzkampfs häufig durch die davon Betroffenen Zustrom erhielt. Hauptziel der Anarchisten war die Wiederherstellung handwerklich-agrarischer Produktionsformen, die sich ohne einen Staat miteinander in Verkehr und Warenvermittlung setzen. Insofern ähneln die verschiedenen Strömungen des Anarchismus denen der utopischen Sozialisten in der Zielstellung. Unterschiedlich hingegen war die Stellung zum Staat. Während die Sozialisten »ihren« Staat herstellen wollten, lehnten die Anarchisten jede staatliche Macht, die nach ihrer Auffassung die Ursache der gesellschaftlichen Mißstände wäre, grundsätzlich ab. Folgerichtig waren die Angriffsziele der Anarchisten meist staatliche Institutionen und ihre Vertreter. Der Anarchismus unterschied zwei Hauptströmungen:

- den individualistischen
- und den kommunistischen Anarchismus.

Vertreter der erstgenannten Strömung waren in Deutschland Max Stirner (1806–1856) und in Frankreich Pierre-Joseph Proudhon (1809–1865). Theoretiker der zweiten Strömung waren unter anderen in Rußland Michail Bakunin (1814–1876 und Fürst Peter Kropotkin (1852–1921). Um die Konzeption Kropotkins, damit aber auch die grundsätzliche Zielstellung der zweiten Strömung in Bezug zur Agrarwirtschaft zu verdeutlichen, soll Kropotkin mit einigen Zitaten aus seiner bekannten Schrift »Landwirtschaft, Industrie und Handwerk«, erschienen erstmals 1899, zu Worte kommen:

»Auf der anderen Seite sieht man bei allen Nationen mit überwiegender Industrie die wachsende Neigung und die Not, im eigenen Lande eine kraftvollere landwirtschaftliche Erzeugung zu entwickeln, entweder durch Verbesserung der augenblicklich angewandten Methode der ausgedehnten Landwirtschaft, durch innere Kolonisation, durch landwirtschaftliche Erziehung und gemeinsame Arbeit oder durch Einführung verschiedener neuer Zweige der intensiven Landwirtschaft. England

bietet augenblicklich ganz besonders das sehr lehrreiche Beispiel einer Bewegung in der angegebenen Richtung. Und diese Bewegung wird gewiß das Ergebnis zeitigen, nicht nur in einer viel erwünschten Zunahme der erzeugenden Kräfte der Nation, die dazu beitragen werden, sie von den internationalen Spekulanten in Nahrungsmitteln zu befreien, sondern sie wird auch in der Nation eine tiefere Wertschätzung des ungeheuren Wertes seines Bodens und den Wunsch erwecken, den Irrtum zu heilen, der begangen wurde, als man ihn den Händen der Großgrundbesitzer und derjenigen überließ, die es jetzt viel vorteilhafter finden, das Land zu verpachten und Jagdgelände daraus zu machen.«<sup>15</sup>

»Aber wir behaupten auch, daß jeder sozialistische Versuch, die gegenwärtigen Beziehungen von Kapital und Arbeit umzugestalten, ein Fehlschlag sein wird, wenn er nicht die oben angeführten Gedanken mit in Rechnung zieht. Nach unserer Ansicht haben diese Gedanken bei den verschiedenen sozialistischen Schulen noch nicht die gebührende Beachtung gefunden, – aber sie müssen sie finden. Eine neugeordnete Gesellschaft wird den Irrtum aufgeben müssen, nachdem die einzelnen Nationen nur landwirtschaftliche oder nur industrielle Erzeugnisse herstellen dürfen. Sie wird sich in der Erzeugung von Nahrungsmitteln und vielen, wenn nicht den meisten Rohmaterialien auf sich selbst verlassen müssen. Sie muß die besten Mittel und Wege finden, die Landwirtschaft mit der Fabrikation zu verbinden, – die Feldarbeit mit einer dezentralisierten Industrie; und sie wird für eine ›ergänzende‹ Erziehung zu sorgen haben, die allein durch diese Erziehung mit ihrem gleichzeitigen Unterricht in Wissenschaft und Handwerk von frühester Kindheit an der Gesellschaft die Männer und Frauen geben kann, deren sie wirklich bedarf.

Jede Nation ihr eigener Landwirt und Fabrikant; jeder Mensch Arbeiter auf dem Felde und bei einigen industriellen Kunstfertigkeiten; jeder Mensch eine Vereinigung wissenschaftlicher Kenntnisse mit der Kenntnis eines Handwerks, – das ist nach unserer Behauptung das Bestreben zivilisierter Völker.«<sup>16</sup>

In diesem Zusammenhang ist auch Kropotkins Kritik an den Sozialdemokraten wichtig, die er an ihnen in der Zeit des Sozialistengesetzes in Deutschland übte: »In einem solchen Gesetz [gemeint ist das sogenannte Sozialistengesetz in Deutschland, von Bismarck durchgesetzt 1878–1890 – U.B.] sahen sie eine Waffe gegen die Sozialdemokratie. Auf der anderen Seite widersetzten sich die Sozialdemokraten mit Recht solchen Maßregeln, aber sie nahmen ihrerseits ökonomische Fragen zu abstrakt und griffen alle jene, die die stereotypen Phrasen, ›daß das Handwerk zu Grunde gehe‹ und ›je schneller es verschwinde, um so besser sei es‹, da es der kapitalistischen Zentralisation Platz mache, die nach dem sozialdemokratischen Glaubensbekenntnis, bald ihren eigenen Untergang herbeiführt. In diesem Mißfallen an der Kleinindustrie stimmen sie mit den Wirtschaftslehrern der orthodoxen Schule, die sie sonst in beinahe allen Punkten bekämpfen, überein.«<sup>17</sup> Hier sei auch auf Kropotkins Hauptwerk. »Die Eroberung des Brotes« verwiesen, in dem die hier dargestellten Positionen in ähnlicher Weise inhaltlich vertreten wurden.

Seine Schriften prägten wesentlich die Vorstellungen und Programme europäischer und lateinamerikanischer anarchistischer Bewegungen und sind heute noch, ebenso wie die Theorien anderer Anarchisten, teilweise in den Konzeptionen der Grünen Bewegung überhaupt und auch in der Partei von Bündnis 90/Die Grünen in Deutschland aufgehoben, bzw. zum Teil eingeflossen. In Deutschland wurden seit dem Ende des ersten Weltkrieges durch den kommunistischen Anarchisten Erich Mühsam (bis zu seiner Ermordung durch die Nazis im Jahre 1934 im KZ Birkenwerder) ähnliche Positionen vertreten, wie man sie bei Kropotkin vorfindet.

Anarchistische Theorien und Konzeptionen haben essentiell die Tendenz, die Wirtschaftsverhältnisse und -strukturen einer früheren historischen Epoche wiederbeleben zu wollen. Diese Versuche erwiesen und erweisen sich auch heute der Regel nach als undurchführbar, da

<sup>15</sup> Kropotkin, Peter: Landwirtschaft, Industrie und Handwerk. Berlin 1976, S. 15.

<sup>16</sup> Ebenda, S.24.

<sup>17</sup> Ebenda, S.186.

diese ehemaligen Verhältnisse und Strukturen durch die Einführung und Anwendung neu entwickelter Techniken und Methoden in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion obsolet geworden sind. Dessen ungeachtet können sie interessante Diskussionsansätze im Hinblick auf die Erarbeitung neuer Agrarkonzeptionen auf einer modernen Basis unter den Herausforderungen einer sozialökologischen und wirtschaftlich dynamischen Agrarwirtschaft sein. In diesem Sinne können in der Tat wichtige Elemente einiger dieser Konzeptionen ihre positive Aufhebung finden.

### 1.1.6. Zusammenfassung

Die westliche Zivilisation und die moderne Industriegesellschaft sind Ergebnisse einer etwa zweieinhalbtausendjährigen Auseinandersetzung mit den vorgefundenen natürlichen Bedingungen und den sich ablösenden Verhältnissen menschlicher Produktion. Der Aufbruch der Menschheit begann in der Antike. Ihre Naturphilosophen und Skeptiker wandten sich dem Studium der Natur zu und begannen, die alte Götterwelt anzuzweifeln, die bis dahin zur Erklärung der irdischen Geschehnisse diente. Voraussetzung dafür waren technische Errungenschaften, insbesondere sei hier die Seefahrt genannt, die das Blickfeld erweiterte und neue Herausforderungen mit sich brachte.

Der nächste große Evolutionsschub erfolgte zur Zeit der Renaissance. Hier war es wesentlich wieder die möglich gewordene Ausfahrt auf die Ozeane, besonders sei die Entdeckung Amerikas genannt. Die christliche Religion als Herrschaftsideologie wurde durch nachfolgende Weltumsegelungen fundamental in Frage gestellt. Ein neuer Boom in der Naturforschung trat auf den Plan. Auf die eigene Kraft vertrauend betrieben die Naturforscher empirische Untersuchungen und entwickelten wissenschaftliche Methoden, mit denen sie den Boden für die Entwicklungen der Neuzeit vorbereiteten.

In dieser Studie mußte dieser weite Bogen gespannt werden, um die gegensätzlichen Bedingungen der Entwicklung im westlichen Abendland einerseits mit den zurückbleibenden Entwicklungen im selbstgenügsamen russischen Großreich andererseits vergleichen zu können. Die vorgestellten russischen Anarchisten waren den heimatlichen Verhältnissen entflohen und entwickelten ihre Vorstellungen aus der Anschauung des Westens. Die reale russische Revolution, die die nachholende Industrialisierung und die Transformation auch der Agrarverhältnisse einleitete, übernahm den westlichen Marxismus als legitimierende Herrschaftsreligion. Aus diesem Grunde sollen nachfolgend die Aussagen des Marxismus bezüglich der Agrarfrage herausgearbeitet werden.

## 1.2. Antizipationen des Marxismus und der deutschen Sozialdemokraten bis zum Eingang in das 20. Jahrhundert

### 1.2.1. Sozialdemokratie und Marxismus

Für die deutsche Sozialdemokratie war der Marxismus von ihren Anfängen bis zum Ende des hier zu betrachtenden Zeitraumes ein wesentlicher theoretischer und programmatischer Bezugspunkt. Die Schriften von Marx und Engels, aber auch die ihrer Interpreten, u. a. seien hier Karl Kautsky, Franz Mehring und Rosa Luxemburg genannt, hatten auf die sozialdemokratischen Positionen bis zum ersten Weltkrieg und darüber hinaus bestimmenden Charakter.

Im Jahre 1917 spaltete sich der linke Flügel der SPD als USPD ab und begann einen selbständigen Kampf zur Gewinnung der Arbeiter und Soldaten zu Massenagitationen gegen den Krieg. Zum Jahreswechsel 1918/19 entstand dann unter Führung von Rosa Luxemburg und

Karl Liebknecht die Kommunistische Partei Deutschlands. Die KPD stand seit ihrer Gründung unter ständig anwachsendem Einfluß der russischen Bolschewisten und ihre Organisation und inhaltliche Arbeit wurden maßgeblich von den Ereignissen und den Folgen der Oktoberrevolution 1917 geprägt. Später eng verbunden mit den sowjet-russischen Kommunisten in der 3. Kommunistischen Internationale gestaltete sich ein programmatisches und organisatorisches Abhängigkeitsverhältnis, was von den deutschen Kommunisten, die die Vorbildrolle der Russen unkritisch anerkannten, vorangetrieben wurde. Nur ein kleiner Teil der Kommunisten bildeten die spätere KP-Opposition, zu denen auch unzufriedene Mitglieder der wieder mit der SPD verschmolzenen USPD gehörten.

In der Agrarfrage übernahm die KPD vollständig die von den Bolschewisten unter den russischen Bedingungen entwickelten Positionen, indem sie die durch die 3. Komintern oktroyierten »Leitsätze zur Agrarfrage« auf dem 2. Kominternkongreß am 4.8.1920 für sich übernahm.<sup>18</sup>

Besonders nach der Machtübernahme Stalins als Generalsekretär der bolschewistischen Partei und der Führungsposition in der Komintern 1925 lagen Theoriebildung und Personalpolitik bei den Deutschen in der Hand von bolschewistischen Ideologen, die sich nach den politischen Vorgaben des Politbüros um Stalin richteten. Die Entwicklungen in der KPD erfolgten in Analogie zur Entwicklung des russischen Bolschewismus<sup>19</sup>. Die Einsetzung Thälmanns als KPD-Chef 1925 durch die Einflußnahme Stalins war dafür symbolisch und markierte endgültig das Ende ihrer Unabhängigkeit und faktisch den Bruch mit dem Marxismus.<sup>20</sup> Nach der Zerschlagung von SPD und KPD als Organisationen durch den Nationalsozialismus wurden maßgebliche Funktionäre der KPD im Moskauer Exil direkt im stalinschen Machtinteresse geprägt, um nach der Besetzung Ostdeutschlands die KPD neu aufzubauen. Sie sollte die sowjetischen Interessen und Vorstellungen bei der Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der späteren DDR durchsetzen. Dabei legitimierte sich die sowjetische Besatzungsmacht mit der marxistischen Theorie. Aus diesem Grunde sollen die originären Positionen des Marxismus zur Agrarfrage im folgenden Abschnitt des Kapitels beschrieben werden.

### 1.2.2. Das Kommunistische Manifest zur Agrarfrage

Schon im Jahre 1848 formulierten Marx und Engels im Kommunistischen Manifest als Programm der 1. Kommunistischen Internationale (Arbeiterassoziation) ihre Grundposition auch in Bezug zur Landwirtschaft. Ausgehend von ihrer Ansicht, daß die bürgerliche Gesellschaft eine geschwinde Entwicklung der Maschinerie, aber auch der technologischen Fähigkeiten und Fertigkeiten bewirken würde, und diese zur allmählichen Vernichtung der kleineren und mittleren Unternehmen führen würden, konstatierten sie für die Zukunft eine ungeheure Konzentration des Kapitals, auch des Agrarkapitals, in immer weniger Händen, was zur Folge hätte, daß sich die Gesellschaft nur noch in wenige Vertreter der Bourgeoisie und in ein riesiges Heer von eigentumslosen Arbeitern, Proletarier, aufspalten würde. Die von ihnen aufgestellte Behauptung, daß die Kapitalkonzentration einen permanenten Konkurrenzkampf bewirke, antizipierten sie auch für den Bereich der Landwirtschaft, so daß alsbald hier wenige

<sup>18</sup> Der Entwurf dieser Agrarresolution stammte von Lenin, vgl. LW, Bd. 31, S. 136 ff.

<sup>19</sup> Siehe hierzu: Flechtheim, Ossip K.: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, 1971; Ders.: Von Marx bis Kolakowski, 1978; Tjaden, Karl H.: Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO), 1964; Rosenberg, Arthur: Geschichte des Bolschewismus, 1987; Bahne, Siegfried: Die KPD und das Ende von Weimar, 1961; Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, 1971; Ders.: Von Rosa Luxemburg bis Walter Ulbricht, 1961.

<sup>20</sup> Dieser faktische Bruch nimmt in der sozialwissenschaftlichen Literatur bisher unverhältnismäßig wenig Raum in Bezug zu dem in der linken Literatur umfangreich debattierten Bruch der Sozialdemokratie im Opportunismus/Revisionismus ein und ist meines Erachtens viel folgenschwerer.

Agrarkapitalisten und Millionen Landarbeiter als antagonistische Klassen vorzufinden wären. In diesem Prozeß fielen die Klein- und Mittelbauern als wirtschaftliche Subjekte der Vernichtung durch den wirtschaftlichen Ruin anheim. So lesen wir im Kommunistischen Manifest darüber:

»Von allen Klassen, welche heute der Bourgeoisie gegenüber stehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt. Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen.«<sup>21</sup>

Das sind die originären Grundanschauungen des Marxismus bezüglich der landwirtschaftlichen Evolution im Kapitalismus, auf die später in den sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien und Bewegungen konzeptionell immer wieder zurückgegriffen werden sollte und in den programmatischen Diskussionen zur Agrarfrage immer eine Rolle spielten.<sup>22</sup> Bezüglich des Eigentums formulierten Marx und Engels:

»Was den Kommunisten auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums. Aber das moderne bürgerliche Privat-Eigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, auf der Ausbeutung der einen durch die anderen beruht. In diesem Sinn können die Kommunisten ihre Theorie in dem einen Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums, zusammenfassen. Man hat uns Kommunisten vorgeworfen, wir wollten das persönlich erworbene, selbsterarbeitete Eigentum abschaffen; das Eigentum, welches die Grundlage aller persönlichen Freiheit, Tätigkeit und Selbständigkeit bilde. Erarbeitetes, erworbenes, selbstverdientes Eigentum! Sprecht ihr von dem kleinbürgerlichen Eigentum, welches dem bürgerlichen Eigentum vorherging? Wir brauchen es nicht abzuschaffen, die Entwicklung der Industrie hat es abgeschafft und schafft es täglich ab.«<sup>23</sup>

Diese Formulierungen zur Eigentumsfrage sind nicht ganz eindeutig, vor allem in Bezug zu den Grenzen und der Definition von persönlichem Eigentum. Klar erscheint, daß das bürgerliche Eigentum abgeschafft werden sollte, das heißt, auch größere Landwirtschaftsbetriebe sollten enteignet werden. Da man davon ausging, wie es aus den Formulierungen unzweifelhaft hervorgeht, daß zum Zeitpunkt der kommunistischen Revolution alle kleineren und mittleren Betriebe schon durch den kapitalistischen Konkurrenzkampf vernichtet worden wären, müßten nur noch die Großagrarien expropriert werden. Diese Auffassung wurde von den Marxisten mit der Zeit modifiziert, hervorgerufen durch spätere geschichtliche Ereignisse. Eine erste derartige Modifikation der »Väter« des Marxismus bezüglich der Agrarfrage erfolgte durch Marx selbst in seinem Kommentar zu der Französischen Revolution von 1848 »Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848–1850«.

---

<sup>21</sup> Marx, Karl; Engels, Friedrich: Das Kommunistische Manifest. In: Ausgewählte Schriften. Bd. I, Berlin 1967, S. 35.

<sup>22</sup> Siehe hierzu auch: Mehring, Franz: Karl Marx: Eine Biographie. Berlin 1919; Korsch, Karl: Marxismus und Philosophie. Frankfurt/M. 1966.

<sup>23</sup> Marx; Engels: Das Kommunistische Manifest, a.a.O., S. 8 f.

### 1.2.3. Umwertung der Ansichten durch die französische Bauernbewegung im 19. Jahrhundert

Nach dem Sturz Napoleons I. im Jahre 1814 und seiner erneuten Entmachtung nach der militärischen Niederlage bei Waterloo 1815 kamen die Bourbonen, also das französische Königsgeschlecht, mit Ludwig XVIII. zunächst wieder an die Macht. Unter seiner Herrschaft gestaltete sich der Versuch, die Errungenschaften der Revolution mit der Rückkehr zur Monarchie zu vereinen, der jedoch scheiterte. Sein Nachfolger Karl X. (1824–1830) provozierte mit seinem extrem royalistischen Kurs seinen eigenen Sturz. Nach der Niederschlagung der Revolution von 1830 wurde Louis Philipp I. zum »König der Franzosen« gekrönt. Unter der Regierung seines Premierministers Guizot gab es in dieser Zeit eine starke Förderung der Finanz- und Industriebourgeoisie. Damit verbunden war eine beschleunigte Entwicklung der industriellen Revolution und die Herausbildung eines Lohnproletariats ähnlich wie in England. Eine neuentstandene sozialökonomische Krisensituation, vor allem durch die ungelösten Folgen der Staatsverschuldung und der daraus resultierenden Steuerlasten, führte zur Februarrevolution von 1848, die in den darauffolgenden Niederlagen zur Machtergreifung Louis Napoleon Bonapartes im Dezember 1848 mit der Wahl zum Präsidenten führte. Später, im Jahre 1852, ließ sich dieser, ähnlich wie Napoleon I. im Jahre 1804, nachdem er am 18. Brumaire, dem 9. November, 1799 durch einen Staatsstreich zur Macht gelangt war, zum Kaiser krönen: Napoleon III. Louis Bonaparte war 1848 wesentlich mit den Stimmen der Bauern gewählt worden, da diese hofften, er würde, wie eines seiner Wahlversprechen lautete und wie es ehemals sein Onkel Napoleon I. auch proklamiert hatte, die Weinststeuer abschaffen. Das zweite Kaiserreich in Frankreich wurde somit durch den Bauernstand gezeugt.

Frankreich zählte damals eine weinbauende Bevölkerung von 12 Millionen. Die Weinsteu-er erzeugte den Haß der Weinproduzenten wie seiner Konsumenten, deren Zahl in Frankreich auch nicht gering war, auf die wechselnden Regierungen und ihre Steuerexekutoren. Mehrere französische Regierungen benutzten die Weinsteu-er in mehr oder weniger verdeckter Form, um die drückenden Staatsschulden vor allem für die Heeres- und Verwaltungsausgaben zu minimieren.

War Louis Bonaparte mit dem Versprechen der Abschaffung der Weinsteu-er 1848 zur Macht gelangt, indem er damit den Zuspruch eines großen Teiles des Volkes, vor allem der Bauern, erhielt, so erregte sich im Dezember 1849 die Bevölkerung über die Wiedereinführung der Weinsteu-er. Die Wiedereinführung wurde zum allgemeinen Ärgernis, und die Bauern nahmen zunächst in Petitionen ihr Votum für Bonaparte und gegen die Republik de facto wieder zurück. Soweit einige Anmerkungen zum historischen Rahmen.

Marx nahm diese gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zum Anlaß, sich in dem o.g. Artikel über die damaligen Verhältnisse zu äußern. Die dabei enthaltenen Ausführungen zur Agrarfrage gelten bis heute als maßgebliche Aussagen und Positionsbestimmung zur Agrarfrage in der marxistischen Theorie und sollen aus diesem Grund hier ausführlich zitiert werden:

»Die Landbevölkerung, über zwei Dritteile der französischen Gesamtbevölkerung, besteht größtenteils aus sogenannten freien Grundeigentümern. Die erste Generation, durch die Revolution von 1789 unentgeltlich von den Feudallasten befreit, hatte keinen Preis für die Erde gezahlt. Aber die folgenden Generationen zahlten unter Gestalt des Bodenpreises, was ihre halbleibeigenen Vorfahren unter der Form der Rente, der Zehnten, der Frondienste usw. gezahlt hatten. Je mehr einerseits die Bevölkerung wuchs, je mehr andererseits die Teilung der Erde stieg – um so teurer wurde der Preis der Parzelle, denn mit ihrer Kleinheit nahm der Umfang ihrer Nachfrage zu. In dem Verhältnis aber, worin der Preis stieg, den der Bauer für die Parzelle zahlte, sei es, daß er sie direkt kaufte, oder daß er sie von seinen Miterben sich als Kapital anrechnen ließ, in dem selben Verhältnis stieg notwendig die Verschuldung des Bauern, d. h. die Hypothek. (...) Andererseits: In dem Regime der Parzellierung ist die Erde für ihren Eigentümer ein reines Produktionsinstrument. In dem selben Maße nun, worin der Grund und Boden geteilt wird, nimmt seine Fruchtbarkeit ab. Die Anwen-

derung der Maschinerie aufgrund und Boden, die Teilung der Arbeit, die großen Veredlungsmittel der Erde, wie Anlegung von Abzugs- und Bewässerungskanälen u. dgl., werden mehr und mehr unmöglich, während die falschen Kosten der Bebauung in demselben Verhältnisse wachsen wie die Teilung des Produktionsinstrumentes selbst. Alles dies, abgesehen davon, ob der Besitzer der Parzelle Kapital besitzt oder nicht. Aber je mehr die Teilung steigt, um so mehr bildet das Grundstück mit dem allerjämmerlichsten Inventarium das ganze Kapital des Parzellenbauern, um so mehr fällt die Kapitalanlage aufgrund und Boden weg, um so mehr fehlen dem Kotsassen Erde, Geld und Bildung, um die Fortschritte der Agronomie anzuwenden, um so mehr macht die Bodenbebauung Rückschritte. Endlich vermindert sich der Reinertrag in dem selben Verhältnis, als der Bruttokonsum wächst, als die ganze Familie des Bauern durch ihren Besitz von anderen Beschäftigungen zurückgehalten wird und doch nicht befähigt ist, von ihm zu leben.

In dem selben Maße also, worin die Bevölkerung und mit ihr die Teilung des Grund und Bodens zunimmt, in dem selben Maße verteuert sich das Produktionsinstrument, die Erde, und nimmt ihre Fruchtbarkeit ab, in demselben Maße verfällt der Ackerbau und verschuldet sich der Bauer. Und was Wirkung war wird seinerseits zur Ursache. Jede Generation läßt die andere verschuldeter zurück, jede neue Generation beginnt unter ungünstigeren und erschwerenderen Bedingungen, die Hypothezierung erzeugt die Hypothezierung, und wenn es dem Bauern unmöglich wird, in seiner Parzelle ein Unterpfand für neue Schulden zu bieten, d. h. sie mit neuen Hypotheken zu belasten, verfällt er direkt dem Wucher, um so enormer werden die Wucherzinsen. (...)

Man begreift die Lage der französischen Bauern, als die Republik ihren alten Lasten noch neue hinzugefügt hatte. Man sieht, daß ihre Exploitation von der Exploitation des industriellen Proletariats sich nur durch die Form unterscheidet. Der Exploiteur ist der selbe: das Kapital. Die einzelnen Kapitalisten exploitierten die einzelnen Bauern durch die Hypothek und den Wucher, die Kapitalistenklasse exploitiert die Bauernklasse durch die Staatssteuer. Der Eigentumstitel der Bauern ist der Talisman, womit das Kapital ihn bisher bannte, der Vorwand, unter dem es ihn gegen das industrielle Proletariat aufhetzte. Nur der Fall des Kapitals kann den Bauern steigen machen, nur eine antikapitalistische, eine proletarische Regierung kann sein ökonomisches Elend, seine gesellschaftliche Degradation brechen«. <sup>24</sup>

Hier handelt es sich um die abstrakte Darstellung einer einzelnen nationalen Entwicklung, um die grundsätzliche Auffassung zu beweisen: Die Tendenz zur Auflösung des Mittelstandes, so auch der Bauernklasse. Es wird in diesem Text jedoch im Unterschied zu den Äußerungen im Kommunistischen Manifest die Fortexistenz der Bauernklasse nach einer proletarischen Revolution eingeräumt. Anhand der beschriebenen Ereignisse in Frankreich wurde den marxistischen Theoretikern offensichtlich klar, daß sich die Auflösung des Bauernstandes in einerseits agrarische Großkapitalisten und andererseits in besitzlose Landarbeiter historisch nicht so schnell vollziehen werde, wie sie diesen Prozeß durch ihre Abstraktion und Extrapolation noch im Kommunistischen Manifest prophezeit hatten. Vielmehr erwies sich die Bauernklasse konsistenter und in ihrem Wahlverhalten und im Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung bestimmender als zuvor angenommen. So sahen sich die sozialdemokratischen Parteien vor allem in Frankreich und Deutschland und ihre marxistischen Vordenker in den theoretischen und taktischen Belangen genötigt, anhand der Ereignisse in Frankreich sich intensiv mit der Agrarfrage zu befassen. <sup>25</sup>

So bekannte sich die I. Kommunistische Internationale auf ihrem Baseler Kongreß 1869 zur marxistischen Agrarlehre. Das Bekenntnis wurde von den deutschen Sozialdemokraten weitgehend übernommen und ging in ihre Grundsatzklärung ein. Der einflußreichste Vertreter dieser Linie war August Bebel. Auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag 1875, der die Eisenacher und Lassallesche Richtung der deutschen Sozialdemokratie zusammenführte, spielte die Agrarfrage vorerst keine große Rolle: »Das neue Parteiprogramm ignorierte die Agrarfra-

<sup>24</sup> Marx, Karl: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850; Marx, Engels: Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Bd. II, Berlin 1964, S. 95 ff.

<sup>25</sup> In den Überlegungen der Sozialdemokraten spielte nun aber auch die Agrarfrage in anderen europäischen Ländern, den USA, Rußland und China eine Rolle.

ge; nur in der übernommenen Lassallischen Forderung nach Produktivgenossenschaften für Industrie und Ackerbau kann man eine Berührung mit Landwirtschaftsproblemen erblicken.«<sup>26</sup> Man rechnete potentiell mit den Landarbeitern, die Agitationen der Partei beschränkten sich jedoch vorerst auf die Städte. Nach der Zeit des Bismarckschen Sozialistengesetzes, das im Jahre 1890<sup>27</sup> nicht verlängert wurde, legte sich die Partei selbst Zügel an, und versuchte mit den Mitteln der Legalität, ihre Ziele zu erreichen. Zu gleicher Zeit hatte das Sozialistengesetz eine weitere Zuwendung und Annahme der marxistischen Theorie bewirkt. Auf dem Erfurter Parteitag wurde dem neuen Programm auch ein breiter Teil der Agrarfrage gewidmet. In der Programmkommission waren damals Karl Kautsky, Wilhelm Liebknecht und Georg von Vollmar.

Im Jahre 1892 fand in Marseille ein Kongreß der französischen Sozialisten<sup>28</sup> statt, auf dem das erste Agrarprogramm der Partei beschlossen wurde. Für Friedrich Engels wiederum war das Agrarprogramm der französischen Sozialisten ein Anlaß, sich dazu kritisch zu äußern und selbst eine programmatische Monographie zum Thema zu verfassen. So schrieb Engels in der Einleitung zu »Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland«<sup>29</sup>:

»Von Irland bis Sizilien, von Andalusien bis Rußland und Bulgarien ist der Bauer ein sehr wesentlicher Faktor der Bevölkerung, der Produktion und der politischen Macht. Nur zwei westeuropäische Gebiete bilden eine Ausnahme. Im eigentlichen Großbritannien hat Grundbesitz und große Agrikultur den selbstwirtschaftenden Bauer total verdrängt; im ostelbischen Preußen ist der selbe Prozeß seit Jahrhunderten im Gang, und auch hier wird der Bauer mehr und mehr entweder ›gelegt‹ oder doch ökonomisch und politisch in den Hintergrund gedrängt.«<sup>30</sup>

#### 1.2.4. Der Beginn der Landagitation der Sozialdemokratie

Engels verdeutlichte die Zielrichtung seiner Arbeit in dem Satz: »Die Eroberung der politischen Macht durch die sozialistische Partei ist in absehbare Nähe gerückt. Um aber die politische Macht zu erobern, muß diese Partei vorher von der Stadt aufs Land gehn, muß eine Macht werden auf dem Land«.

Wie das geschehen sollte, wie die verschiedenen sozialen Gruppen der Landbevölkerung durch die Partei politisch agitiert werden sollten, bzw. wie ihre Interessen einzuschätzen seien und welche umwälzenden Ambitionen die Partei vertreten sollte, erläutert Engels in seinem zu untersuchenden, für die späteren sozialistischen Positionen als Standard geltenden Beitrag folgendermaßen:

»Fangen wir an mit dem Kleinbauern. Er ist nicht nur für Westeuropa im allgemeinen von allen Bauern der wichtigste, sondern er liefert uns auch den für die ganze Frage kritischen Fall. Sind wir uns über unsere Stellung zum Kleinbauern klar, so haben wir alle Anhaltspunkte zur Bestimmung unserer Haltung gegenüber den anderen Bestandteilen des Landvolks.

Unter Kleinbauer verstehen wir hier den Eigentümer oder Pächter – namentlich den ersteren – eines Stückchens Land, nicht größer, als er mit seiner eigenen Familie in der Regel bebauen kann, und nicht kleiner, als was die Familie ernährt. Dieser Kleinbauer, wie der kleine Handwerker, ist also ein Arbeiter, der sich vom modernen Proletarier dadurch unterscheidet, daß er noch im Besitz seiner Arbeitsmittel ist; also ein Überbleibsel einer vergangenen Produktionsweise. Von seinem Vor-

<sup>26</sup> Lehmann, Hans-Georg: Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus. Tübingen 1970, S. 6.

<sup>27</sup> Sozialistengesetz 1878–1890.

<sup>28</sup> Die Sozialistische Partei Frankreichs wurde in den 80er Jahren gegründet. Siehe hierzu: Abendroth, W.: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1965.

<sup>29</sup> Engels, Friedrich: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland (1994). In: Marx; Engels: Ausgewählte Werke, a. a. O. Bd. V.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 427.

fahren, dem leibeigenen, hörigen oder sehr ausnahmsweise auch freien Zins- und fronpflichtigen Bauern, unterscheidet er sich dreifach. Erstens dadurch, daß die Französische Revolution ihn von den feudalen Lasten und Diensten, die er dem Grundherrn schuldete, befreit und in der Mehrzahl der Fälle, wenigstens auf dem linken Rheinufer, ihm sein Bauerngut als freies Eigen überantwortet hat. – Zweitens dadurch, daß er den Schutz und die Beteiligung an der selbstverwalteten Markgenossenschaft und damit seinen Anteil an den Nutzungen der früheren gemeinen Mark verloren hat. Die gemeine Mark ist teils vom ehemaligen Feudalherrn, teils durch aufgeklärt-römischrechtlich-bürokratische Gesetzgebung wegeskamotiert und dem modernen Kleinbauern damit die Möglichkeit entzogen, sein Arbeitsvieh ohne gekauftes Futter zu ernähren. Ökonomisch wiegt aber der Wegfall der Marknutzungen den Wegfall der Feudallasten überreichlich auf; die Zahl der Bauern, die kein eigenes Arbeitsvieh halten können, wächst fortwährend. – Drittens unterscheidet sich der heutige Bauer sich durch den Verlust seiner früheren produktiven Tätigkeit. Früher erzeugte er mit seiner Familie aus selbsterzeugtem Rohstoff den größten Teil der Industrieprodukte, deren er bedurfte, was sonst noch nötig, besorgten Dorfnachbarn, die Handwerk neben dem Landbau betrieben und meist in Tauschartikeln oder Gegendiensten bezahlt wurden. Die Familie oder noch mehr das Dorf genügte sich selbst, produzierte fast alles, was es brauchte. Es war reine Naturalwirtschaft, Geld wurde fast gar nicht benötigt. Die kapitalistische Produktion hat dem ein Ende gemacht vermittelt der Geldwirtschaft und der großen Industrie. War aber die Marknutzung die eine Grundbedingung seiner Existenz, so war der industrielle Nebenbetrieb die andere. Und so sinkt der Bauer immer tiefer. Steuern, Mißwachs, Erbteilungen, Prozesse treiben einen Bauern nach dem anderen zum Wucherer, die Verschuldung wird immer allgemeiner und für jeden einzelnen immer tiefer – kurz, unser Kleinbauer ist wie jeder Überrest einer vergangenen Produktionsweise unrettbar dem Untergang verfallen. Er ist ein zukünftiger Proletarier«. <sup>31</sup>

Engels riet den Sozialdemokraten, mit den Forderungen der französischen Sozialisten (Marseiller Programm) die Kleinbauern zu agitieren, um sich selbst nicht untreu zu werden:

»Für die Kleinbauern, worunter hier noch die Pächter speziell berücksichtigt werden, wird gefordert: Anschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen durch die Gemeinde, zur Vermietung zum Kostpreis an die Bauern; Bildung bäuerlicher Genossenschaften zum Ankauf von Dünger, Drainrohren, Aussaat etc. und zum Verkauf der Produkte; Aufhebung der Steuer auf den Eigentumswechsel von Grundbesitz, wenn der Wert nicht über 5000 frs. Beträgt; (...) Revision des längst veralteten allgemeinen Landkatasters und bis dahin lokale Revision in jeder Gemeinde; endlich unentgeltlichen landwirtschaftlichen Fortbildungsunterricht und landwirtschaftliche Versuchstationen«. <sup>32</sup>

Er kritisierte dann jedoch auch die Agitationsformel der französischen Sozialisten, die auf dem Parteikongreß von Nantes formuliert worden war. Darin hieß es, daß es nicht Aufgabe des Sozialismus sei, das Eigentum von der Arbeit zu scheiden. Engels meinte dazu:

»Wie bereits angedeutet, ist es keineswegs die Aufgabe des Sozialismus, seine Aufgabe ist vielmehr nur die Übertragung der Produktionsmittel an die Produzenten als Gemeinbesitz. Sobald wir dies aus den Augen lassen, führt uns obiger Satz direkt in die Irre, nämlich dahin, daß der Sozialismus berufen sei, das jetzige Scheineigentum des kleinen Bauern an seinen Feldern in wirkliches zu verwandeln, also den kleinen Pächter in einen Eigentümer und den verschuldeten in einen schuldenfreien Eigentümer. Der Sozialismus hat allerdings ein Interesse daran, daß dieser falsche Schein des bäuerlichen Eigentums verschwinde; aber nicht auf diese Art«. <sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> Ebenda, S. 430 f.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 432.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 436.

### 1.2.5. Die agrarpolitische Diskussion um Parzelleneigentum und das Genossenschaftswesen

Engels schlug die Korrektur des Agrarprogramms dahingehend vor, das Kleingewerbe unter genossenschaftlicher Leitung zusammenzuführen und den Genossenschaften durch die Gemeinden Staatsgelder, Startzuschüsse und Maschinen zur Verfügung zu stellen. Zur Programmatik bezüglich der Kleinbauern führte Engels weiter aus:

»(...)daß wir den unvermeidlichen Untergang des Kleinbauern voraussehen, aber keineswegs berufen sind, durch Eingriffe unsererseits zu beschleunigen. Und zweitens ist es ebenso handgreiflich, daß, wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, wir nicht daran denken, die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren, einerlei, ob mit oder ohne Entschädigung, wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind. Unsere Aufgabe gegenüber dem Kleinbauern besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck. Und da haben wir allerdings Mittel genug, um dem Kleinbauern Vorteile in Aussicht zu stellen, die ihm schon jetzt einleuchten müssen.«<sup>34</sup>

Das ist jetzt die »klassische« marxistische Konzeption zur Transformation des kleinbäuerlichen Unternehmens. Im folgenden wandte sich Engels den Mittelbauern zu.

»Wo aber Mittel- und Großbauern vorherrschen und der Wirtschaftsbetrieb allgemein die Hilfe von Knechten und Mägden erfordert, da steht die Sache ganz anders. Eine Arbeiterpartei hat natürlich in erster Linie für die Lohnarbeiter einzutreten, also für die Knechte, Mägde und Tagelöhner; es verbietet sich ihr damit von selbst, den Bauern irgendwelche Versprechungen zu machen, die die Fortdauer der Lohnknechtschaft der Arbeiter einschließen. (...) Von einer gewaltsamen Expropriation werden wir auch hier wahrscheinlich absehen und im übrigen darauf rechnen können, daß die ökonomische Entwicklung auch diese härteren Schädel der Vernunft zugänglich machen wird.«<sup>35</sup>

Engels spricht hier über den Prozeß der Zentralisation des Agrarkapitals, der durch die Wettbewerbsschwäche kleinerer Hofstellen gegenüber den Großbetrieben einerseits tendenziell stattfindet sowie andererseits durch das Bestreben, große, zusammenhängende Flächen zu bewirtschaften. Als besten Weg für mittlere Betriebe schlug Engels den Anschluß an eine genossenschaftliche Kooperation vor. Nach seiner Einschätzung vollzöge sich die Zentralisation des Großgrundbesitzes einfacher:

»Hier haben wir unverhüllten kapitalistischen Betrieb, und da keine Skrupel irgendwelcher Art. Wir haben hier Landproletarier in Massen vor uns, und unsere Aufgabe ist klar. Sobald unsere Partei im Besitz der Staatsmacht ist, hat sie die Großgrundbesitzer einfach zu expropriieren, ganz wie die industriellen Fabrikanten. Ob diese Expropriation mit oder ohne Entschädigung erfolgt, wird größtenteils nicht von uns abhängen, sondern von den Umständen, unter denen wir in den Besitz der Macht kommen, und namentlich auch von der Haltung der Herren Großgrundbesitzer selbst. Eine Entschädigung sehen wir keineswegs unter allen Umständen als unzulässig an; Marx hat mir – wie oft! – als seine Ansicht ausgesprochen, wir kämen am wohlfeilsten weg, wenn wir die ganze Bande auskaufen könnten. Doch das geht uns hier nichts an. Die so der Gesamtheit zurückgegebenen großen Güter hätten wir den sie schon jetzt bebauenden, in Genossenschaften zu organisierenden Landarbeitern zur Benutzung unter Kontrolle der Gesamtheit zu überlassen. Unter welchen Modalitäten, darüber läßt sich jetzt noch nichts feststellen. Jedenfalls ist die Verwandlung des kapitalistischen Betriebs in gesellschaftlichen hier schon vollständig vorbereitet und kann über Nacht vollzogen werden, ganz wie zum Beispiel bei Herrn Krupps oder Herrn von Stumms Fabrik. Und das Beispiel dieser Ackerbaugenossenschaften würde auch die letzten etwa noch widerstrebenden Parzellenbauern und wohl auch manche Großbauern von den Vorteilen des genossenschaftlichen Großbetriebs überzeugen.«<sup>36</sup>

<sup>34</sup> Ebenda, S. 442.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 448 f.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 449.

Diese Stelle macht deutlich, daß unter den marxistischen Theoretikern auch die Frage diskutiert wurde, ob das gutsherrliche Land zum Zwecke der Überführung in gesellschaftliches Eigentum einfach requiriert oder ob es abgekauft werden sollte.

In diesem Zusammenhang soll eine Bemerkung von Marx im »Kapital« zur landwirtschaftlichen Entwicklung nicht unerwähnt bleiben, die sich im Ansatz auf die Ambivalenz zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit einhergehender Herstellung sozialer und ökologischer Probleme bezieht. So schrieb Marx unter der Überschrift »Große Industrie und Agrikultur« in »Das Kapital«:

»Wenn der Gebrauch der Maschinerie im Ackerbau größtenteils frei ist von den Nachteilen, die sie dem Fabrikarbeiter zufügt, wirkt sie hier noch intensiver und ohne Gegenstoß auf die ›Überzähligmachung‹ der Arbeiter, (...)« und: »(...) jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit«. <sup>37</sup>

Im dritten Band des »Kapitals« kommt Marx unter der Überschrift »Die Mäteriewirtschaft und das bäuerliche Parzelleneigentum« auf die wirtschaftlichen Grenzen von bäuerlichen Kleinbetrieben, gleich ob sie Lohnarbeit anwenden oder nicht, zu sprechen, soweit dabei Teilwirtschafts-Aspekte eine Rolle spielten. Das heißt, daß der Produzent teilweise Eigentümer, teilweise Pächter des Produktionskapitals, also an Boden, Vieh, Maschinen usw., ist. Seine Produktionskosten werden dadurch höher sein, als bei einem Unternehmen das Volleigentümer des gesamten Produktionskapitals ist, größere Flächen und vielleicht eine bessere Bodenfruchtbarkeit besitzt. Hieraus ergäbe sich für die Unternehmen mit diesen besseren Voraussetzungen eine Differentialrente, das heißt, ein zusätzlicher Gewinn. Dieser Aspekt spielte eine bedeutende Rolle im Wettbewerb des Kleinbetriebes mit dem Großbetrieb, da hier bei gleichen Marktpreisen für die Produkte der Gewinn für den Kleinbetrieb relativ abnähme und sich damit Neuinvestitionsmöglichkeiten verminderten. Dazu käme die spezielle Frage der Betriebsgröße bei der Anwendungsmöglichkeit produktiver Technik und Methoden:

»Das Parzelleneigentum schließt seiner Natur nach aus: Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit, gesellschaftliche Formen der Arbeit, gesellschaftliche Konzentration der Kapitale, Viehzucht auf großem Maßstab, progressive Anwendung der Wissenschaft«. <sup>38</sup>

In der modernen Betriebswirtschaft wird diese Problematik unter der Grenzkostenrechnung bzw. Grenznutzentheorie betrachtet<sup>39</sup>. Die hier angesprochene Problematik wird unter der Fragestellung der Wirtschaftlichkeit der Parzellierung des Gutsbesitzes bei der Bodenreform in der SBZ in dieser Arbeit wieder aufzugreifen und zu beurteilen sein. In diesem Zusammenhang erhebt sich weiterhin die Frage, welche Zukunft die Planer der Bodenreform für die Parzellenbauern der SBZ/DDR tatsächlich von Anfang an prognostizierten und welche Absichten sie mit den Reformen verfolgten. Man kann voraussetzen, daß den Akteuren diese Ansichten von Marx zur Agrarfrage bekannt waren, und daß sie diese bewußt in ihre langfristige Planung einbezogen hatten. Das heißt, daß den Bodenreformbauern nur die Kolchose als Alternative gelassen wurde.

Soweit einige Anmerkungen zu den bestimmenden Aussagen von Marx und Engels zur Agrarfrage. Nach ihrem Tode war es Karl Kautsky, der bis Mitte der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts als führender Theoretiker die marxistischen Grundideen in der Sozialdemokratie und in der 2. Internationalen verwurzelte. Er hatte in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts in London mit Engels zusammengearbeitet. Durch seine Initiative erlangten die Theorien von Marx und Engels in der Zweiten Internationale Geltung. Er war maßgeblich an der

<sup>37</sup> Marx, Karl: Das Kapital. Bd. 1. In: Marx Engels Werke. Bd. 23, Berlin 1986, S. 527 ff.

<sup>38</sup> Marx: Das Kapital. Bd. 3, a.a.O., Bd. 25, S. 815.

<sup>39</sup> Siehe hierzu: Wöhe, Günter, Einführung in die allgemeine Betriebswirtschaftslehre, München 1990.

inhaltlichen Abfassung des Erfurter Programms (1891) und der Beschlüsse des Breslauer Parteitages (1895) beteiligt. Diese Parteitage verabschiedeten mit ihren Programmen Konzeptionen zur Bauernfrage, die sich inhaltlich im wesentlichen nicht von den hier gezeigten marxistischen Position am Beginn der neunziger Jahre unterschieden. Anlaß zu heftigem Streit gab es jedoch bezüglich der Agrarpolitik, der Taktik und der Landagitation der Partei. Der Dissens der streitenden Fraktionen in dieser Frage bezog sich auf der einen Seite auf das alte marxistische Dogma, der Aufhebung des Bauernstandes »von selbst«, also durch die Entwicklungen des Konkurrenzkampfes, andererseits auf eine Notwendigkeit der Agitation der Bauern bezüglich ihrer aktuellen Interessen, um sie als Wählerstimmen für die Partei zu gewinnen.

### 1.2.6. Karl Kautsky und die Agrarfrage

1899 erschien eines der Hauptwerke Kautskys: »Die Agrarfrage«.<sup>40</sup> Karl Kautskys Auffassungen wurden später, wie allseits bekannt, durch die SED als Opportunismus gegenüber den herrschenden Verhältnissen seiner Zeit geziehen und bekämpft. Es wird darum von Interesse sein, sich hier die Meinung Kautskys bezüglich einer sozialistischen Transformation der Landwirtschaft genauer anzusehen.

Karl Kautsky berief sich ohne Abstriche auf die Ansichten von Marx und Engels bei der Bestimmung und Entwicklung seiner Theorie und Programmatik zur Agrarfrage. Damit trat er als einflußreicher Theoretiker der Sozialdemokratie in scharfer Kritik zur russischen bolschewistischen Revolution. Seine Kritik rief bei den Führern der russischen Revolution Lenin und Trotzki verbale Angriffe auf seine Person und seine theoretischen Ausführungen hervor. Es entstand ein Gefecht, das zwischen den Protagonisten durch theoretische Abhandlungen zur Frage der Demokratie oder einer notwendigen Diktatur in und nach der Revolution geführt wurde. In dieser Auseinandersetzung belegte Lenin Karl Kautsky mit dem Stigma des Renegatentums. Ich werde auf die jeweiligen Argumente der Gegner zur Agrarfrage bei der Behandlung der Texte zur russischen Entwicklungen zurück kommen. Grundsätzlich erscheint mir die Erörterung der Positionen Kautskys von Bedeutung zu sein, weil sie die späteren Macht- und Wirtschaftsinteressen der sowjetischen und der SED-Nomenklatura und ihr Vorgehen bei der Landtransformation in der SBZ/DDR erhellen können.

Kautsky verwies in seinen Abhandlungen zur Agrarfrage immer wieder auf die Äußerungen von Marx und Engels und schloß sich ihnen an, entwickelt jedoch eigene Vorstellungen zum Kleinbetrieb. So schrieb er zur Frage der sozialen Revolution und der Enteignung der Grundbesitzer:

»Wir haben bereits am Ende des ersten Abschnitts darauf hingewiesen, daß der Übergang von kapitalistischer zu sozialistischer Landwirtschaft möglich ist ohne Expropriierung der bäuerlichen Grundbesitzer.«<sup>41</sup>

Über den Status von bäuerlichen und handwerklichen Kleinbetrieben meinte Kautsky, daß sie sich zum großen Teil nur noch künstlich erhielten und bald durch die sich entwickelnde Attraktivität von Genossenschaften ihre Scheinselbständigkeit aufgeben würden. Es würde aber weiterhin einen Teil von Kleinbetrieben nach der sozialistischen Revolution geben, der durch spezielle Produktion, die von den Großbetrieben nicht abgedeckt werden könnte, in einer Art künstlerischen und handwerklichen Nischenbetrieb erhalten bliebe.

---

<sup>40</sup> Kautsky, Karl: Die Agrarfrage. Eine Übersicht über die Tendenzen der modernen Landwirtschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie. Hg. von Eckert, Georg. Hannover 1966.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 440.

### 1.2.7. Zusammenfassung der marxistischen Positionen zur Agrartransformation

Ausgehend von der Annahme, daß sich die ökonomische Entwicklung in der Landwirtschaft ähnlich vollziehe wie in der Industrie und im Handwerk, wurde in der marxistischen Theorie zunächst von der Tatsache ausgegangen, daß Akkumulation und Konzentration von Boden rasch zur Beseitigung der Klasse der Bauern führen würden. Der durch den Konkurrenzkampf ausgelöste Stilllegungsprozeß vor allem von Klein- und Mittelbetrieben werde zur Konzentration des Agrarkapitals in der Weise führen, daß immer weniger Betriebe existierten, jedoch mit durchschnittlich wachsender Flächengröße. Am Ende dieses Prozesses innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse ständen sich auf dem Lande die Klasse der Agrarindustriellen und der Landproletarier antagonistisch gegenüber. Die Klasse der Landproletarier wäre dann im historischen weiteren Verlauf das revolutionäre und kollektiv besitzergreifende Subjekt, an die die Sozialdemokratie als legitime politische Vertreterin ihrer Interessen zu appellieren hätte. Solange die Bauernschaft diese Erkenntnis nicht einmal teilweise erreiche, müsse sie in ihrer Gesamtheit als konservativ und rückwärtsgewandt betrachtet werden und stünde deshalb noch nicht im Fokus der Agitation der Partei.

Mit den geschichtlichen Erfahrungen, die im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bezüglich der realen Geschwindigkeit des Konzentrationsprozesses und des Wahlverhaltens der Bauern vor allem in Frankreich und Deutschland gewonnen wurden, modifizierten die Sozialdemokraten ihre Positionen und stellten für die drei wichtigsten sozialen Gruppen innerhalb der Landbevölkerung (Großagrariern, Mittelbauern, Kleinbauern und Landproletarier) konkrete differenzierte programmatische Konzeptionen auf:

A) Zu den Großagrariern und Gutsbesitzern: Enteignung zugunsten des gesellschaftlichen Eigentums, ähnlich wie in der Französischen (bürgerlichen) Revolution begonnen; Offen blieb die Frage, ob mit oder ohne Entschädigung enteignet werden sollte (Marx wörtlich: »Wir kämen am wohlfeilsten weg, wenn wir die ganze Bande auskaufen könnten.«). Die Betriebe sollten in genossenschaftlicher Form weitergeführt werden. Es ist an keiner Stelle davon die Rede, daß die Großagrariern in ihrer physischen Existenz oder in ihrer Existenz als Landwirte vernichtet werden sollten. Auch von Verbannungen und anderen Repressionen gegen sie war nicht die Rede. Die Großbetriebe sollten nicht parzelliert oder aufgesiedelt werden.

B) Zu den Mittelbauern: Hierzu ging man weiterhin davon aus, daß der wirtschaftliche Prozeß dahin tendiere, die mittelständischen Betriebe in ihrer Anzahl zu minimieren. Sowohl unter kapitalistischen Bedingungen als auch nach der sozialistischen Transformation würden sie im ökonomischen Wettbewerb einerseits von den großen kapitalistischen Agrarunternehmen als auch von sozialökonomisch effektiveren genossenschaftlichen Großbetrieben andererseits in Frage gestellt werden. Ein freiwilliger Anschluß an eine genossenschaftliche Kooperation wäre wünschenswert. (hierzu Friedrich Engels wörtlich: »Von einer gewaltsamen Expropriation werden wir auch hier wahrscheinlich absehen und im übrigen darauf rechnen können, daß die ökonomische Entwicklung auch diese härteren Schädel der Vernunft zugänglich machen wird.«).

C) Zu den Kleinbauern: Der Kleinbetrieb stellte sich auch damals als unwirtschaftlich heraus. Er war meist überschuldet und damit ein Scheineigentum. Die hohen Abgaben (Kreditrückzahlungen usw.) ließen unter dem Strich der betriebswirtschaftlichen Bilanz keine wirkungsvollen Möglichkeiten für Neuinvestitionen zu, um mit dem technischen Fortschritt der Großbetriebe Schritt halten zu können.

D) Von marxistischer Seite wurde vorgeschlagen, das Kleineigentum ohne Zwang unter genossenschaftlicher Leitung zusammenzuführen und ihm durch den Staat günstige Startbedingungen zu schaffen (hierzu Engels: »Und zweitens ist es ebenso handgreiflich, daß, wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, wir nicht daran denken, die Kleinbauern gewalt-

sam zu expropriieren, einerlei, ob mit oder ohne Entschädigung, wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind.«).

Die so entwickelten, hier aufgezeigten Positionen zur Agrarfrage blieben in der Sozialdemokratie in Grundzügen noch bis in die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg als Forderungen erhalten. Die Entwicklungen in der Weimarer Zeit und aus ihr folgende praktische Umsetzungen sollen hier ausgeklammert werden, weil sie nicht unmittelbar der Bearbeitung des Themas dienen.

Die programmatische Entwicklung in der KPD bis 1944 soll ebenfalls unberührt bleiben. Erst die Konzeption der KPD für die hier interessierende Zeit nach dem zweiten Weltkrieg ist von Bedeutung. In der Agrarfrage wurde das Programm in Moskau (ab 1944) entwickelt und durch die Exilkommunisten mit dem Einmarsch der Roten Armee im damaligen Mitteldeutschland auf die Tagesordnung gesetzt. Der folgende Teil befaßt sich mit der Darstellung und Bewertung der sowjetrussischen Interessen und Vorstellungen, die sich im Programm der KPD niederschlugen. Hierzu ist die Darstellung der Entwicklungen in Rußlands von Bedeutung.

### **1.3. Die landwirtschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen in Rußland und in der Sowjetunion**

Die grundlegenden Bedingungen, von der die Geschichte Rußlands im 18. Jahrhundert geprägt war, sind eine verspätete Entwicklung mit daraus resultierender ökonomischer Rückständigkeit und eines niedrigen allgemeinen Kulturniveaus gegenüber den Ländern Westeuropas. Die Bevölkerung der gigantischen russischen Ebenen war den steten östlichen Winden ebenso wie den asiatischen Eindringlingen ausgesetzt. Der Kampf mit den nomadisierenden Stämmen währte bis zum Ende des siebzehnten Jahrhunderts. Aufgrund des Kontinentalklimas sind die Winter eisig und die Sommer zeichnen das Land durch ihre Dürre. Die Landwirtschaft als Grundlage der ökonomischen Entwicklung schritt auf extensivem Wege vorwärts. Im Norden wurden die Wälder abgeholzt, im Süden wurden die Steppen zur Bebauung aufgerissen. Im Gegensatz dazu bauten die Barbarenstämme Germaniens und ganz Westeuropas auf der kulturellen Hinterlassenschaft der Römer und den Bedingungen eines günstigeren Klimas auf. Die engen Grenzen Westeuropas zwangen zu einem raschen inneren Entwicklungstempo, zur Gründung von Städten und der schnellstmöglichen Ausbreitung und Anwendung handwerklicher und agrarischer Neuerungen. Im Osten konnte man auf Neuland ausweichen, die Ideen kritischer und findiger Elemente der Gesellschaft wurden nicht gesucht und ihre Träger ständig als Bedrohung althergebrachter Machtstrukturen empfunden und bekämpft. Als Teil einer einflußlosen Minderheit siedelten sie sich als »Emigranten« regelmäßig in den westlichen städtischen Zentren des Landes an. Das tatarische Joch prägte historisch und sozial den gesamten russischen Staat, aber auch die lange Periode des russischen Feudalismus, der im Unterschied zum Westen hier wenige kulturelle Denkmäler hinterließ.

#### **1.3.1. Die Aufhebung der Leibeigenschaft**

In Rußland erfolgte erst 1861 unter dem Zaren Alexander II.<sup>42</sup> die Aufhebung der Leibeigenschaft und diese auch nur teilweise. Auslösendes Moment waren vor allem die gestiegenen Getreideexportmöglichkeiten nach Westeuropa. Die Aufhebung der Leibeigenschaft wurde unterstützt durch die adlige Bürokratie und liberale Gutsbesitzer, die sich durch diese Bauern-

---

<sup>42</sup> Zu den protestierenden Besitzern der Leibeigenen sagte der Zar: »Es ist besser, die Leibeigenschaft von oben her abzuschaffen als zu warten, bis sie sich von unten her selbst abschafft.«

reform eine Lösung der russischen Agrarfrage versprochen und die sich mit den Folgen des Krimkrieges konfrontiert sahen. Im Nachgang erst wurde eine Verwaltungs-, Heeres- und Gerichtsreform eingeleitet. Damit war Rußland die letzte europäische Großmacht, die die engen Fesseln des Feudalismus sprengte. Doch die den Bauern überlassenen Bodenanteile waren nur Bruchstücke des Ackerlandes, das vorher durch die uralte, bäuerliche Dorfgemeinschaft Mir oder Obschtschina genutzt wurde. Diese Landanteile waren mit sogenannten Ablösegeldern belastet. Die auferlegten Zahlungsverpflichtungen, nämlich Tilgungen, Zinsen und Steuern, erreichten oft ein Vielfaches dessen, was der Bodenertrag hergab. Das zwang die Bauern zu Nebenerwerb und niedrigster Lebenshaltung. Ein großer Teil der Bauern wurde proletarisiert. Der Muschik war gezwungen, von den Gutsbesitzern, die den Großteil des Ackers nutzten, Land zu pachten. Das erfolgte oft unter erdrückenden Bedingungen. Abarbeitung beim ehemaligen Herrn war regelmäßig die Folge. Die Bauern waren nur formell frei. Es bestand eine erneute Abhängigkeit.<sup>43</sup>

In seiner Erzählung »Wieviel Erde braucht der Mensch?« ging auch der Schriftsteller Leo Tolstoi auf die Problematik des Landhungers der Bauern ein: Bei Tolstoi schließt der Bauer Pachom einen Pakt mit dem Teufel: Pachom soll soviel Land sein eigen nennen können, wie er von Sonnenaufgang bis Untergang umlaufen kann. In seiner Gier wählt dieser den Kreis so groß, daß er abends vor den Füßen des Teufels erschöpft zusammenbricht. »Der Knecht nahm die Hacke, grub Pachom ein Grab, genau so lang wie das Stück Erde, das er mit seinem Körper, von den Füßen bis zum Kopf, bedeckte – sechs Ellen –, und scharfte ihn ein.«<sup>44</sup> Das Phänomen stellte Tolstoi anschaulich dar, jedoch ließ er in seiner mehr moralischen Wertung die Antwort auf die Frage offen, wie die Tradition der extensiven Wirtschaft und die Schuldenlasten als soziale Bedingungen ursächlich wirkten.

### 1.3.2. Die erste Spaltung der russischen Erneuerungsbewegung

Die Aufhebung der Leibeigenschaft erfolgte unter dem Druck der absolut rückständigen russischen Verhältnisse, gegen die schon seit Anfang des achtzehnten Jahrhunderts liberale Intellektuelle und Aristokraten protestiert und revoltiert hatten, die der Meinung waren, daß die herrschenden Zustände im Sinne einer freiheitlichen und wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands unhaltbar wären. Der Dekabristenaufstand im Jahre 1825 war der Anfang einer langen Kette revolutionärer Erhebungen. Nach der niedergeschlagenen Dekabristenrevolte etablierte sich eine neue Untergrundbewegung, die der Agrarsozialisten oder Narodniki (Narodnischestwo/Volkstümmler), nach deren Ansicht Rußland aufgrund seiner tradierten dorfgemeinschaftlichen Strukturen die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und damit die Ausbreitung des westlichen Kapitalismus, vermeiden könnte. Für die meistens slawophil eingestellten Narodnowolzen war zur Herstellung einer sozialen und geistigen Freiheit allein die Abschaffung der Leibeigenschaft und der Sturz des Absolutismus erforderlich. Auf dieser Basis könnte dann eine sozialistische Ordnung zur Rettung Rußlands errichtet werden. Bis spät in die achtziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts herrschte diese agrarsozialistische Richtung als revolutionäre Erneuerungsbewegung in Rußland vor.<sup>45</sup> Da die erhoffte Mobilisierung der Bauern jedoch nicht erfolgte, ging ein Teil der Volkstümmler zu der Option über, Anschläge und Attentate auf Einrichtungen und Beamte des absolutistischen Machtapparates zu verüben. Es bildete sich die besonders militante Gruppierung »Narodnaja Wolja« (Volkskraft oder Volksfreiheit). Der Zar Alexander II. wurde Opfer eines Attentats (1881). Viele der in der illegalen Organisation der Narodowolzen Tätigen wurden verhaftet, hingerichtet oder erhielt-

<sup>43</sup> Lehmann: Die Agrarfrage in Theorie und Praxis, a.a.O., S. 237.

<sup>44</sup> Tolstoi, Leo N.: Wieviel Erde braucht der Mensch? (Originaltitel: Mnogo li celoveku zemli nuzno, 1886). Frankfurt/M. 1989, S. 29.

<sup>45</sup> Bruckus, Boris D.: Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland. Berlin 1925.

ten zum Teil lebenslange Haftstrafen in der Peter-Pauls-Festung oder in der Festung Schlüsselburg, die 50 km vor St. Petersburg lag. Viele wurden zu jahrelanger Zwangsarbeit verurteilt.<sup>46</sup>

Theoretische Inspiration erhielten die Narodniki unter anderem von Anarchisten wie Max Stirner, Michail Bakunin, von Nikolai Danielson, Nikolai Tschernyschewski und Vera Sassulitsch.<sup>47</sup> Die deutlich werdende Aussichtslosigkeit terroristischer Aktivitäten und die Lethargie eines großen Teils der Bevölkerung einerseits und die Inspirationen durch revolutionäre Theoretiker Westeuropas andererseits führten dann zur Spaltung der russischen Erneuerungsbewegung.

Im Jahre 1879 fand in Woronesch eine Geheimkonferenz statt, in deren Verlauf sich die Narodniki in zwei Strömungen auf trennten. Die eine hielt an den bisherigen panslawistischen, agrarsozialistischen Vorstellungen fest, die andere begann sich für die Ideen des westlichen Industriesozialismus zu interessieren und diese in die russische revolutionäre Bewegung hineinzutragen. Die letztgenannte Gruppe wurde von Georgij Plechanow angeführt, der von der Annahme ausging, daß Rußland eine kapitalistische Entwicklung bevorstünde, und aus diesem Grunde für die Übernahme marxistischer Theorien war. Ursprünglich inspirierte er damit auch W. I. Lenin und andere russische Revolutionäre.<sup>48</sup>

Einflußreiche Vertreter der westlich orientierten Revolutionäre trafen sich 1883 in Genf, darunter Plechanow, Vera Sassulitsch<sup>49</sup>, Pawel Axelrod und Lew Dejtsh. Sie gründeten die »Gruppe Befreiung der Arbeit« mit der Zielsetzung, auf die Herstellung einer russischen marxistischen Arbeiterpartei hinzuwirken.<sup>50</sup> Die Konstituierung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) erfolgte im Jahre 1898.<sup>51</sup>

<sup>46</sup> Siehe hierzu auch: Nicht Heilige Nicht Narren. Erinnerungen russischer Volkstümmler. Leipzig 1984.

<sup>47</sup> Danielson hatte Marx' Kapital in das Russische übertragen, zweifelte jedoch an einem praktischen Nutzen bezüglich der Anwendbarkeit auf die russischen Verhältnisse. Sowohl Danielson als auch Sassulitsch standen mit Marx und Engels im Briefkontakt. Marx war vor allem in seinen »Grundrissen zur politischen Ökonomie« auf die Agrarverhältnisse Rußlands eingegangen. Siehe hierzu auch seinen Brief an die Redaktion der »Otscheschestwenyije Sapiske« vom Nov. 1877 über die Akkumulation in Rußland. In: MEW. Bd. 19, S. 107 ff.

<sup>48</sup> Deutscher, Isaac: Stalin. Eine politische Biographie. Berlin 1990.

<sup>49</sup> Engels schrieb 1885 an Sassulitsch: »Da, wo die Lage so gespannt ist, wo sich die revolutionären Elemente in einem solchen Grade angesammelt haben, wo die soziale Lage der ungeheuren Massen des Volkes von Tag zu Tag unmöglicher wird, wo alle Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung vertreten sind, von der Urgemeinschaft bis zur modernen Industrie und Hochfinanz, und wo alle diese Widersprüche zusammengehalten werden durch einen Despotismus ohnegleichen, der immer unerträglicher wird für eine Jugend, die in sich die nationale Intelligenz und Würde vereint – wenn das 1789 einmal begonnen hat, wird das 1793 nicht auf sich warten lassen. (...)« Er bezog sich hier in Analogie auf die französische bürgerliche Revolution, 1793, der Beginn der Jakobinerherrschaft. Einen russischen Robespierre sah er demzufolge damals schon voraus. Vor allem wollte er wohl die junge russische Dame etwas über ihre sozialistischen Illusionen aufklären, indem er auch schrieb: »Dies ist einer der Ausnahmefälle, in denen es einer Handvoll Leute möglich ist, eine Revolution zu machen, d. h. durch einen kleinen Anstoß ein ganzes System zu stürzen, dessen Gleichgewicht mehr als labil ist (...), und durch einen an sich unbedeutenden Akt Explosivkräfte freizusetzen, die dann nicht mehr zu zähmen sind. Nun, wenn jemals der Blanquismus – die Phantasie, eine ganze Gesellschaft durch die Aktion einer kleinen Verschwörergruppe umzuwälzen – eine gewisse Daseinsberechtigung gehabt hat, dann sicherlich in Petersburg. Einmal das Feuer ans Pulverfaß gelegt, einmal die Kräfte befreit und die nationale Energie aus potentieller in kinetische transformiert (...), so werden die Männer, die das Feuer an die Mine gelegt haben, durch die Explosion fortgerissen werden, die tausendmal stärker sein wird als sie und sich ihren Ausweg suchen wird, wie sie kann, wie die ökonomischen Kräfte und Widerstände entscheiden werden. (...) Die Leute, die sich rühmten, eine Revolution gemacht zu haben, haben noch immer am Tag darauf gesehen, daß sie nicht wußten, was sie taten, daß die gesamte Revolution jener, die sie machen wollten, durchaus nicht ähnlich sah. Hegel nennt das die Ironie der Geschichte.« In: Marx, Karl; Engels, Friedrich: Ausgewählte Werke. Bd. 5. Berlin 1965, S. 523 f.

<sup>50</sup> Lehmann: Die Agrarfrage in Theorie und Praxis, a.a.O., S. 239.

<sup>51</sup> Siehe auch: Venturi, Franco: Roots of Revolution. New York 1960.

### 1.3.3. Die Spaltung der SDAPR in Bolschewiki und Menschewiki

Die Mißernten der Jahre 1891/92 hatten die Zersetzung der herkömmlichen Agrarstruktur in Rußland beschleunigt. Die Gründung der SDAPR stand somit auch in engem Zusammenhang mit der Agrarfrage. Diese nahm dann auch eine vorrangige und zentrale Stellung in der Programmatik der russischen Sozialdemokraten ein. Schon damals bildete sich ein entscheidender, wenn nicht sogar der entscheidendste und weittragendste Widerspruch nicht nur für die russische Sozialdemokratie, sondern auch für die gesamte Entwicklung des russischen Imperiums und darüber hinaus, heraus: Die Aufgabe einer forcierten marktorientierten, in bezug auf die westeuropäischen Nationen nachholenden kapitalistischen Entwicklung einerseits und die Annahme eines westlichen theoretischen Fundamentes andererseits, das auf die soziale Auseinandersetzung zwischen Kapital und Lohnarbeit ausgerichtet und unter der Existenz dieser Bedingungen im Westen entstanden war. Es stellte sich die Verknüpfung einer Theorie und Handlungsstrategie mit historisch-kulturellen Bedingungen her, die genuin eigentlich gar nicht zusammen paßten. Daß diese unglückliche »Ehe« historisch zeugungsfähig wurde, lag wohl an dem ungeheuren Druck nach einer Lösung, den die russische Agrarfrage heraufbeschwor. Noch wußte niemand genau, was dabei herauskommen würde. Die Ahnung, daß es ein machtpolitisches und sozialökonomisches Monstrum sein könnte, das dem »genetischen« Material seiner westlichen Väter nicht mehr ähnlich sein würde, ging später von den Menschewisten aus. Sie plädierten konsequent im marxistischen Sinne dafür, den russischen Kapitalismus und die demokratische Republik einzuläuten. Da sie das jedoch nicht mit Vehemenz taten, wurden die Bolschewisten später zum handelnden Subjekt, indem sie den Ruf des russischen Bauern nach Boden zu beantworten versprachen. Die Dringlichkeit der Bodenfrage gestattete dieses historische Konstrukt als Basis bolschewistischer Macht. Die Wurzeln für das Entstehen des Bolschewismus, des Marxismus-Leninismus und des Stalinismus sind in diesem dargestellten Widerspruch unzweifelhaft angelegt.

Doch deshalb noch einmal zum Agrarprogramm der SDAPR, wie es vor allem durch Lenin ab 1902, dem Jahr großer landesweiter Bauernaufstände, auf die Tagesordnung der Parteikonzeption gesetzt wurde<sup>52</sup>. Gleich zu Beginn der Parteikonferenz gab Lenin seine Gewichtung des Agrarprogramms bekannt:

»Bildet im Westen die ›Bauernfrage‹ gerade den Angelpunkt des Agrarprogramms der Sozialdemokraten, so muß das in Rußland in noch weit höherem Grade der Fall sein. Eine völlig eindeutige Festlegung unserer Politik in der Bauernfrage ist für uns russische Sozialdemokraten um so notwendiger, als unsere Richtung in Rußland noch ganz jung ist, als der gesamte alte russische Sozialismus letzten Endes ein ›Bauernsozialismus war.«<sup>53</sup>

Zunächst erteilte Lenin den Menschewisten in und außerhalb der Partei (auch den »orthodoxen« Marxisten, wie er sie nannte) Schelte in bezug auf ihre Auffassung zur Agrarfrage, indem er betonte, daß neun Zehntel von ihnen »nur ganz gewöhnliche bürgerliche Sozialreformer« seien. Einer der Kritiker des bolschewistischen Agrarprogramms war Martynow, der die Position der Menschewiki in der Zeitung »Rabotscheje Delo« (Arbeitersache) vertrat. Martynow war Lenins Angriffen ausgesetzt, weil er sich auf Kautskys Agrarprogramm berief. Auch in der Entzweiung von Lenin und seinem Förderer Plechanow spielte die Bauernfrage eine wichtige Rolle. Auch er, Plechanow, der Urvater des russischen Marxismus<sup>54</sup>, wurde wie andere von Lenin in die Reihe der »Ökonomen« gestellt, die er auch als »orthodoxe Marxis-

<sup>52</sup> Ihre erste diesbezügliche Darstellung hatten die Bolschewisten innerhalb der SDAPR bereits 1901 in einem Entwurf eines Agrarprogramms mit dem Titel »Arbeiterpartei und Bauernschaft« in der »ISKRA« Nr. 3 vorgestellt.

<sup>53</sup> Lenin, Wladimir Iljitsch: Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie. LW. Bd. 6, Berlin 1986, S. 97.

<sup>54</sup> Baron, Samuel Haskell: Plekhanov, the father of the Russian Marxism. Stanford Californ. 1963; Ders.: Plekhanov in Russian history and Soviet historiography. 1995.

ten« bezeichnete, weil sie der Ansicht waren, daß Rußland den Kapitalismus nicht »überspringen« könnte. Vor allem Pjotr B. Struve, Plechanow und Axelrod waren führende Theoretiker der Agrarfrage, die sich in Rußland auf Kautsky und auf das Agrarprogramm der SPD, wie es 1895 auf dem Breslauer Parteitag beschlossen wurde, beriefen. Bezogen auf Rußland hieß das für sie, die Agrarfrage hätte eine wesentliche Bedeutung, jedoch müßte vorerst der russische Kapitalismus entwickelt werden. Für sie galt es, ein Bündnis zwischen dem Lohnproletariat und der Bourgeoisie herzustellen, um die Autokratie des Zaren zu beenden und eine kapitalistische Entwicklung der produktiven Kräfte unter den Bedingungen einer zu erkämpfenden russischen Republik zu ermöglichen. Später werde ein Bündnis mit den Bauern in den Vordergrund treten, meinten sie.<sup>55</sup>

Lenin vertrat nun jedoch eine äußerlich zunächst reformistische Position zur Agrarfrage in seinem Entwurf zum Parteiprogramm, das auf dem 2. Parteitag der SDAPR beschlossen werden sollte. Der Agrarteil dieses Entwurfes liest sich wie folgt:

»Um die Überreste der alten Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen und die freie Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande zu fördern, strebt die Sozialdemokratische Partei Rußlands an:

1. Aufhebung der Ablöse- und Fronzinszahlungen<sup>56</sup> wie auch aller übrigen Lasten, die heute der Bauernschaft als abgabepflichtigen Stand auferlegt sind;
2. Aufhebung der solidarischen Haftung und aller Gesetze, die den Bauern in der freien Verfügung über sein Land beschränken;
3. Rückerstattung aller Geldsummen an das Volk, die ihm in Form von Ablöse- und Fronzinszahlungen abgenommen wurden; zu diesem Zweck Beschlagnahme der Klostergüter und Apanageländereien sowie besondere Besteuerung der Ländereien der adligen Großgrundbesitzer, die von Ablösekrediten Gebrauch gemacht haben; Überweisung der dadurch erhaltenen Summen an einen besonderen Volksfonds für kulturelle und wohltätige Zwecke der Dorfgemeinschaften;
4. Gründung von Bauernkomitees
  - a) um den Dorfgemeinschaften die Landstücke zurückzugeben (durch Enteignung oder, falls diese Landstücke von Hand zu Hand gegangen sind, durch Ablösung usw.), die bei der Aufhebung der Leibeigenschaft vom Land der Bauern abgetrennt worden sind und den Gutsbesitzern als Werkzeug zur Knechtung der Bauern dienen;
  - b) um die Überreste der Leibeigenschaftsordnung zu beseitigen, die sich im Ural, im Altai, in den Westgebieten und in anderen Teilen des Landes erhalten haben;
5. Bevollmächtigung der Gerichte, übermäßig hohe Pachtzinsen herabzusetzen und Verträge mit knechtendem Charakter für ungültig zu erklären.«<sup>57</sup>

<sup>55</sup> Siehe hierzu auch: Martow, Juli O.: Geschichte der russischen Sozialdemokratie; Dan, Theodor I.: Der Ursprung des Bolschewismus. Hannover 1968.

<sup>56</sup> Zur Erklärung ein Zitat aus: Lehmann: Die Agrarfrage, a.a.O., S. 237: »Die den Bauern überlassenen Bodenanteile, nur Bruchstücke des vorher von der Dorfgemeinde bestellten Ackerlandes, waren mit erdrückenden »Ablösegeldern« belastet. Die auferlegten Zahlungsverpflichtungen, nämlich Tilgungen, Zinsen, Steuern, Abgaben usw. erreichten verschiedentlich sogar die fünffache Höhe des Bodenertrages und nötigten die Masse der Bauern zu Nebenerwerb und niedrigster Lebenshaltung. Große Teile der Landbevölkerung verarmten oder wurden proletarisiert. Diese Tendenzen führten zu einer Klassenscheidung im Dorfe. Die landarmen oder -losen Bauern waren sogar gezwungen, zu erdrückenden Lasten Boden zu pachten und den Zins beim Gutsherrn »abzuarbeiten«; sie waren also nur formell frei, faktisch jedoch erneut hörig.« In Rußland bestand noch die Besonderheit, daß das gesamte Land faktisch dem Zaren gehörte, die besagten Abgaben teilweise auch an den Staat gezahlt werden mußten. Der Staat hatte die Tilgung für die Ablösung über mehrere Jahrzehnte gewährt. Daraus resultierten hauptsächlich die Zinslasten. Dazu kamen die Gebühren für das von den Gutsbesitzern gepachtete Land. Daher wahrscheinlich der Begriff Fronzins.

<sup>57</sup> Lenin, W. I., Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie, a .a .O.. Bd. 6, S. 100.

Was war geschehen? Lenins Programmatik orientierte sich im Prinzip nur darauf, die Reste der Leibeigenschaft zu beseitigen, die schwersten Lasten der Bauern zu überwinden und den Landhunger des Muschiks zu stillen. Eigentlich war es ein bürgerliches Programm, was hier aufgestellt worden war. Lenin hatte das Programm in seiner Rohfassung schon 1896 nach einem Aufenthalt in Berlin und anderen westeuropäischen Städten geschrieben. In Berlin hatte er die Auseinandersetzungen der deutschen Sozialdemokraten über das Agrarprogramm in Vorbereitung und auf dem Breslauer Parteitag erlebt. Er übte sich jedoch in Zurückhaltung. Anders als Axelrod und andere spätere Menschewiki äußerte er sich nicht zu den deutschen Auseinandersetzungen, weil er sie als Übertragung auf die russische Situation für unbrauchbar hielt. In Deutschland hatte es Streit um einen radikalen und einen reformistischen Programm-entwurf gegeben. Der Parteitag entschied sich dann für den radikalen Entwurf.

Lenin allerdings taktierte. Er wollte den inhaltlichen Streit der Deutschen nicht nach Rußland übertragen. So sympathisierte er stillschweigend mit dem reformistischen Entwurf, an den er sich zunächst anlehnte, um die russischen Bauern hinter sich zu bringen. Ein radikaler Entwurf, den er eigentlich im Sinne hatte, hätte die Bauern zum damaligen Zeitpunkt nicht auf die Seite der Bolschewisten gebracht, nahm er wahrscheinlich an. Er sah einerseits die schwächer werdende Autokratie des Zaren, andererseits aber auch die Schwäche der russischen Bourgeoisie. Aus dieser Erkenntnis entwickelte er sein strategisches Konzept zur Ergreifung der Macht. Er glaubte, die bürgerliche Revolution überspringen zu können und unmittelbar zur sozialistischen Revolution überzugehen. Die russische Arbeiterschaft wäre dazu allein noch zahlenmäßig zu schwach, so konstatierte er. Er wollte die Sympathien der Bauernschaft gewinnen und mit ihnen ein Bündnis auf Zeit eingehen. Damit wollte Lenin die »fortschrittlichen« Interessen der Bauern nutzen, um den Zarismus zu stürzen. Er sah aber auch ihre »reaktionären« Interessen als Eigentümer, die es nach seinem Konzept später zu bekämpfen galt. So geht es aus mehreren Aussagen seiner vielfältigen Aufsätze und Vorträge zur Agrarfrage hervor. Lenins Strategie schloß offensichtlich damals schon die Möglichkeit ein, die spätere Provisorische Regierung zu stürzen und selbst die diktatorische Macht zu ergreifen. In diesem Sinne war Lenins Agrarprogramm taktisches Kalkül.

Inwieweit die Situation nach der Februarrevolution 1917 mit ihren ungelösten Problemen zur Herstellung des Friedens und zur Lösung der Bodenfrage vorauszusehen war, um bei dieser Gelegenheit selbst die Macht zu ergreifen, bleibt allerdings strittig. Die Auseinandersetzungen über das Agrarprogramm und über Organisationsfragen spalteten die Partei während der tagelangen Debatten des zweiten Parteitages im Sommer 1903 in Brüssel und London in die Partei der Menschewiki und die der Bolschewisten. Lenins offensichtliches Ziel, die Voraussetzungen zur Schmiede einer totalitären Kaderpartei in Form der Bolschewiki, zu schaffen, war in Brüssel eingeleitet worden. Es gelang Lenin hauptsächlich darum, weil die Delegierten, die die Positionen der Menschewiki vertraten, nicht in dem Maße nach London zu den entscheidenden Abstimmungen weitergereist waren, um ihre Auffassungen durchzusetzen. Die Bolschewiki (übersetzt: die Mehrheit) vertraten somit eigentlich die Minderheit der russischen Sozialdemokraten. Die Abstimmungen in London dann waren darum nur zufällig. Dieser Zufall der Zusammensetzung des Parteitages wirkte sich jedoch entscheidend auf die Geschichte des gesamten 20. Jahrhunderts aus.

Offensichtlich unter dem Druck der Agrarprobleme und dem Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung, die diese Fragestellung immer deutlicher artikulierte, hatte die Zarenregierung Anfang des Jahres 1903 einen Ukas erlassen, der sich allerdings nicht konsequent mit der Aufhebung der Ablösegeder (solidarische Haftung) und der anderen Abgabelasten befaßte. Lenin reagierte auf diesen Schritt sofort und appellierte in einem ausführlichen Artikel unter dem Titel »An die Dorfarmut« an die Adresse der Masse der Kleinbauern. Seine Kernaussage lautete:

»Die sozialdemokratische Arbeiterpartei fordert die sofortige und vollständige Aufhebung der solidarischen Haftung und aller Gesetze, die den Bauern in der freien Verfügung über seinen Boden

beschränken. Das Zarenmanifest vom 26. Februar 1903 verspricht die Aufhebung der solidarischen Haftung. Jetzt ist bereits ein Gesetz erlassen worden, das sie aufhebt. Aber das genügt nicht. Man muß außerdem alle Gesetze aufheben, die den Bauern in der freien Verfügung über seinen Boden beschränken. Sonst wird der Bauer auch ohne die solidarische Haftung nicht ganz frei sein, wird er halb leibeigen bleiben. Der Bauer muß die volle Freiheit erlangen, über seinen Boden zu verfügen: ihn wegzugeben und zu verkaufen, wem er will, ohne irgend jemand zu fragen.«<sup>58</sup>

Der Artikel war zuerst in einer Broschüre im Mai 1903 in Genf herausgegeben worden und fand illegale Verbreitung in Rußland. Im In- und Ausland wurde so das Versprechen der russischen Sozialdemokraten manifest, das Bodenproblem auf diese Weise zu lösen. Auch Leo Trotzki, der maßgebliche politische und militärische Organisator der Oktoberrevolution, kam in seinen Darstellungen zur Geschichte der russischen Revolution in dieser Beziehung zur Feststellung:

»Die revolutionäre Kühnheit schöpfte das russische Proletariat nicht nur aus sich selbst. Schon seine Lage, die einer Minderheit der Nation, spricht dafür, daß es nicht im Stande gewesen wäre, seinem Kampfe ein solches Ausmaß zu geben, sich an die Spitze des Staates zu stellen, wenn es nicht eine mächtige Stütze in den Tiefen des Volkes gehabt hätte. Diese Stütze sicherte ihm die Agrarfrage.«<sup>59</sup>

#### 1.3.4. Die Revolution von 1905–1907

Bisherige Reformschritte der zaristischen Regierung hatten zwar teilweise die privatwirtschaftliche Verfügung der Bauern über das Land hergestellt, jedoch bedurfte es nun einer Intensivierung der großen Landwirtschaftsbetriebe, die jedoch unter den konkreten Voraussetzungen nicht gegeben war:

1. Es herrschte in Rußland nach wie vor die unproduktive Dreifelderwirtschaft vor, außerdem waren moderne Methoden zur Kultivierung des Landes nicht bekannt (unter der russischen Landbevölkerung war noch immer der Analphabetismus weit verbreitet);
2. Durch Unproduktivität und hohe Abgaben akkumulierte sich wenig Kapital zur Neuanschaffung von Zugvieh, Gerät und Arbeitsmittel;
3. Das Handwerk und die Industrie waren absolut und in Relation zum Bedarf der Bauernwirtschaften unterentwickelt, das heißt, moderne Technik stand nicht im erforderlichen Umfang und nicht zu erschwinglichen Preisen auf dem Markt zur Verfügung;
4. Die Parzellenwirtschaften, die das Gros der Betriebe ausmachten, waren schon von der Flächengröße her unwirtschaftlich. Letzteres kam gerade durch die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Ablösung der Bodenanteile zur Privatwirtschaft zum Tragen, da mit der Aufhebung der dorfgemeinschaftlichen Produktion, die größtenteils zum Eigenverbrauch betrieben wurde, nun Geld- und Warenzirkulation wirksam wurden.

Alles in allem blieb für den in der extensiven Produktionserweiterung tradierten russischen Muschik nur der Ruf nach mehr Land. Trotzki gab für die Landverteilungsverhältnisse vor der Revolution 1905 folgende realistische Statistik an:

»Die Gesamtzahl des nutzbaren Bodens in den Grenzen des europäischen Rußland wurde am Vorabend der ersten Revolution auf 280 Millionen Deßjatinen<sup>60</sup> geschätzt. Der Boden der Dorfgemeinschaft umfaßte etwa 140 Millionen, die Kronländereien etwa 5 Millionen, Kirchen- und Klosterbesitz etwa 2½ Millionen Deßjatinen. Von dem Privatbesitz an Boden entfielen auf 30 000 Großgrundbesitzer, von denen jedem über 500 Deßjatinen gehörten, 70 Millionen Deßjatinen, das heißt

<sup>58</sup> Ebenda, S. 409.

<sup>59</sup> Trotzki, Leo: Geschichte der russischen Revolution. Frankfurt/M. 1973, S. 47.

<sup>60</sup> Eine Deßjatine = 1,0925 ha.

die gleiche Zahl, über die annähernd 10 Millionen Bauernfamilien verfügten. Diese Bodenstatistik bildete das fertige Programm des Bauernkrieges.«<sup>61</sup>

Tatsächlich war das Hauptziel der Revolution von 1905 die Neuverteilung des Bodens. Konnte diese Revolution noch militärisch niedergeschlagen werden, führte der gesamte soziale Gärstoff des Landes jedoch zur Errichtung der konstitutionellen Monarchie mit der Bildung der 1. Duma im Jahre 1906.

### 1.3.5. Die Stolypinschen Reformen

Im Juli 1906 wurde Stolypin<sup>62</sup>, seit April Außenminister, Premier der Duma. Mit dem Gesetz vom 9. November 1906 (bekannt unter Stolypinsche Reformen) wurden unter dem Druck des Bauernaufstandes und als Reaktion auf darüber erschrockene Gutsbesitzer hauptsächlich Agrarreformen eingeleitet. Die Reformen zielten darauf ab, daß verkaufswillige Gutsbesitzer und Parzellenbauern verstärkt Landanteile an unternehmungsbereite und investitionswillige Farmer<sup>63</sup> übergeben. Über diese Reformen urteilte später Leo Trotzki folgendermaßen und konstatierte zumindest de facto ihre positiven Seiten:

»Gegen den 1. Januar 1916 sicherten sich zweieinhalb Millionen Hofbesitzer als ihren Privatbesitz 17 Millionen Deßjatinen. Zwei weitere Millionen Hofbesitzer forderten die Aussonderung von 14 Millionen Deßjatinen. Das sah nach einem kolossalen Erfolg der Reformen aus. Doch die ausgesonderten Bauernwirtschaften waren in ihrer Mehrzahl durchaus lebensunfähig und stellten nur das Material für eine natürliche Auslese dar. Während die wirtschaftlich rückständigsten Gutsbesitzer und kleinen Bauern intensiv verkauften, die einen ihre Latifundien, die anderen ihre Landfetzen, trat vorwiegend die neue Bauernbourgeoisie auf. Die Landwirtschaft ging zweifellos in das Stadium des kapitalistischen Aufstiegs. Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus Rußland wuchs in fünf Jahren (1908–1912) von 1 Milliarde Rubel auf 1½ Milliarden. Das bedeutete: breite Bauernmassen wurden proletarisiert, und die Oberschicht des Dorfes warf immer mehr Brot auf den Markt.«<sup>64</sup>

Die von Trotzki angegebenen Zahlen decken sich annähernd mit den Zahlen, die die Russian History Home Page<sup>65</sup> heute im Internet angibt: Verkaufswillige 2,008 Millionen, Käufer 2,756 Millionen (in der Zeit von 1907–1915).

Stolypin gilt als letzter großer Reformator des russischen Imperiums, der dem Zaren durch seine politischen und vorausschauenden Fähigkeiten weit überlegen gewesen sein soll. Seine Reformvorhaben galten nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Verwaltung und dem Heer. Außerdem entwarf er großangelegte Pläne zur Erschließung der weiten russischen Landesteile durch eine forcierte Siedlungspolitik. Die mit seinem Namen in die Geschichte eingegangenen Reformen waren wohl die letzte Chance, der Revolution zu entgehen und das Land unter entsprechenden marktwirtschaftlichen und demokratischen Bedingungen zu entwickeln und damit Rußland durch ein Industrialisierungsprogramm aus der Sackgasse der kulturellen Rückständigkeit herauszuführen. Auf die negativen Auswirkungen der Reformen, die massenhafte Proletarisierung der Bauernschaft, hatte Trotzki hingewiesen. Den Reformen fehlte die notwendige Durchsetzungskraft. Die russische Bourgeoisie und der Mittelstand waren zu schwach, um diese Reformanstrengungen wirksam zu unterstützen. Ihre politische Vertretung war die liberale bürgerliche Partei unter Pavel N. Miljukow (Kadettenpartei).

<sup>61</sup> Trotzki: Geschichte der russischen Revolution, a .a. O.. S. 48.

<sup>62</sup> Pjotr Arkadewitsch Stolypin (1862–1911).

<sup>63</sup> Es handelte sich hier meist nicht um typisch russische Bauern, sondern um kapitalistische Unternehmer aus den Städten.

<sup>64</sup> Trotzki: Geschichte der russischen Revolution, a.a.O., S. 49.

<sup>65</sup> The Stolypin Agrarian Reform, Ukaz of 9 November 1906, Liki Rossii, Publishing House, Internet.

### 1.3.6. Die Februarrevolution und die Oktoberrevolution 1917

Man kann davon ausgehen, daß die Klasse der landarmen Bauern und Landarbeiter keine Aussicht auf eine neue Existenzgrundlage hatte. Sie war das menschliche Potential der kommenden Revolution. Der Krieg trug das seine zur Revolutionierung der Massen bei. Die ungeheuren Entbehrungen an der Front, die Aussichtslosigkeit auf einen Sieg und einer zivilen Existenz nach dem Kriege veranlaßten viele Muschiks, die Front im Westen zu verlassen und sich den Revolutionären in den großen Städten anzuschließen. Geling es der Februarrevolution von 1917, die Autokratie des Zaren zu stürzen, wurde durch die nun einberufene Provisorische Regierung jedoch nicht der Eindruck erweckt, die zwei dringenden Probleme, die sofortige Beendigung des Krieges und die Agrarfrage, zu lösen. Die dadurch in vermehrten Scharen nach Hause strömenden Soldaten, die in großer Zahl aus den unteren Bauernschichten stammten, wurden durch die Bolschewiki mit der Deklaration ihres Dekretes über den Frieden und über den Boden empfangen. Sie bildeten das überlegene militärische Potential, das sich dann in der Oktoberrevolution der Regierung Kerenski entgegenstellte. Der Machtwechsel zugunsten der Bolschewiki im Winterpalast in Petrograd, der von der Regierung schon fast geräumt war, erfolgte daher zunächst bis auf den Signalschuß des von Trotzki kommandierten Panzerkreuzers »Aurora« fast sang- und klanglos.

### 1.3.7. Bauernrevolution und Bürgerkrieg

Die Ereignisse der eigentlichen Bauernrevolution begannen schon vor der Oktoberrevolution. So hatten im Sommer 1917 die Bauernunruhen mit der Rückkehr hunderttausender Deserteure von der Front erheblich zugenommen. Die Bauern waren enttäuscht über die von der neuen Regierung versprochene, aber immer wieder hinausgeschobene Lösung der Bodenfrage. Sie begannen in verschiedenen Gegenden, herrschaftliche Güter in Brand zu stecken und den Boden gewaltsam und willkürlich unter sich aufzuteilen. In Zentralrußland und in der Ukraine kam es zu massakerartigen Ausschreitungen gegen Gutsbesitzer. Seit Mai 1917 bildeten die Menschewiki, die in Arbeiterkreisen große Zustimmung besaßen, sowie die Sozialrevolutionäre, die vor allem die Interessen der Bauern vertraten, die neue Regierung. Da aber noch immer keine befriedigende Lösung in der Bodenfrage angestrebt wurde, wurden mit ihren Versprechungen die Bolschewiki nun endgültig Hoffnungsträger der Bauern. Die Frontdeserteure hatten die Zauberformel »Frieden und Boden« der Bolschewiki mit ihrer Rückkehr in ihre Dörfer getragen. Nach der Machtergreifung der Bolschewiki setzte sich die spontane Landergreifung fort. Courtois beschrieb den Vorgang folgendermaßen:

»Zwischen der neuen Macht und den sozialen Bewegungen, die in völliger Selbständigkeit gegen die alte politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung vorgegangen waren, nahmen die Mißverständnisse und in der Folge die Konflikte sehr schnell zu. Das erste Mißverständnis betrifft die Agrarrevolution. Die Bolschewiki, die immer die Verstaatlichung von Grund und Boden propagiert hatten, mußten in einem für sie wenig günstigen Umfang das sozialrevolutionäre Programm übernehmen oder besser ›stehlen‹ und eine erneute Verteilung des Landes gutheißen. Das ›Dekret über den Grund und Boden‹, das in seinen Hauptbestimmungen festlegte, daß das Privateigentum entschädigungslos aufgehoben ist und die örtlichen Agrarkomitees über das ganze Land verfügen, um es neu zu verteilen‹, war in Wirklichkeit nur eine nachträgliche Legitimation dessen, was seit dem Sommer 1917 in vielen Dorfgemeinden durchgeführt worden war: Man hatte sich das Land der Großgrundbesitzer und der reichen Bauern, der Kulaken, auf brutale Weise angeeignet. Für den Augenblick waren die Bolschewiki gezwungen, sich an diese selbständige Bauernrevolution zu halten, denn schließlich hat sie ihnen auf dem Weg zur Macht wertvolle Hilfe geleistet. Zehn Jahre später werden die Bolschewiki jedoch wieder auf ihr Programm zurückkommen. Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft bedeutet den Höhepunkt in der Auseinandersetzung zwischen dem

aus der Oktoberrevolution 1917 hervorgegangenen Regime und der Bauernschaft und führt zur tragischen Auflösung des Mißverständnisses von 1917.«<sup>66</sup>

In seiner Monographie »Die Diktatur des Proletariats«<sup>67</sup> aus dem Jahre 1918 übte Karl Kautsky umfassende Kritik an der bolschewistischen Revolution. Kautsky kritisierte besonders die diktatorischen Maßnahmen der Bolschewiki und stellte ihnen demokratische Prinzipien entgegen. Darüber hinaus führte er kritisch an, daß die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in Rußland für eine sozialistische Revolution noch nicht ausreichend entwickelt waren.. Kautsky ging im ursprünglichen marxistischen Sinne davon aus, daß die industrielle Entwicklung des Kapitalismus erst den Großbetrieb schaffen würde, der ökonomisch eine Voraussetzung für eine sozialistische Produktionsweise wäre. Die Herausbildung eines modernen Proletariats ginge mit der kapitalistischen Entwicklung einher, dem sich auch immer mehr gebildete Elemente zugesellten. Damit reife das Proletariat zu einer potentiell herrschenden Klasse heran. Beide Bedingungen waren seiner Ansicht nach in Rußland nicht gegeben, was zwangsläufig zu einer Diktatur einer Gruppe weniger Revolutionäre führte. Diese werde sich zu einer erstarrten bürokratischen Herrschaftsclique entwickeln, ohne die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung zu erlangen. Eine solche Diktatur, die potentiell zum Staatsterrorismus geriere, müsse gewaltsam gestürzt werden. In diesem Zusammenhang wies er auf den Thermidor der Französischen Revolution im Jahre 1794 hin, also auf die gewaltsame Beseitigung der Jakobinerherrschaft (des Staatsterrorismus) durch Kräfte innerhalb der Regierungspartei. Bezogen auf Rußland wäre ein solcher Thermidor der Übergang zur Demokratie. Hierdurch würde eine wirkliche wirtschaftliche Entwicklung im bürgerlichen Sinne in Gang gesetzt. Dazu führte Karl Kautsky aus:

»Sozialismus als Mittel zur Befreiung des Proletariats ohne Demokratie ist undenkbar. Allerdings ist gesellschaftliche Produktion auch auf anderer als demokratischer Grundlage möglich. Bei unentwickeltem Verhältnis konnte eine kommunistische Wirtschaft geradezu eine Basis des Despotismus werden. Das konstatierte Engels schon 1875 mit Bezug auf den Dorfkommunismus, wie er sich in Rußland und Indien bis in unsere Tage erhalten hat. (Soziales aus Rußland, ›Volksstaat‹, 1875, S. 11)«.<sup>68</sup>

Kautsky ging weiterhin ausführlich auf die russische Agrarfrage ein und forderte eine gesetzgeberische Konzeption, die durch ein gewähltes Parlament zu legitimieren wäre. Lenin konterte noch im selben Jahr mit einer äußerst scharfen Polemik unter dem Titel »Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky«. Hier verwies Lenin auch auf den Inhalt des Dekretes über den Boden, der hier inhaltlich wiedergegeben und kommentiert wird:

»Im Artikel 3 des Dekretes<sup>69</sup> heißt es, daß die Wirtschaften in das Eigentum des Volkes übergehen, daß die Aufstellung eines ›genauen Verzeichnisses des der Konfiskation unterliegenden Besitzes‹ sowie ›strengster revolutionärer Schutz‹ zur Pflicht gemacht werden. Und in dem Wählerauftrag heißt es, daß ›das Privateigentum an Grund und Boden für immer aufgehoben wird‹, daß ›Ländereien mit hochentwickelten Wirtschaften‹ nicht der Aufteilung unterliegen, daß ›das gesamte lebende und tote Wirtschaftsinventar der konfiszierten Ländereien, je nach Größe und Bedeutung, entschädigungslos in die ausschließliche Nutzung des Staates oder der Gemeinde übergeht‹, daß ›der gesamte Boden in den Bodenfonds übergeht, der Eigentum des gesamten Volkes ist‹. Weiter.

<sup>66</sup> Courtois, Stéphane u. a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München 1998, S. 65.

<sup>67</sup> Die Diktatur des Proletariats, Wien 1918. In: Karl Kautsky, die Diktatur des Proletariats; Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky; Kautsky, K.: Terrorismus und Kommunismus. Hg. von Hans-Jürgen Mende. Berlin 1990.

<sup>68</sup> Kautsky, Karl, die Diktatur des Proletariats, a.a.O., S. 52 f.

<sup>69</sup> Das Dekret über den Boden wurde am 26.10.1917 (nach dem alten julianischen Kalender) erlassen.

Zugleich mit der Auflösung der Konstituierenden Versammlung (5.1.1918) wurde von dem III. Sowjetkongreß die ›Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes‹ angenommen, die jetzt in das Grundgesetz der Sowjetrepublik eingegangen ist. Artikel II, Punkt 1 dieser Deklaration besagt, daß das ›Privateigentum an Grund und Boden aufgehoben wird‹, und daß die ›Mustergüter und landwirtschaftlichen Betriebe zu Nationaleigentum erklärt werden‹. Die Verweisung auf die Konstituierende Versammlung ist also kein toter Buchstabe geblieben, denn eine andere allgemeine Volksvertretung, die in den Augen der Bauern unvergleichlich größere Autorität besitzt, hat die Lösung der Agrarfrage übernommen.

Weiter. Am 6.(19.)Februar 1918 wurde das Gesetz über die Sozialisierung des Grund und Bodens veröffentlicht, das nochmals die Aufhebung jeglichen Eigentums an Grund und Boden bestätigt und die Verfügungsgewalt sowohl über den Boden als auch über das gesamte private Inventar den Sowjetbehörden, unter Kontrolle der föderativen Sowjetmacht, überträgt; als die Aufgaben der Verfügungsgewalt über den Grund und Boden werden aufgestellt, die Entwicklung der kollektiven Wirtschaft in der Landwirtschaft aus den Einzelbetrieben als vorteilhafter im Sinne einer Ersparnis an Arbeit und Produkten, zum Zweck des Übergangs zur sozialistischen Wirtschaft‹ (Artikel 11, Punkt e). (...)

(Artikel 20) Einzelne Bodenparzellen dürfen im Bereich der Russischen Föderativen Sowjetrepublik für gesellschaftliche sowie für persönliche Bedürfnisse benutzen: A. Zu Kultur- und Bildungszwecken: 1. der Staat, vertreten durch die Organe der Sowjetmacht (Föderative, Gebiets-, Gouvernements-, Kreis-, Bezirks- und Dorfbehörden); 2. Gesellschaftliche Organisationen (unter Kontrolle und mit Genehmigung der örtlichen Sowjetbehörden). B. Zu landwirtschaftlicher Nutzung: 3. Landwirtschaftliche Kommunen; 4. Landwirtschaftliche Genossenschaften; 5. Dorfgemeinden; 6. Einzelne Familien und Personen (...).«<sup>70</sup>

Die von Lenin selbst dargestellten juristischen Grundlagen der Landtransformationen seit der Oktoberrevolution blieben allerdings in der Wirklichkeit weitgehend Makulatur.

### 1.3.8. Kautsky gegen Lenin und Trotzki

Kautsky hatte Lenin und den führenden Bolschewiki vorgeworfen, die Lösung der Agrarfrage dem Selbstlauf zu überlassen, woraus Willkür und Terror, letztendlich auch Bürgerkrieg entstünden. Kautsky hielt es unbedingt für erforderlich, die Landtransformation unter der Kontrolle des Parlamentes durchzuführen. Dessen Auflösung durch die Bolschewiki hatte er beklagt. Die Konstituante, die nur aus Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären bestand, war im Januar 1918 von den Bolschewiki aufgelöst worden, nachdem für sie sichtbar wurde, daß sie ihre Ziele nicht durchsetzen konnten. Von 707 Sitzen besetzten die Bolschewiki nur 175 Sitze. Die willkürliche Auflösung fand im Lande keine Zustimmung und wurde mit Protestdemonstrationen beantwortet, die militärisch niedergeschlagen wurden. Aus diesem Grunde rechtfertigte sich Lenin im oben angegebenen Zitat mit der angeblich größeren Autorität des Sowjetkongresses. In Wirklichkeit heizten die Bolschewiki die spontanen Landaufteilungen weiter an, um die obere und mittlere Schicht der Bauernklasse zu liquidieren. Dabei konnten sie einerseits nicht verhindern, daß das Land zu großen Teilen nicht wie eigentlich vorgesehen, in staatlichen Besitz kam, sondern privat verteilt wurde. Die Willkürakte riefen andererseits Widerstand der Groß- und Mittelbauern hervor. Sie verbündeten sich mit den weißgardistischen Bürgerkriegsarmeen. Die Reaktionen der Bolschewiki in dieser Frage stellte Courtois anhand von Originaldokumenten so dar:

»In der ersten Zeit unterstützten die bolschewistischen Parteioberen aus mangelndem Vertrauen in ihre Kraft eine Taktik, die sich im Laufe des Jahres 1917 schon mehrmals bewährt hatte, den sogenannten ›Hang der Massen zu spontanen Revolutionen‹. Einer von den Dorfsowjets aus der Provinz

---

<sup>70</sup> Lenin: Renegat Kautsky, a.a.O., S. 165 f.

Pskow entsandten Delegation, die sich beim MRKP<sup>71</sup> über die Maßnahmen zur ›Vermeidung der Anarchie‹ erkundigen wollte, erklärte Dserschinski, daß ›es die augenblickliche Aufgabe ist, die bestehende Ordnung zu brechen. Doch wir Bolschewiki sind zahlenmäßig nicht stark genug, um diese historische Aufgabe zu erfüllen, und müssen deshalb den Befreiungskampf der Massen mit ihrem Hang zu spontanen Revolutionen freien Lauf lassen. Später werden die Bolschewiki den Massen den Weg zeigen, den sie zu gehen haben. Es sind die Massen, die über das MRKP zu Wort kommen und gegen ihren Klassenfeind, gegen die Feinde des Volkes vorgehen. Wir können den Haß und die legitime Rachsucht der Unterdrückten gegenüber ihren Unterdrückern nur kanalisieren und lenken.«<sup>72</sup>

Karl Kautsky hatte die Grundprobleme, deren Folgen Courtois heute aus den protokollari-schen Unterlagen der Bolschewiki nachvollzog, in seiner Schrift bereits aufgeführt:

»(...) Die ökonomische Grundlage Rußlands ist heute noch die Landwirtschaft, und zwar der bäuerliche Kleinbetrieb. Von ihm leben etwa vier Fünftel, wenn nicht sogar fünf Sechstel seiner Bewohner. Im Jahre 1913 berechnete man in Rußland (ohne Finnland) die städtische Bevölkerung auf 24 Millionen und die auf dem Lande wohnende auf 147 Millionen. Die ungeheure Mehrzahl der letzteren sind Bauern. An diesem Verhältnis hat sich durch die Revolution nichts geändert. Es hat sich in dem letzten Jahr eher noch verstärkt. Arbeiter sind auf das Land zurückgewandert. In den Städten hat der Hunger viel stärker gewütet wie bei den Bauern.

Der Großgrundbesitz wurde durch die Revolution unhaltbar. Das trat sofort klar zutage. Ihn der bäuerlichen Bevölkerung zu übergeben, wurde unvermeidlich. Indes war man keineswegs einig darüber, in welchen Formen das geschehen sollte. Verschiedene Lösungen waren denkbar. Vom sozialistischen Standpunkt die rationellste wäre gewesen, die Großbetriebe in Staatsbesitz zu übernehmen und durch die Bauern, die auf ihnen bisher als Lohnarbeiter tätig gewesen waren, nun in genossenschaftlichen Formen bearbeiten zu lassen. Indessen setzte diese Lösung eine Landarbeiterschaft voraus, wie sie Rußland nicht besitzt. Eine andere Lösung hätte dahin gehen können, daß der Großgrundbesitz in Staatseigentum übergang, jedoch in kleine Güter verteilt wurde, die von den landarmen Bauern in Besitz genommen wurden. Da wäre noch etwas von Sozialismus dabei verwirklicht worden.

Aber der Kleinbetrieb trachtet, wo er nur kann, nach dem vollen Privateigentum an seinen Produktionsmitteln. Diesen Charakter hat er bisher noch überall gezeigt, und der russische Bauer macht keine Ausnahme trotz der Tradition des Dorfkommunismus. Die Zerschlagung der großen Güter und ihre Aufteilung, das war sein Programm, und er war stark genug, es durchzusetzen. (...) Indes wäre es im Interesse der Bauernschaft selbst wünschenswert gewesen, daß die Aufteilung systematisch betrieben wurde, daß das Land denjenigen gegeben wurde, die es am nötigsten brauchten, die es aber auch benützen konnten. Nur eine Autorität gab es, die eine solche systematische Aufteilung hätte durchsetzen können: Die Konstituante, die Vertreterin des Gesamtwillens der Nation, die große Mehrheit der Bauern inbegriffen.

Doch diese ließ zu lange auf sich warten, die Bauern fingen überall an, zur Selbsthilfe zu greifen, wobei viele wertvolle Produktionsmittel zerstört wurden. Die Sowjetregierung beseitigte dann jede Aussicht auf Regelung der Agrarfrage durch die Konstituante und überließ es den Bauern eines jeden Rayons, mit dem Boden des großen Grundbesitzers anzufangen, was sie wollten und nach ihrem Belieben die Teilung vorzunehmen. (...) Die Verweisung auf die Konstituierende Versammlung blieb toter Buchstabe. Tatsächlich konnten die Bauern der einzelnen Bezirke mit dem Gutsbesitz anfangen, was sie wollten.«<sup>73</sup>

Bei der willkürlichen Bodenverteilung kam es nach Kautsky dazu, daß begüterte Bauern in einigen Bezirken durch ihren Einfluß große Anteile an sich reißen konnten. Um den daraus erwachsenden Einfluß zu begrenzen, schafften die Bolschewiki das Wahlrecht für die middle-

<sup>71</sup> MRKP: Militärisches Revolutionskomitee, aus dem kurze Zeit später (Dez. 1917) unter der Führung Felix E. Dserschinskis die Tscheka, der Vorläufer von GPU und NKWD gebildet wurde.

<sup>72</sup> Courtois: Schwarzbuch des Kommunismus, a.a.O., S. 68.

<sup>73</sup> Kautsky: Die Diktatur ..., a.a.O., S. 65 ff.

ren und größeren Bauern ab. Kautsky sah hier die Problematik voraus, die später im diktatorischen Sinne durch Stalin mit der Kulakenverfolgung »gelöst« wurde:

»Bei dieser Besitzverteilung scheint sich die Regierung beruhigen zu wollen. Und sie tut gut daran. Es könnte ihr an den Kragen gehen, wenn sie an das bäuerliche Privateigentum tippen wollte.«<sup>74</sup>

Bereits zum Zeitpunkt seiner Niederschrift beklagte Kautsky die zwangsläufigen gewaltsamen Konfiskationen von Lebensmitteln:

»Sie greift allerdings in das Verhältnis von reicheren und ärmeren Bauern ein, jedoch nicht durch eine neue Bodenverteilung. Um dem Mangel der Städter an Lebensmitteln abzuweichen, wurden Abteilungen bewaffneter Arbeiter auf die Dörfer geschickt, die den reicheren Bauern ihren Überschuß an Lebensmitteln abnahmen. Ein Teil wurde der städtischen Bevölkerung zugewiesen, ein Teil den ärmeren Bauern. Darin ist wohl nur eine vorübergehende Notmaßregel zu sehen sowie eine bloß auf gewisse Gegenden – die Umgebung der großen Städte beschränkte. Sie allgemein durchzuführen, wäre die bewaffnete Macht der Städte ganz unzureichend. Auf keinen Fall vermöchte sie den Ausgleich zwischen arm und reich auf dem Lande herbeizuführen, selbst wenn sie regelmäßig, jahrein, jahraus wiederholt würde. Wohl aber wäre sie in letzterem Falle ein wirksames Mittel, die Landwirtschaft gänzlich zu ruinieren.«

Über den weiteren Fortgang der Ereignisse konnte Kautsky keine Aussagen machen. Jedoch lassen seine Auslassungen im folgenden schon die Extrapolation der dann tatsächlich abgelaufenen Ereignisse zu:

»Wo privat produziert wird und der Produzent damit rechnen muß, daß ihm sein ganzer Produktionsüberschuß über das zur Deckung seiner Bedürfnisse hinaus genommen wird, da schränkt er seine Produktion auf das unerläßlichste Minimum ein. Das ist einer der Gründe des Verfalls der Landwirtschaft in manchen Ländern des orientalischen Despotismus, in denen der Steuerpächter den Bauern jeglichen Überschuß über das Unentbehrlichste hinaus abnimmt. Ein gleicher Fall würde in Rußland eintreten. (...) Das Privateigentum an Produktionsmitteln und die private Produktion fortbestehen lassen und die von den Produzenten erzielten Überschüsse regelmäßig mit Beschlag belegen, heißt nur, die Produktion ruinieren, gleichviel, ob damit einem orientalischen Despoten oder einer proletarischen Diktatur gedient werden soll.«<sup>75</sup>

Zur Frage der Bodenverteilung hatte Kautsky in seiner Arbeit mehrfach den Menschewisten Maslow zitiert. Dieser war der Meinung, Bauernwirtschaften auszugleichen wäre nur auf dem Boden allgemeiner Armut zu verwirklichen. In welchem Umfange man auch den bäuerlichen Grundbesitz ausdehnen möge, es werde immer zu wenig Boden geben, um alle Bauernwirtschaften wohlhabend machen zu können. In diesem Sinne schrieb Maslow:

»Das Streben, das Bauernleben in den Rahmen des kleinbürgerlichen Ideals – einer ökonomischen Gleichheit aller kleinen Eigentümer – einzuwägen, ist nicht nur utopistisch, sondern auch reaktionär.«<sup>76</sup>

Es entsprach auch Kautskys Meinung, daß nicht allein durch Umverteilung des Bodens die Bauernschaft Rußlands zu heben wäre, sondern vorrangig durch bessere Bildung, Ausstattung mit Vieh, Maschinen, Werkzeugen, künstlichem Dünger usw. Vieles konnte auf der Grundlage der Zwergwirtschaften auch gar nicht oder nur schwer zum Einsatz kommen. Mit der Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die Bauern entstünde außerdem noch ein weiteres Problem. Es setze zwangsläufig ein Interessenwandel bei den Bauern ein. Bis zur Revolution hätte eine Interessenidentität zwischen den Bauern und den städtischen Lohnarbeitern bestanden. Nun, da sie jedoch Landbesitzer wären, stelle sich ein Gegensatz her, der aus dem natürlichen Bestreben rühre, ihren Privatbesitz zu vergrößern. Nach Kautskys Ansicht hätte die Revolution alle großen Güter verstaatlichen und unter kollektive Leitung stellen sollen. Dann hätte die

<sup>74</sup> Ebenda, S. 67.

<sup>75</sup> Ebenda, S. 68.

<sup>76</sup> Maslow, Arkadi, Die Agrarfrage in Rußland. Stuttgart 1907, S. 123.

Anwendung moderner Anbaumethoden Erfolg gebracht. Da dies unterlassen wurde, resultierte hieraus ein weiterer unüberwindlicher Konflikt zwischen Industrie und Landwirtschaft, Arbeitern und Bauern. Denn:

»Der bäuerlichen Warenproduktion gegenüber wird auch die Staatsindustrie für den Markt produzieren müssen, nicht für den Selbstbedarf des Staates. Ihr vornehmstes Absatzgebiet, ihren inneren Markt, wird eben die Bauernschaft bilden. Ebenso sehr der Bauer an hohen Preisen der landwirtschaftlichen Produkte, die er verkauft, ist er an niederen Preisen der Industrieprodukte interessiert, die er kauft. Der privaten Industrie gegenüber kann es ihm gleichgültig sein, wie diese niederen Preise zustande kommen, ob auf Kosten des Arbeitslohnes oder des Profits. Er hat kein Interesse an hohen Profiten des industriellen privaten Kapitals.

Anders steht es jedoch mit der Staatswirtschaft. Je höher deren Profite, desto niedriger der Betrag an Staatseinnahmen, der durch Steuern zu decken ist und der in einem Bauernstaat vornehmlich von der Bauernschaft aufgebracht werden muß. Der Bauer ist demnach ebenso sehr interessiert an höheren Profiten der Staatsbetriebe wie an niederen Preisen ihrer Produkte: das bedeutet aber *niedere Arbeitslöhne*.

So sehen wir auch hier wieder die Quelle eines Gegensatzes zwischen Bauer und Industriearbeiter, eines Gegensatzes, der sich um so schärfer ausprägen wird, je größere Ausdehnung die Staatswirtschaft annimmt.

*Dieser Gegensatz, und nicht der Sozialismus, das wird die wahre Hinterlassenschaft der russischen Revolution sein.*<sup>77</sup>

Dieser von Kautsky herausgearbeitete Widerspruch zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion zusammen mit der niederen produktiven Entwicklung wären die deutlichsten Indizien dafür, daß im originär marxistischen Sinne die Bedingungen für eine sozialistische Transformation in Rußland nicht gegeben wären.

Dieser von Kautsky schon 1918 in der Auseinandersetzung mit Lenin dargestellte Gegensatz zwischen Industrie- und Agrarproduktion führte in der weiteren historischen Entwicklung Sowjetrußlands vor allem dann unter der Despotie Stalins zu Versuchen, durch staatsterroristische Maßnahmen, hier insbesondere durch die so genannte Kollektivierung und andere diktatorisch verfügte Maßnahmen, zu vergeblichen Versuchen, die Entwicklung zur Produktivitätssteigerung beschleunigen zu wollen. Letztendlich dann nur noch Versuche, die Interessen der herrschenden Bolschewisten zum Staatsdogma zu erheben und sie unantastbar erscheinen zu lassen.

Die Entwicklung der produktiven Kräfte hatte in den westlichen Ländern unter den Bedingungen des Kapitalismus, der freien Konkurrenz und eingestandenermaßen günstigen geographischen und kulturellen Voraussetzungen Jahrhunderte benötigt. Unter der sozialökonomischen Verfassung der Bolschewisten wurden nun zu diesem Zweck Millionen von Menschen de facto versklavt, indem sie geziehen wurden, politische Verbrechen zu begehen oder Klassenfeinde zu sein. Das heißt, sie wurden zur Arbeit gezwungen, ohne einen entsprechenden Gegenwert an Lebensmitteln zu erhalten. Die allernötigsten Infrastruktureinrichtungen, wie Straßen, Eisenbahnverbindungen, Energieversorgung usw. wurden durch Zwangsarbeit errichtet. Das ging nur auf Kosten der menschlichen biologischen Substanz vonstatten. Das daraus entstandene Gulag-System war nichts als die moderne sowjetische Sklaverei.

Gegen die Argumente Kautskys, die bürgerliche Revolution in Rußland einfach überspringen zu wollen, zog schon Lenin vehement zu Felde:

»Die Frage, die von Kautsky verwirrt worden ist, ist von den Bolschewiki schon 1905 völlig geklärt worden. Ja, unsere Revolution ist eine bürgerliche, solange wir mit der Bauernschaft in ihrer Gesamtheit zusammengehen. Darüber waren wir uns völlig im klaren, das haben wir seit 1905 hunderte und tausende Male gesagt, und niemals haben wir versucht, diese notwendige Stufe des

---

<sup>77</sup> Ebenda, S. 76 ff.

historischen Prozesses zu überspringen und durch Dekrete zu beseitigen. (...) Aber im Jahre 1917, seit April, lange vor der Oktoberrevolution, bevor wir die Macht ergriffen, sagten wir dem Volk offen und klärten es darüber auf, daß die Revolution dabei nunmehr nicht stehen bleiben kann, denn das Land ist vorwärtsgegangen, der Kapitalismus hat Fortschritte gemacht, die Zerrüttung hat ungeheure Ausmaße angenommen, und das erfordert (ob man es will oder nicht) weitere Schritte vorwärts, zum Sozialismus hin.«<sup>78</sup>

Entsprächen Lenins Worte der sozialökonomischen Realität, dann hätte das rückständige Rußland innerhalb von zwölf Jahren eine kapitalistische Entwicklung vollzogen. Offensichtlich jedoch galten seine Ausführungen zur Legitimierung und Apologetik der Diktatur der Partei.

### 1.3.9. Die Vorbereitung der Industrialisierung Rußlands auf diktatorischem Wege und die Instrumentalisierung des Marxismus als legitimierenden Religion

Obwohl Lenin und die Bolschewiki sich und ihre erputschte Macht ständig mit dem Marxismus legitimierten, verstand er ihn nicht bzw. negierte er die marxistischen Grundprinzipien vom historischen Materialismus, somit besonders die Dialektik zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen.

Damit wäre Lenin in der Tat bis heute nicht nur der größte Renegat des Marxismus, sondern neben Stalin, Mao Zedong, Castro und anderen sich sozialistisch gerierenden Diktatoren auch der Diktator, der den Marxismus am meisten zur Rechtfertigung seiner Macht und des von ihm ausgeübten Staatsterrors heranzog, weil der Marxismus und der Sozialismus im populären Verständnis breiter Bevölkerungskreise lange Zeit verbunden wurde mit der Herstellung von Freiheit und Brot. Die marxistische Theorie wurde bereits von Lenin, nicht erst von Stalin, wie dies heute oft behauptet wird, zur Rechtfertigung seines Staatsterrorismus herangezogen.<sup>79</sup>

Die Ideologie der Sowjetunion, einer Gesellschaft mit nachholender Industrialisierung, wurde ab Mitte der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts zur Doktrin erhoben und von da an Marxismus-Leninismus genannt. Der Begriff Leninismus-Stalinismus umfaßt nach meiner Ansicht die Erscheinung nominal genauer.<sup>80</sup> Der Begriff Bolschewismus bezeichnet die speziell russische Form des staatskapitalistischen Totalitarismus in Wort und Tat. Leninismus-Stalinismus bezeichnet sein Wort, seine Ideologie. Das ökonomische System der Sowjetunion war das eines nachtrabenden Staatskapitalismus und ihre Staatsform war der Totalitarismus, ähnlich einer orientalischen Despotie. Die Einführung des Begriffes Leninismus-Stalinismus für die Ideologie des russischen Nationalkommunismus begründet sich im wesentlichen auf die von Lenin entworfene Theorie, in einem Agrarland ohne vorherige kapitalistische Entwicklung ein sozialistisches System herzustellen und auf die von Stalin seit 1925 entworfene Theorie vom »Sozialismus in einem Lande«. In dieser Arbeit sollen diese kurz gefaßten Begriffsdefinitionen vorerst ohne Begründungen zur Beschreibung der Phänomene berechtigen.

<sup>78</sup> Lenin: Renegat Kautsky, a.a.O., S. 158 f.

<sup>79</sup> Siehe dazu: Rabehl, Bernd: Zur politökonomischen Theorie der Veränderung der Produktionsverhältnisse in Rußland zwischen 1860 und 1921. Berlin 1973; Ders.: Marx und Lenin. Widersprüche einer ideologischen Konstruktion des Marxismus-Leninismus. Berlin 1973.

<sup>80</sup> Differenzierungen zwischen Leninismus und Marxismus finden sich in ähnlicher Weise bei den Autoren des »Schwarzbuch des Kommunismus«: »Lenin bekräftigte seine Ideologie, indem er sich zum Vertreter des russischen Proletariats erklärt, dessen Zahl aber gering ist und das er nicht zögern wird zu vernichten, sobald es revoltiert. Diese Inanspruchnahme des Proletariats gehörte zu den großen Schwindeleien des Leninismus. (...) Die Manipulation des Symbols »Proletariat« findet sich in allen kommunistischen Diktaturen Europas und der Dritten Welt wieder, von China bis Kuba. (...) Im Namen der Wahrheit ihrer Botschaft gingen die Bolschewiken von der symbolischen Gewalt zur tatsächlichen Gewaltanwendung über und errichteten eine absolute, willkürliche Herrschaft. Sie nannten sie »Diktatur des Proletariats« und nahmen damit einen Ausdruck auf, den Marx zufällig in einem Briefwechsel gebraucht hatte«. Courtois: Schwarzbuch des Kommunismus, a.a.O., S. 807 f.

In seinen verbalen Attacken gegen seine politischen Gegner offenbarte Lenin einen eigenen Stil, wenn er beispielsweise auf Kautskys sachlichen Vortrag erwiderte:

»Vergebens plappert Kautsky die lendenlahmen liberalen Plattheiten nach: »Noch nirgends und zu keiner Zeit sind die Kleinbauern aufgrund theoretischer Überzeugungen zu kollektiver Produktion übergegangen.« Sehr geistreich! Nirgends und zu keiner Zeit standen die Kleinbauern eines großen Landes unter dem Einfluß eines proletarischen Staates.«<sup>81</sup>

Nachdem Kautsky im Jahre 1919 im Laufe seiner Auseinandersetzung mit den Bolschewiken eine Erwiderung mit dem Titel »Terrorismus und Kommunismus« verfaßt hatte, in der er unter Zuhilfenahme der Beschreibung der Ereignisse in Sowjetrußland seine Argumente festigte, trat 1920 Leo Trotzki mit einer Erwiderung an Kautsky unter dem gleichen Titel in die Diskussion ein.

Doch zunächst eine kurze Darstellung der Ereignisse, um den Zusammenhang herzustellen. Weltkrieg, Bauernkrieg und Bürgerkrieg hatten die russische Wirtschaft so gut wie zum Erlahmen gebracht: Die wenigen Industriebetriebe waren zum großen Teil geschlossen oder in ihrer Produktion auf ein Minimum geschrumpft, die Transportwege zum großen Teil zerstört, die Landwirtschaft desolat und das Land allgemein verwüstet. Dazu kam, daß ein Teil der Ukraine als Kornlieferant nach den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk an Polen abgetreten werden mußte. Das hatte nicht nur zur Folge, daß sich die Lebensmittelversorgung im Innern Rußlands verschlechterte, sondern daß auch das einzig wichtige Exportgut Getreide nicht mehr zur Verfügung stand. Daraus resultierte wiederum die Verknappung aller Industriegüter, die bisher noch im Gegenzug importiert werden konnten.

Der Bürgerkrieg folgte aus dem Bauernkrieg. Die ärmeren Bauern versuchten die reicheren mit der militärischen Unterstützung der Bolschewiken zu enteignen. Entsprechend der Interessenlage ergriffen sie entweder Partei der Roten oder der Weißen Armeen. Die Roten wurden vor allem von Trotzki, Tuchatschewski, Frunse und Woroschilow angeführt, die Weißen von den ehemaligen zaristischen Generälen Judenitsch, Koltschak und Denikin. Don- und Dnepr-Kosaken bildeten unter Führung ihrer Atamane Armeen gegen die Roten. Dazu kam die Intervention der Polen unter General Pisulski. Außer den Roten und den Weißen Garden gab es noch die so genannten Grünen. Das waren Bauern, die sich den Rekrutierungen durch die jeweiligen Militärs durch Desertion entzogen, sich in die Wälder flüchteten und zuweilen militärische Verbände bildeten, um ihre Höfe gegen Rote oder Weiße gemeinsam zu verteidigen. In der Ukraine operierte das anarchistische Bauernherr Nestor Machnos, das zuerst an der Seite der Roten gekämpft hatte. Als die Weißen Armeen besiegt waren, wurde Machnos Armee wegen seiner unabhängigen ukrainischen Interessen von den Roten »zum Dank« zerschlagen. Der dazu von Trotzki abkommandierte Befehlshaber war Frunse.

Schon Anfang des Jahres 1918 begann mit der Auflösung der Konstitutionellen Versammlung der Terror der Bolschewisten gegen alle anderen politischen Organisationen Rußlands, gegen die Anarchisten, die Sozialrevolutionäre, die Menschewisten sowie gegen spontan protestierende und streikende Arbeiter und Bauern. Dserschinskis Geheimpolizei (Tscheka) und militärische Sondereinheiten begannen ihren blutigen Terror: 1. zur Sicherung der politischen Macht der Bolschewiken, die nun in absoluter Minderheit waren, 2. zur Rekrutierung für die Rote Armee und 3. zur Konfiskation von Lebensmitteln bei den Bauern zur Versorgung der Städte und der Roten Armee.

Das Versorgungssystem war vollends zusammengebrochen. Neben Bauern- und Bürgerkrieg wütete im Lande das neue wirtschaftliche und politische Machtsystem der Bolschewisten: der Kriegskommunismus. Zur Durchsetzung der Ziele wurden schon seit 1918 Massenerschießungen durchgeführt, Konzentrationslager errichtet und nichtabgabewillige Bauern und

---

<sup>81</sup> Lenin: Renegat Kautsky, a.a.O., S. 169 f.

ihre Familien willkürlich gefoltert und ermordet.<sup>82</sup> Durch den Zusammenbruch der Versorgungssysteme und die Lebensmittelbeschlagnahmen (sogar Saatgetreide wurde konfisziert) geriet das Land in eine jahrelange schwere Hungersnot. Allein im Gebiet an der Wolga starben in den Jahren 1921–1922 über fünf Millionen Menschen aufgrund der bolschewistischen Agrarpolitik und des Bürgerkrieges an Hunger.

Trotzki versuchte nun gegenüber Kautsky, das Vorgehen der Bolschewisten und die daraus resultierenden Folgen zu rechtfertigen. Seine Ausführungen hierzu lesen sich jedoch an einigen Stellen geradezu wie die Bestätigung und Unterstreichung der Kritik von Kautsky. Kautskys Theorie, daß alle Bauern, ob arm oder reich, einem gemeinsamen Interesse unterlägen, nämlich dem, mehr Land zur Bewirtschaftung zu haben, und daß die Differenzen zwischen den verschiedenen Bauernschichten aus der Staffelung der Betriebsgröße resultierten und damit Auseinandersetzungen um den Boden erfolgten, stellte Trotzki zunächst die Schichtung der russischen Bauernschaft dar und äußerte dazu:

»Es braucht nicht gesagt zu werden, daß diese Gruppen sich weder durch Bestimmtheit der Merkmale noch durch Gleichartigkeit in allen Teilen des Landes auszeichnen. Immerhin aber waren die armen Bauern im großen und ganzen der natürliche und unstrittige Verbündete des städtischen Proletariats, die Wucherer (Kulaks) dagegen sind ebenso unstrittiger und unversöhnliche Feind; die größten Schwankungen zeigte die breiteste mittlere Schicht der Bauernschaft.«<sup>83</sup>

Trotzki gab hier indirekt zu, daß das Dekret über den Boden, wie es oben im Zitat aus Lenins Argumentation vorgestellt wurde, in der Realität toter Buchstabe geblieben war und daß die Landenteignungen und Aneignungen entsprechend der willkürlichen Kräfte der Bauern vonstatten gegangen waren. Das Land befand sich nun in bäuerlichem Privatbesitz. Für die Lebensmittelbeschlagnahmen gab er folgende Begründung:

»Das Proletariat verlangte von den Bauern Lebensmittelvorschüsse, eine wirtschaftliche Beleihung der Werte, die es erst zu schaffen beabsichtigt. Als Symbol dieser künftigen Werte erscheint der endgültig entwertete Kreditschein.«<sup>84</sup>

Es klingt schon wundersam aus Trotzki's Feder, daß die Bauern für die Lebensmittelkonfiskationen damit entschädigt wurden, daß ihnen die Bolschewisten die Schulden strichen, die sie bei Dritten hatten, also bei den bereits enteigneten Banken und Gutsbesitzern. Ein weiterer Betrug trat ans Licht: Der entwertete Kreditschein erschien, wie Trotzki selbst feststellte, als Symbol für einen Wert, der erst später eingelöst werden sollte. Die Kreditscheine wurden später nicht eingelöst. Im Gegenteil. Die kleineren Bauern verloren später ihr Land wieder, wofür sie Gutsbesitzer enteignet und massakriert hatten, wofür sie in der Roten Armee ihre Haut hingehalten hatten, um die Macht der Bolschewisten zu verteidigen. Als Stalin die Zeit für gegeben hielt, Lenins Dekret über den Boden nun nach seinen eigenen Vorstellungen in die Tat umzusetzen, begann die Zwangskollektivierung und das Agrarland wurde damit faktisch in Staatseigentum überführt. Millionen privater Bauern wurden im Zuge dieser Aktion in Gulags abtransportiert und »durften sich zum Dank« bei der »sozialistischen Akkumulation« der industriellen Infrastruktur zu Tode schuften.

Hier offenbarte sich eine der unglaublichen Zauberlehren der Bolschewisten, die jedoch anscheinend von den russischen Bauern nicht ganz verstanden wurde, was Trotzki nun Kautsky und den deutschen Genossen so zu erklären versuchte:

»Aber die Bauernschaft ist zu geschichtlichen Abstraktionen wenig veranlagt. Mit der Sowjetmacht durch die Liquidierung des privaten Großgrundbesitzes verknüpft und in ihr die Garantie gegen die Wiederherstellung des Zarismus sehend, wirkt die Bauernschaft gleichzeitig der Erfassung des Ge-

<sup>82</sup> Siehe auch hierzu Schilderungen, Dokumente und statistisches Material. In: Courtois: Schwarzbuch des Kommunismus, a.a.O.

<sup>83</sup> Trotzki, Leo: Terrorismus und Kommunismus (Hamburg 1920). Berlin 1990, S. 104.

<sup>84</sup> Ebenda, S. 106.

treides vielfach entgegen, da sie darin ein unvorteilhaftes Geschäft sieht, solange sie selbst dafür nicht Kattun, Nägel und Petroleum erhält.«<sup>85</sup>

Der ukrainisch-jüdische Bauernsohn Trotzki war anscheinend mit einem gerüttelt Maß an sarkastisch-intellektuellem Witz veranlagt. Dementsprechend schilderte er auch seine Auffassung zu den von Kautsky vorgehaltenen willkürlichen Landnahmen in der russischen Bauernrevolution und unterstrich damit faktisch nicht nur die Beobachtungen und Schlußfolgerungen Kautskys, sondern bestätigte auch die späteren Schilderungen Courtois:

»Es war notwendig, in den bäuerlichen Unterschichten Mißtrauen und Feindseligkeiten gegen die wucherischen Oberschichten wachzurufen. Dieser Aufgabe dienten die Armenkomitees. Die wurden aus den Unterschichten geschaffen, aus Elementen, die in der vorhergehenden Epoche gedrückt, in die Ecke gedrängt, rechtlos waren. Selbstverständlich offenbarte sich auch in ihren Kreisen eine gewisse Anzahl halbschmarotzerischer Elemente.«

Die Armenkomitees wurden unterstützt durch »hochentwickelte Arbeiter«, die durch die Partei entsandt worden waren und im Dorfe »eine unschätzbare Arbeit leisteten«. Trotz dieser »unschätzbaren Arbeit« kam es zu folgendem:

»Durch eine Reihe von Lehren, deren einige sehr hart waren, wurde das mittlere Bauerntum<sup>86</sup> zur Erkenntnis genötigt, daß das Sowjetregime, das die Gutsbesitzer und Kreishauptleute verjagt hat, seinerseits der Bauernschaft neue Verpflichtungen auferlegt und von ihr Opfer fordert. Die politische Pädagogik in bezug auf Dutzende von Millionen von Mittelbauern hat sich nicht so leicht und glatt durchführen lassen wie im Schulzimmer und hat nicht sofort unbestreitbare Ergebnisse gezeigt. Es hat Aufstände der Mittelbauern gegeben, die sich mit den Wucherern vereinigten und hierbei in allen Fällen unbedingt unter die Führung der weißgardistischen Gutsbesitzer kamen.«<sup>87</sup>

Ein unbestreitbares Ergebnis. Da er im Grunde Kautskys Kritik mit seinen Argumenten unterstrich, gelangte Trotzki zu einem weiteren »schlagenden« Argument zur Rechtfertigung der bolschewistischen Agrarpolitik:

»Unsere Armee aber, die zu vier Fünfteln aus Bauern besteht, kämpft mit Begeisterung und Erfolg für die Sowjetrepublik. Und dieser Umstand, der Kautsky und seine Inspiratoren widerlegt, bildet die beste Bewertung der Bauernpolitik der Sowjetmacht.«<sup>88</sup>

Die von Trotzki oben erwähnten Bauernkomitees oder Armenkomitees fungierten tatsächlich später als Modell für die nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands unter Regie der KPD und SED gegründeten Bauernhilfskomitees, aus denen später das SED-Organ »Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe« (VdgB) geschmiedet wurde, um die ländliche Entwicklung nach ihren Vorstellungen zu steuern.

Zur Ideologiebildung des Leninismus-Stalinismus in der Agrarfrage leistete auch Nikolai Bucharin seine Beiträge. Bucharin wurde intern gerne als »der Liebling der Partei« bezeichnet und avancierte als gelehriger Schüler Lenins zu Beginn der zwanziger Jahre zu einem der theoretischen Experten der Bolschewisten in Wirtschaftsangelegenheiten. Er gehörte in dieser Zeit der sogenannten Parteilinken an, vertrat später die NEP-Politik und geriet nun als Vertreter der Parteilinken ab Mitte der zwanziger Jahre in Streit mit den Vertretern eines linken, gemäßigten Industrialisierungskurses um Preobraschenski, Pjatakow und Trotzki. Damit war Bucharin von Stalin gegen die Trotzkiisten instrumentalisiert worden.

Nachdem Stalin Ende der zwanziger Jahre die trotzkistische Opposition als politische Kraft in der Partei vernichtet hatte, wurde Bucharin von Stalin nicht mehr gebraucht und später,

<sup>85</sup> Ebenda, S. 104 f.

<sup>86</sup> Ein mittlerer Bauernstand, wie oft von den führenden Bolschewisten dargestellt, bestand so im damaligen Rußland nicht und war Fiktion. Die als Mittelbauern bezeichneten Landwirte waren weitgehend nach hiesigem Verständnis Kleinbauern mit 5 bis 10 Deßjatinen unter dem Pflug.

<sup>87</sup> Trotzki: Terrorismus und Kommunismus, a.a.O., S. 105.

<sup>88</sup> Ebenda, S. 107.

während der Zeit der »Großen Säuberungen«, auf Befehl Stalins gefoltert und 1938 hingerichtet. 1920 wurde in Moskau Bucharins Schrift »Ökonomik der Transformationsperiode« veröffentlicht. Die inhaltliche Betrachtung dieser Arbeit ist deshalb von Interesse, weil in ihr zum Ausdruck kommt, daß das Bodendekret für die Bolschewiken tatsächlich nur propagandistischen Wert hatte und sie in Wirklichkeit den Krieg der Bauern in der Weise kanalisiert, damit sie nach ihren Vorstellungen die alten Landeliten Rußlands vernichteten, um ihre eigene Macht herstellen und festigen zu können. Hierbei bezog sich Bucharin auch auf die negativen Folgen für die wirtschaftliche Produktivität, die sich durch die Landnahme der Masse der ärmeren Bauern und durch die dabei stattfindende Zerstörung der ehemaligen Agrarstrukturen zeitigten. In der hier verwendeten Ausgabe der Bucharins Schrift waren die Randbemerkungen Lenins mit abgedruckt, so daß im jeweiligen Zusammenhang auch Lenins Meinung bekannt wird:

»Dieser Charakter der Produktionsbeziehungen, da die angelehnten unteren Glieder des Systems aus einer großen Anzahl von selbständigen Wirtschaften bestehen, bestimmt auch den Typus des Zerfalls der sich in einem Kampf zwischen den Wirtschaften ausdrückt, d. h. im Kampf zwischen dem arbeitenden Bauerntum und Halbproletariat einerseits und den Großbauern und Halbgrundbesitzern andererseits. (...) An sich genommen, isoliert vom ganzen übrigen Wirtschaftskomplex, bringt dieser Bruch der Zusammenhänge auch die Möglichkeit (*Lenin merkt hier an: »zeitweilig unvermeidlich«*) einer Rückkehr zu primitiveren Formen, denn die aktive Kraft bildet hier gerade die zersplitterte Arbeit der kleinen Eigentümer und nicht die vergesellschaftete Arbeit der Proletarier. (...) Dieser Kampf kann begleitet sein von einer großen Kraftvergeudung und Zersplitterung der materiellen Produktionsgrundlage (einer gewissen Aufteilung der großen Güter, des Inventars, der Viehbestände usw.), d. h. von einer weiteren Herabsetzung der Produktivkräfte begleitet werden, und wird gewöhnlich auch davon begleitet. (...) Wir haben bereits gesehen, daß der allgemeine Typus des neuen Gleichgewichtes der umgestülpte Typus (die dialektische Negation) des Gleichgewichtes des staatskapitalistischen Systems sein muß. (...) Das Zerreißen der Verbindungen zwischen den verschiedenen Personenverbindungen der großkapitalistischen Wirtschaft muß durch eine Organisation dieser Elemente in neuer Kombination ersetzt werden. Eigentlich ist das Problem hier in der selben Art wie in der Industrie. Es wird jedoch durch zwei Momente kompliziert: erstens durch eine teilweise Zerstörung der großkapitalistischen Wirtschaft als Großwirtschaft überhaupt; zweitens durch einen viel geringeren Reifegrad des Landproletariats selbst. Das erstere ist im Kampfe um den Grund und Boden unvermeidlich. Begreiflich, daß die Größe der Zugeständnisse stark schwankt, je nach dem spezifischen Gewicht des Bauerntums überhaupt und seine Verteilung auf die verschiedenen Kategorien.«<sup>89</sup>

Auch Bucharin bestätigt mit seiner Darstellung des theoretischen Konzepts der Bolschewiken indirekt Kautskys Kritik, der behauptet hatte, Rußland könnte sich bei seiner damaligen Ernährungslage eine solche willkürliche Zerstörung der Landwirtschaftsstrukturen nicht leisten. Interessant ist auch, daß nach Bucharins und Lenins Vorstellungen das neue Wirtschaftssystem im Prinzip ein staatskapitalistisches System sein müsse. (Der »Schulmeister« Lenin hatte die Stelle in Bucharins Text nicht angemerkt.) Es gelte nach Bucharin die dialektische Negation des Gleichgewichtes, der umgestülpte Typus des staatskapitalistischen Systems. Mit Gleichgewicht waren offensichtlich die Form des Wertaustausches im Produktionsprozeß und die Form der Warenzirkulation gemeint. Was Bucharin unter dialektischer Negation verstand, ist nicht sicher zu deuten. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß er damit meinte, der von den Bolschewiken vorgesehene Staatskapitalismus hätte im sozialwirtschaftlichen Sinne inhaltlich eine andere Bedeutung, wenn er im Namen des »Proletariats« errichtet würde. Ein neues Etikett ändert allerdings am Wesen einer Sache nichts.

Aufschlußreich ist auch Lenins Anmerkung »zeitlich unvermeidlich« in Bezug auf die Zerstörung der Wirtschaftszusammenhänge. Das heißt nichts anderes, als daß hier das Prinzip der

---

<sup>89</sup> Bucharin, Nikolai: Ökonomik der Transformationsperiode (Moskau 1920). Berlin 1990, S. 132 ff.

Vorgehensweise der Bolschewisten zum Ausdruck kommt, und daß es einen ganz bewußten theoretischen Plan dafür gab:

- Enteignung des Großgrundbesitzes durch die Kraft des Landhungers der Kleinbauern und Halbproletarier;
- Damit Zerstörung der alten Herrschaftsstrukturen unter Inkaufnahme wirtschaftlichen Niedergangs und Unterkonsums der Bevölkerung;
- Willkürliche oder geregelte Verteilung des Ackerlandes an die Parzellenbauern als Scheineigentum, das später, wenn sich die Macht stabilisiert haben würde, bei paralleler Enteignung der bäuerlichen Mittelschicht gewaltsam in den Besitz der Partei-Klassenomenklatura gebracht wird;
- Abschließend der Versuch, die Arbeitsproduktivität zu steigern, um den gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsprozeß auf der Grundlage eines staatlichen Planungsdirigismus wiederherzustellen, was Industrialisierung, sozialistische Akkumulation, entwickelte sozialistische Gesellschaft und wie auch immer genannt wurde.

Alle diese Versuche waren und sind bis heute weltweit sowohl wirtschaftlich wie politisch zum Scheitern verurteilt. Am Ende des Bankrottgeschehens, so zeichnet es sich heute ab, erfolgt die private Aneignung des Vermögens durch die einflußreichsten Mitglieder der ehemaligen Partei-Klasse und ihre Subventionierung durch internationales Bank- und Industriekapital sowie durch öffentliche Mittel. Dazu folgen später die Darstellungen der Beispiele in Vorpommern.

Damals erhoffte sich Bucharin eine dauerhafte Prosperität des bolschewistischen Systems, wenn er mit seinen Ausführungen fort fuhr. Es scheint hier angebracht, das folgende Zitat anzuführen, weil es in aller Deutlichkeit die Konzeption des Leninismus-Stalinismus zu Tage bringt:

»(...) Offenbar kann der reale Prozeß des ›Stoffwechsels‹ zwischen Stadt und Land allein als feste und sichere Basis für den entscheidenden Einfluß der Stadt dienen. Die Erneuerung des Produktionsprozesses in der Industrie, die Wiederherstellung der Industrie in sozialistischer Formulierung (*Lenin glossiert bei dem Wort: ha, ha, ha!! Himmelschreiend falscher Terminus! Je ausgeklügelter, desto falscher in theoretischer Hinsicht.*) bildet also die notwendige Bedingung für ein mehr oder weniger rasches Hineinziehen des Dorfes in den Organisationsprozeß.

Da aber die Wiedergeburt der Industrie selbst von einem Zufluß der Lebensmittel in die Städte bedingt ist, so ergibt sich daraus die absolute Notwendigkeit dieses Zuflusses um jeden Preis. Dieses minimale ›Gleichgewicht‹ kann bloß erreicht werden a) auf Kosten der in den Städten übriggebliebenen Hilfsquellen und b) mit Hilfe des staatlich-proletarischen Zwanges. Dieser staatliche Zwang (Requisition der Getreideüberschüsse, Naturalsteuer oder irgendwelche andere Formen) ist wirtschaftlich begründet (*Lenin bemerkt am Rande: notwendig*): erstens direkt, insofern das Bauerntum selbst an der Entwicklung der Industrie interessiert ist, die ihm landwirtschaftliche Maschinen, Geräte, künstlichen Düng, elektrische Energie usw. liefert, zweitens indirekt, insofern die Staatsgewalt des Proletariats das beste Mittel des Schutzes darstellt gegen die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Druckes des Großgrundbesitzers, des Wucherers, des Bankiers, des kapitalistischen Staates usw. folglich ist hier der staatliche Zwang nicht reine ›Gewaltanwendung‹ á la Dühring und bildet insofern einen Faktor, der auf der Hauptlinie der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung fortschreitet. (*Lenins Glosse: sehr gut*) (...) Der Mangel an landwirtschaftlichem Inventar kann auch einen Teil der Landwirte bewegen, sich zusammenschließen (landwirtschaftliche Kommunen, Genossenschaften). Aber für die Hauptmasse der Kleinproduzenten wird ihr Hineinziehen in den Organisationsprozeß möglich hauptsächlich durch die Zirkulationssphäre, also formal auf dem selben Wege wie im System des Staatskapitalismus. (*Lenins Glosse: nicht nur formal*) Die staatlichen und kommunalen (die theoretisch den staatlichen nicht entgegengesetzt werden dürfen) Organe der Verteilung und Beschaffung bilden den Hauptapparat des neuen Gleichgewichtssystems.

Hier entsteht die Frage nach jenen bäuerlichen Organisationen, die schon in der Periode der kapitalistischen Entwicklung die zersplitterten Produzenten im Prozeß der Zirkulation zusammen-

schweißten, das heißt die Frage nach den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Aus der Analyse des Zerfalls des kapitalistischen Systems in der Landwirtschaft ergab es sich ja, daß die Kleinproduktion im Prozeß dieses Zerfalls eine relative Stabilität erhalten hatte. Freilich die landwirtschaftliche Genossenschaft zeigte die Tendenz, sich in landwirtschaftliche Syndikate zu verwandeln, an deren Spitze kapitalistische Großgrundbesitzer standen, und verwandelten sich teilweise auch in diese.«<sup>90</sup>

Die Kontrolle über die zersplitterten Kleinbetriebe sollte also über die Warenabnahme und Zulieferung durch die Städte, sprich durch den Dirigismus der Partei, erfolgen. In der SBZ/DDR übernahm später diese Funktion weitgehend die VdgB<sup>91</sup> und die Bäuerliche Handelsgenossenschaft (BHG). Bucharin stellte sich damals vor, daß der Apparat der Genossenschaften allmählich von der sozialistischen Organisation der Verteilung aufgesogen und umgebaut werden könnte und schrieb dazu:

»Der Prozeß vollzieht sich um so rascher, je schneller die Reproduktion in der Industrie hergestellt wird, je schneller das Proletariat seine wichtigere Aufgabe in Angriff nimmt: die technische Revolution, die die konservativen Formen der Wirtschaft völlig verändern und einen mächtigen Anstoß zur Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion liefert.«<sup>92</sup>

Da lag allerdings das Problem. Am Ende des Jahres 1920 waren die Weißen Armeen im wesentlichen besiegt, die Großgrundbesitzer waren enteignet worden und der landwirtschaftliche Boden war unter den unteren und mittleren Bauernschichten aufgeteilt. Die Lebensmittelrequisierungen hatten inzwischen das Ausmaß der Ausplünderung angenommen, gegen die sich der Widerstand verstärkte. Es kam zu neuen Bauernaufständen gegen die Bolschewiken. Diese wurden dem sozialen und wirtschaftlichen Chaos im Lande mit militärischen Mitteln und des Kriegskommunismus nicht mehr Herr. Im Mai 1921, während des 10. Parteitages der Bolschewiken, ließ ein Paukenschlag von Kronstadt aus das Land erzittern. Die Matrosen der militärischen Festung Kronstadt vor Petrograd, die während der Oktoberrevolution in der ersten Reihe marschiert waren, erhoben sich nun zusammen mit Arbeitern, Anarchisten sowie sogar mit Mitgliedern der bolschewistischen Partei gegen das Regime. Die Aufständischen fanden auch in der so genannten Arbeiteropposition innerhalb der Partei, die von A. G. Schljapnikow und Alexandra Kollontai geführt wurde, zum Teil indirekt Unterstützung. Tuchatschewski wurde von Lenin und Trotzki beauftragt, den Aufstand mit seinen Truppen niederzuschlagen, was auch geschah. Der Parteitag beschloß als eine Folge auf den Aufstand, parteiinterne Diskussionen noch härter zu verbieten als bisher üblich und das Fraktionsverbot konsequent durchzusetzen. Damit war der Weg für den späteren Machtantritt Stalins geebnet worden. Die Oppositionsparteien der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre wurden schon zum Ende des Bürgerkrieges verboten. Das System eines totalitären Staates war durchgesetzt. Doch den Parteiführern wurde auch bewußt, daß zur Erhaltung der Macht auf wirtschaftlichem Gebiet ein anderer Kurs eingeschlagen werden mußte.<sup>93</sup>

### 1.3.10. Nowaja Ekonomitscheskaja Politika<sup>94</sup> (NEP)

Lenin zog aus den Kronstädter Ereignissen die Schlußfolgerung:

»Wir sind zu weit gegangen, (...) Wir hatten keine tragfähige Basis. (...) Die Massen haben das gefühlt, was uns selber nicht ganz klar war, daß nämlich der direkte Übergang zu sozialistischen

<sup>90</sup> Ebenda, S. 135 ff.

<sup>91</sup> Verinigung der gegenseitigen Bauernhilfe.

<sup>92</sup> Ebenda, S. 140 f.

<sup>93</sup> Siehe auch: Larin, Jurij: Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjet-Rußland 1917–1920. Berlin 1921; Carr, Edward Hallet: A History of Soviet-Russia. London 1950; ders., 1917, before and after. London 1969.

<sup>94</sup> Neue ökonomische Politik (NÖP).

Formen, zu rein sozialistischen Güterverteilung über unsere Kraft ging. Wenn wir nicht im Stande wären, uns zurückzuziehen und uns auf einfachere Aufgaben zu beschränken, dann könnte uns ein böses Unheil drohen.«<sup>95</sup>

Auch wenn man annimmt, daß Lenins Wortwahl dem Augenblick angepaßt war, so sagte er inhaltlich nichts anderes, als daß die Requirierung von Lebensmitteln und ihre willkürliche Umverteilung als sozialistische Güterverteilung angesehen werden müßte, die das Unheil der Entmachtung heraufbeschworen hätten. Aus diesem Grunde wurde das System des Kriegskommunismus jedenfalls aufgegeben und durch die sogenannte »Neue Ökonomische Politik« (NEP) ersetzt.<sup>96</sup> Diese beinhaltete das Wiederzulassen von marktwirtschaftlichen Beziehungen unter den Produzenten. Es wurde eine »gemischte Wirtschaft« geschaffen, in der die großen Industriebetriebe und das Verkehrswesen in der Hand des Staates blieben, jedoch wurden das kleine und mittlere Unternehmertum sowie Binnenhandelsunternehmen wieder zugelassen. Das Land wurde für ausländische Kapitalinvestitionen, auch im großindustriellen Bereich, geöffnet. Die Lebensmittelbeschlagnahmen wurden allmählich durch Besteuerungen der Landwirtschaftsbetriebe, zuerst in Naturalform, dann in Geldform ersetzt. Die Wirtschaft, vor allem die industrielle Produktion, sollte durch Privatinitiative und Privatkapital wieder in Gang gebracht werden. Der Staat behielt sich jedoch die Gesamtkontrolle über die Wirtschaft vor. Der staatliche Wirtschaftssektor sollte mit dem privaten Sektor konkurrieren und sich dabei so entwickeln, das sich seine Überlegenheit bewiese. Dazu wurde der Staatssektor auch begünstigt.

In der Landwirtschaft gab es wieder kleine Privatunternehmer und Genossenschaften. Mit dem Fortschreiten der NEP erhob sich dann die Frage, in welchen Grenzen die Konkurrenz zwischen den beiden Wirtschaftssektoren erlaubt werden könnte und in welcher Art eine Harmonie und Zusammenarbeit erforderlich wäre. Die Industrie konnte nicht arbeiten, ohne Rohstoffe und Lebensmittel von privatwirtschaftlich betriebenen Bauernhöfen zu kaufen und ohne einen Teil ihrer Produkte auf dem Land abzusetzen. Die Güterverteilung hing vom Privathandel ab. Doch aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen den beiden Sektoren der Wirtschaft entwickelte sich ein neuer Antagonismus. Die Bauern verlangten berechtigterweise ein größeres Angebot an erschwinglichen Verbrauchsgütern, wollten aber für ihre eigenen Produkte auch einen akzeptablen Preis erzielen. Die Industrie, die nur ganz langsam wieder in Schwung kam, produzierte wenig und zu hohen Preisen. Sie verlangte dafür billige Lebensmittel und billige Rohstoffe.

Eine Lösung dieses Antagonismus wurde nun gesucht. Trotzki sah eine Lösung darin, die Industrieentwicklung zu beschleunigen und die Landwirtschaft allmählich zu kollektivieren, um sie letztendlich in eine planmäßige Produktzirkulation mit der Industrie zu integrieren. Trotzki's Biograph, Isaac Deutscher, sagte zu diesen Ideen Trotzki's:

»Solcherart waren die Hauptgedanken, die Trotzki in den ersten Jahren der NEP verkündete, als er in Wirklichkeit als Vorläufer der sowjetischen Planwirtschaft auftrat. Er war nicht der einzige Urheber dieser Gedanken. Was er sagte, brachte das kollektive Denken eines kleinen Kreises von Theoretikern und Administratoren zum Ausdruck, die Trotzki nahe standen, obgleich einige unter ihnen seine disziplinären Attitüden nicht guthießen. Nach Trotzki's eigener Aussage prägte Wladimir Smirnow, der Führer der Dezisten<sup>97</sup>, der im Obersten Rat der Volkswirtschaft arbeitete, als erster den Ausdruck »ursprüngliche sozialistische Akkumulation«. Jewgeni Preobraschenski muß als der Haupttheoretiker der Idee betrachtet werden: sein Werk Die neue Wirtschaft, das 1925 erschien, zeichnet sich durch eine größere Tiefe der theoretischen Argumentation aus, als sie sich in

<sup>95</sup> Lenin: Ausgewählte Werke. Bd. II, Berlin 1976, S. 693.

<sup>96</sup> Siehe auch: Schumpeter, J. A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen 1993, S. 344 f.

<sup>97</sup> Gemeint sind die sogenannten Demokratischen Zentralisten, ein Gruppe innerhalb der Partei, die den Begriff wörtlich meinten und ihn gegen den bürokratischen Zentralismus Stalins stellten.

den Schriften Trotzki findet; und er hat seine Thesen ohne Zweifel bereits 1922–23 vorgetragen.«<sup>98</sup>

Ziemlich schnell hatten Trotzki und andere Bolschewiki ihre Meinung angesichts der sich herausstellenden Realitäten ändern müssen. 1918/1919 hatten sie gemeinsam mit Lenin versucht, sich die Augen vor der scharfen Analyse und Prophezeiung Karl Kautskys zu verbinden. Nun war seine Vorhersage Wirklichkeit. Es wird hier daran erinnert:

»Anders steht es jedoch mit der Staatswirtschaft. Je höher deren Profite, desto niedriger der Betrag an Staatseinnahmen, der durch Steuern zu decken ist und der in einem Bauernstaat vornehmlich von der Bauernschaft aufgebracht werden muß. Der Bauer ist demnach ebensowohl interessiert an höheren Profiten der Staatsbetriebe wie an niederen Preisen ihrer Produkte: das bedeutet aber *niedere Arbeitslöhne*. So sehen wir auch hier wieder die Quelle eines Gegensatzes zwischen Bauer und Industriearbeiter, eines Gegensatzes, der sich um so schärfer ausprägen wird, je größere Ausdehnung die Staatswirtschaft annimmt. *Dieser Gegensatz, und nicht der Sozialismus, das wird die wahre Hinterlassenschaft der russischen Revolution sein.*<sup>99</sup>

Diese Hinterlassenschaft forderte nun, vor allem ab 1925, die Bolschewisten heraus. Trat die Gruppe der »Industrialisierer« um Preobraschenski<sup>100</sup>, Smirnow und Pjatakow für eine gezielte Industrialisierung und höhere Abgaben durch die Bauern ein, um den Spagat zu überwinden, vertrat nun eine Gruppe um Bucharin als Sprecher des neuen »rechten« Flügels die Meinung, dem neuen System in Rußland drohe keine Gefahr mehr, auch wenn die Industrie nur langsame Fortschritte mache. Die Gruppe plädierte für die Fortsetzung der NEP. Der Historiker Deutscher faßte die Position Bucharins zusammen:

»Bucharin griff die ganze Konzeption Preobraschenskis als ›monströs‹ an. Das meiste Kapital schlug er aus dem Ausspruch über die Ausbeutung der Bauernschaft. Wenn die Bolschewiki im Sinne der Ideen Preobraschenskis handeln sollten, dann würden sie, behauptete er, das Bündnis der Arbeiter mit der Bauernschaft zerstören und beweisen, daß das Proletariat (oder jene, die in seinem Namen regierten) eine neue Ausbeuterklasse geworden war, die ihre Diktatur zu verewigen suchte. Die staatseigene Industrie konnte und durfte sich nicht dadurch ausdehnen, daß sie den Privatsektor der Wirtschaft ›verschluckte‹ – im Gegenteil, nur indem sie sich an ihn anlehnte, konnte sie überhaupt einen Fortschritt erzielen, der der Rede wert war. In Preobraschenskis Theorie spielte der bäuerliche Markt eine untergeordnete Rolle: er suchte das Hauptventil für die Erzeugnisse der staatseigenen Industrie innerhalb dieser Industrie selbst, in ihrer ständig wachsenden Nachfrage an Produktionsgütern. Demgegenüber argumentierte Bucharin, daß in einem Land wie Rußland der bäuerliche Markt die Grundlage der Industrialisierung bilden mußte. (...) und er sah in der ungenutzten wirtschaftlichen Tätigkeit der Bauernschaft das hauptsächlichste, wenn nicht das einzige Gegengewicht gegen solche Tendenzen.

Hier aber verfiel sich Bucharin in einem grundsätzlichen Dilemma, denn seine Beweisführung verstieß gegen das grundsätzliche Wesen des Sozialismus. Da das bäuerliche Eigentum nach marxistischer Ansicht mit dem voll ausgebildeten Sozialismus unverträglich war, versah Bucharin in Wirklichkeit den marxistischen Sozialismus überhaupt mit einem Fragezeichen. Er unterstellte, daß der sozialistische Sektor in sich selbst keinen wirksamen Ersatz für das Profitmotiv finden konnte und daher letztlich den Antrieb zu seinem eigenen Fortschritt von dem Profitstreben erhalten mußte, das im Privatsektor lebendig war. Bucharin erwartete gleichsam nach Art der Narodniki, daß der Bauer die Nation vom monopolistischen Griff der staatseigenen Wirtschaft retten würde. Er trat dafür ein, daß man dem Bauer nicht nur erlaube auf seinem Hof zu florieren, sondern daß die Bedürf-

<sup>98</sup> Deutscher, Isaac: Trotzki. Der unbewaffnete Prophet. Stuttgart 1962, S. 57.

<sup>99</sup> Kautsky: Die Diktatur ..., a.a.O., S. 76 ff.

<sup>100</sup> Preobraschenski, Jewgeni Alexejewitsch (1886–1937), seit 1903 Mitglied der SDAPR, ab 1925 Vorsitzender des Finanzkomitees des ZK der KPR (B) und des Rates der Volkskommissare, 1927 Parteiausschluß wegen »fraktioneller Tätigkeit«, 1937 auf Befehl Stalins erschossen, ohne wie die meisten bei den »Säuberungen« ermordeten alten Bolschewiken zuvor »Selbstkritik« geübt zu haben, das heißt, er hatte Stalins Folterknechten widerstanden.

nisse des Bauern das Tempo bestimmen sollten, in dem sich die Nation auf den Sozialismus hinbewegt«. <sup>101</sup>

Deutscher argumentierte, wie man sieht, in Fortsetzung der Linie Trotzki/Preobraschenski, die grundsätzlich von der Zweckmäßigkeit und der historischen Berechtigung der bolschewistischen Revolution ausging, jedoch andere Modalitäten einschlagen wollte. In diesem Sinne interpretierte er die marxistische Position, zog sie aber auch zur Rechtfertigung heran.

Entsprechend der Position Bucharins beschloß eine Parteikonferenz im Jahre 1925, die Landwirtschaftssteuern zu senken und die Beschränkungen hinsichtlich der Landverpachtung, der Beschäftigung von Landarbeitern und der Ansammlung von Kapital weitgehend aufzuheben. Die bauernfreundliche Gruppe setzte sich damit für diesen Kurs ein, nicht weil sie eine Landwirtschaft auf kapitalistischer Grundlage begünstigen wollte, sondern weil sie ein Mittel darin sah, die Lebensmittelversorgung der Städte zu verbessern.

Preobraschenski faßte die Positionen der »Industrialisierer« in seinem Buch »Die Neue Ökonomik« zusammen, das 1925 erschien und eine heftige Kontroverse hervorrief. Er warf Bucharin vor, daß er die objektiven Bedingungen der Wirtschaft und ihre Tendenzen durch die staatliche Wirtschaftspolitik selbst zu ersetzen suchte. Es käme vielmehr darauf an, diese Bedingungen als Voraussetzungen einer Wirtschaftspolitik zu analysieren. Bucharin warf er vor, das Wertgesetz, das nach Preobraschenskis Meinung weiter seine Gültigkeit hätte, durch politischen Voluntarismus umgehen zu wollen. Er bezeichnete hingegen seinen Weg als den einer sozialistischen Akkumulation, der zur Vermehrung des Produktionskapitals führe und somit zu seiner Verbesserung durch rationelle Allokation der vorhandenen produktiven Kräfte zur Steigerung seiner Produktivität. Die Grundgedanken Preobraschenskis waren dabei folgende:

»Ein Land wie die UdSSR aber, mit seiner ruinierten und überhaupt recht rückständigen Wirtschaft, muß eine lange Periode ursprünglicher Akkumulation durchmachen, in der die Quellen, die durch vorsozialistische Wirtschaftsformen zur Verfügung stehen, großzügig genutzt werden. Man darf nicht vergessen, daß die Periode der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation die kritischste Periode im Leben eines sozialistischen Staates nach dem Ende des Bürgerkrieges ist. In dieser Periode ist das sozialistische System noch nicht in der Lage, alle seine organischen Vorteile zu entwickeln, aber gleichzeitig muß es eine Reihe wirtschaftlicher Vorteile, die für ein entwickeltes kapitalistisches System charakteristisch sind, abschaffen. Die Frage, wie man möglichst schnell diese Periode hinter sich bringen kann, wie man so schnell den Moment erreichen kann, in dem das sozialistische System alle seine natürlichen Vorteile über den Kapitalismus entwickeln wird, ist für einen sozialistischen Staat eine Frage auf Leben und Tod. Jedenfalls ist das das Problem der UdSSR heute, (...). Wenn man unter solchen Bedingungen nur auf die Akkumulation auf sozialistischem Gebiet rechnen würde, würde das bedeuten, daß man die Existenz der sozialistischen Wirtschaft selbst gefährdet oder die Periode der vorläufigen Akkumulation endlos verlängert, wobei die Dauer dieser Periode nicht vom freien Willen des Proletariats abhängt. Im konkreten Teil meiner Arbeit, der der Industrie und Landwirtschaft der UdSSR gewidmet ist, werden wir Kalkulationen darüber aufstellen, wie lange man für den Wiederaufbau unserer Industrie auch nur zu ihrem Vorkriegszustand rechnen müßte, wollte man nur auf das Mehrprodukt dieser Industrie selbst zurückgreifen. In jedem Fall: Der Gedanke, daß die sozialistische Wirtschaft sich allein entwickeln kann, ohne die Quellen der kleinbürgerlichen (einschließlich Bauern-)Wirtschaften anzugreifen, ist zweifellos ein reaktionärer kleinbürgerlicher Gedanke. Die Aufgabe des sozialistischen Staates besteht hier nicht darin, von den kleinbürgerlichen Produzenten weniger zu nehmen, als der Kapitalismus nahm, sondern mehr zu nehmen von den noch größeren Einkünften, die dem Kleinproduzenten durch die Rationalisierung der ganzen Wirtschaft, einschließlich der Kleinproduktion, aufgrund der Industrialisierung des Landes und der Intensivierung der Landwirtschaft, zufallen.« <sup>102</sup>

<sup>101</sup> Deutscher: Trotzki, a.a.O., S. 295 f.

<sup>102</sup> Preobraschenski, J. A.: Die Neue Ökonomik. Berlin 1971, S. 114 f.

Die von Preobraschenski vorgeschlagene Weise der Industrialisierung und der Intensivierung der Landwirtschaft war zweifelsohne nicht identisch mit den herausgearbeiteten Vorstellungen der deutschen Marxisten. Deren Vorstellungen hätten, konsequent zu Ende gedacht, eine sozialistische Transformation Rußlands gar nicht erlaubt. Der Weg Preobraschenskis wäre der einer staatskapitalistischen Akkumulation in einer gemäßigten Form gewesen, wie sie real ab 1929 von Stalin eingeleitet wurde.<sup>103</sup>

Zunächst gelang es Stalin als Generalsekretär der Partei mit Hilfe der Gruppe um Bucharin, die Opposition um Trotzki und Preobraschenski 1927/28 auszuschalten und alle ihre Anhänger aus ihren Funktionen zu entfernen, sie aus der Partei auszuschließen, zu verbannen oder hinzurichten. Als dieses gelungen war, trennte er sich von der Bucharin-Gruppe und erklärte nun auch diese und ihre Anhänger zu Feinden des Sozialismus. Sie wurden ebenfalls ihres Einflusses enthoben. Nun war Stalin allmächtiger Alleinherrscher.

Im Hintergrund der politischen Auseinandersetzungen und Machtkämpfe entwickelte sich das wirtschaftliche Desaster weiter. Die industrielle Entwicklung kam nur langsam voran. Die Nachfrage nach Industriegütern auf dem Lande wuchs und konnte immer weniger gedeckt werden. Es fehlte an zirkulierendem Kapital, um notwendige Importe für Industrie und Landwirtschaft zu tätigen. Unter diesen Bedingungen wuchs der Protest der Bauern gegen die drückenden Abgabenlasten. Sie verweigerten die Getreideabgaben und beschworen so den Aufstand der hungernden Städter gegen die Administration herauf. Das Jahr 1928 war durch eine Brotkrise gekennzeichnet, die Getreideexporte mußten eingestellt werden. Die NEP war abgebrochen worden. Die Verschärfung der Ablieferungspflichten für die Bauern und die erneuten brachialen Requirierungen von Nahrungsmitteln hatten kein anderes Ergebnis gebracht, als die Feindseligkeit und die Wut der Bauern. Das Zentralkomitee ließ die Brotpreise um 20 Prozent erhöhen.

Die meisten Kleinbauern produzierten nicht mehr, als sie für den Eigenbedarf brauchten. So rächte sich nach zehn Jahren die Agrarrevolution, die man im Jahre 1917 vorangetrieben hatte. Durch die Aufteilung der großen Güter in kleine Grundstücke hatte man die Bauern veranlaßt, die Bolschewisten im Bürgerkrieg zu unterstützen. In der Folgezeit ging die Produktivität der Landwirtschaft und ihre Fähigkeit, die großen Städte zu ernähren, immer mehr zurück.

### 1.3.11. Die Zwangskollektivierung

Ende 1928 beschloß das Zentralkomitee auf Weisung Stalins den ersten Fünfjahrplan zur Industrialisierung,<sup>104</sup> die Kollektivierung der Landwirtschaft war in dem Plan inbegriffen. Die bekannten Zwangsmaßnahmen zur Kollektivierung waren bereits Ende des Jahres 1929 in vollem Gange und zeigten ihre Resultate. Die Kollektivierung zwang mehr als hundert Millionen Bauern, ihre kleinen Bauernhöfe aufzugeben und sich in Kolchosen zusammenzuschließen. Die Bauern wehrten sich, indem sie ihr Vieh abschlachteten und ihr Getreide und Gerät verbrannten. Stalin befahl den »Generalangriff gegen die Kulaken« indem er sagte:

»Wir müssen die Kulaken zerschlagen, wir müssen sie als Klasse ausrotten. (...) Wenn wir uns nicht dieses Ziel setzen, dann ist die Offensive nichts als leere Deklamation, Getue und inhaltsloser Lärm. (...) Wir müssen die Kulaken so hart treffen, daß sie sich niemals werden wieder aufrappeln können.«<sup>105</sup>

<sup>103</sup> Siehe hierzu auch: Preobraschenskij, E.: Die sozialistische Alternative. Hg. von Bernd Rabehl. Berlin 1974; Carr, Edward H.: The Russian Revolution. From Lenin to Stalin. New York 1979.

<sup>104</sup> Lorenz, Richard: Die Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik. Köln 1965; ders., Sozialgeschichte der Sowjetunion. Frankfurt/M. 1981.

<sup>105</sup> Stalin, J.: Werke. Bd. V, S. 206.

Das war nicht nur das Todesurteil für die private Landwirtschaft in der Sowjetunion. Damit wurde auch der faktische Genozid an der russischen Bauernschaft in dem Sinne beschlossen, daß die Träger landwirtschaftlicher Kenntnisse und Fertigkeiten der Massenvernichtung preisgegeben wurden. Die mittleren Bauern, so genannte Kulaken oder einfache Bauern, die sich nicht von ihrer Habe trennen wollten, wurden enteignet und millionenfach in Konzentrationslager zur Zwangsarbeit deportiert und ausgebeutet. Die zweite Revolution hatte begonnen. Courtois faßt diesen Vorgang wie folgt zusammen:

»Wie die heute zugänglichen Archive bestätigen, war die Zwangskollektivierung des Agrarlandes ein regelrechter Krieg des Sowjetstaates gegen eine ganze Nation von kleinen Betrieben. Mehr als zwei Millionen wurden deportiert, darunter 1,8 Millionen zwischen 1930 und 1931. Sechs Millionen verhungerten und Hunderttausende starben während der Deportation. Diese Zahlen lassen ahnen, was für eine menschliche Tragödie dieser Großangriff auf die Bauernschaft gewesen ist. Der Krieg war mit dem Winter 1929/30 keineswegs zu Ende, sondern dauerte mindestens bis in die Mitte der dreißiger Jahre. Sein Höhepunkt war die furchtbare Hungersnot von 1932/33, welche die Behörden mit Absicht verursacht hatten, um den Widerstand der Bauern zu brechen.«<sup>106</sup>

Michail Scholochow, der Autor der Romane »Der Stille Don« und »Neuland unterm Pflug«, die sich eher in der Art der Selbstzensur, aber sehr naturalistisch mit der Zeit des Bürgerkrieges und der Zwangskollektivierung auseinandersetzen, schrieb 1933 eine Beschwerde über die Grausamkeiten bei der Kollektivierung an Stalin. In dem Brief Scholochows an Stalin heißt es:

»Als man mit den Beschlagnahmungen anfang, versteckten sich die Bauern und vergruben das Korn. Und nun ein Wort zu den Zahlen, die diese Beschlagnahmungen erzielten. »Gefundenes« Getreide: 5 930 Doppelzentner (...) Und hier einige Methoden, mit denen man zu jenen 593 Tonnen kam, die teilweise seit 1918 vergraben waren. Die Kältemethode (...) Man zieht den Kolchosbauer aus und setzt ihn splinternackt in der Scheune der Kälte aus. Die Hitzemethode: Man übergießt die Füße und die Rockzipfel der Kolchosbäuerinnen mit Kerosin und zündet beides an. Dann löscht man alles wieder und beginnt von vorne (...) In der Kolchose Napolowski zwang ein gewisser Plotkin, »Bevollmächtigter« des Distriktkomitees, die verhörten Kolchosbauern, sich auf einen glühenden Ofen zu legen, und sperrte sie hinterher zum »Abkühlen« in die Scheune (...) Wenn Ihnen mein Brief der Aufmerksamkeit des Zentralkomitees wert scheint, so schickt wahre Kommunisten hierher, die den Mut haben, alle diejenigen, die dem Aufbau der Kolchosen in diesem Distrikt einen tödlichen Schlag versetzt haben, zu entlarven (...) Sie sind unsere einzige Hoffnung«.<sup>107</sup>

Stalin antwortete dem bekannten Schriftsteller sinngemäß, daß es sich nur um einige Randerscheinungen und Entgleisungen bei den notwendigen Maßnahmen handele.

Der erste Fünfjahrplan, mit dem Stalin nun auf das Programm der »Industrialisierer« auf brutale Weise zurückgegriffen hatte, zeitigte seine Erfolge Mitte der dreißiger Jahre: Die Industrialisierung war voran gegangen. Es wurden beispielsweise etwa 10 Millionen Tonnen mehr Stahl produziert als zuvor. In der Landwirtschaft wurden Traktoren und Maschinen eingeführt. Es bedurfte noch Jahre, bis die Getreideproduktion wieder den Stand von 1913 erreichte.<sup>108</sup> Die Kosten an Menschenleben wurden heute von Stéphane Courtois im »Schwarzbuch des Kommunismus« berechnet.

### 1.3.12. Zusammenfassung

Es wurde bisher dargestellt, welche kulturellen und agrar-ökonomischen Bedingungen Rußlands der Agrartransformation durch die Sowjetunion vorausgingen. Diese Bedingungen insgesamt, aber auch die der Landwirtschaft, waren weit hinter der Entwicklung der westeuropä-

<sup>106</sup> Courtois: Schwarzbuch des Kommunismus, a.a.O., S. 165.

<sup>107</sup> Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation 45/1/827/7-22, aus: ebenda, S. 186.

<sup>108</sup> Siehe hierzu auch: Bruckus, Boris D.: Der Fünfjahrplan und seine Erfüllung. Leipzig 1932.

ischen Staaten zurückgeblieben. Es herrschte noch extensive Dreifelderwirtschaft bei Anwendung veralteter Mittel und Methoden vor. Die Leibeigenschaft wurde erst 1861 unter dem inneren Druck von Kräften aufgehoben, die eine wirtschaftliche und liberale Entwicklung für erforderlich hielten, um die soziale Rückständigkeit des Landes zu überwinden, aber auch, um den Herausforderungen durch die internationalen Wirtschaftsbeziehungen begegnen zu können. Die Verbilligung der Agrarpreise auf dem Weltmarkt hatte sich auf die ökonomische Situation im Innern ausgewirkt.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft war mit der teilweisen Aufhebung der russischen Dorfkommune und der Einführung der Geldwirtschaft verbunden. Mit der Aufhebung der ländlichen Autarkie und Selbstgenügsamkeit traten neue Probleme auf. Die hohen Ablösegebühren für das Ackerland schufen eine wachsende Staatsabhängigkeit der Bauern und verhinderten Akkumulationsmöglichkeiten bei der Mehrheit von ihnen, vor allem bei den kleinen Wirtschaften. Die Überschuldung der Betriebe wurde zum allgemeinen Problem. Ein Ausweg daraus wurde in der Aneignung von mehr Land gesehen. Behindernd wirkte sich nun auch die allgemeine Rückständigkeit des Landes aus, den Mangel an Industriegütern aufgrund unzureichender Entwicklung in der Industrie, im Handwerk, im Mittelstand und besonders auch im Transportwesen aus.

Auf die Bauernerhebung im Jahre 1902 reagierte die Zarenregierung mit einem Zarenmanifest, das die teilweise Aufhebung der Ablösegebühren versprach. Da dieses jedoch nicht die erforderlichen praktischen Lösungen brachte, kam es zur ersten Revolution von 1905/07. Zwar wurde die Erhebung militärisch niedergeschlagen, es folgte aber die Einrichtung einer ersten Form der konstitutionellen Monarchie mit der Einberufung der 1. Duma. Diese beschloß 1906 die nach dem zweiten Ministerpräsidenten benannten Stolypinschen Reformen. Diese hatten die Entfaltung marktwirtschaftlicher Triebkräfte in der russischen Landwirtschaft zum Ziel, indem Bodenflächen verstärkt an unternehmungs- und investitionsbereite Landwirte übergeben werden konnten. Es erfolgte tatsächlich eine massive Produktivitätssteigerung. Als negative Faktoren stellten sich der Mangel an Maschinen und die fehlende soziale Sicherung einer nun weiter verarmenden Bauernschicht heraus.

Hätten die erforderlichen praktischen Voraussetzungen bestanden, wäre die Weiterentwicklung der Stolypinschen Reformen unter einer der Größe der Aufgaben angepaßten konstitutionellen Monarchie vielleicht der zweckmäßigste Weg zum Industrieland für Rußland gewesen. Doch die Bedingungen dafür waren nicht gegeben. Das Haupthindernis war das Fehlen eines starken durchsetzungsfähigen Bürgertums. Aus der damaligen sozialstrukturellen Zusammensetzung läßt sich ungefähr das graphische Bild der Interessenvektoren ableiten:

knapp 4 Prozent Großbürger, Unternehmer, höhere Beamte, circa 16 Prozent Adel, Großbauern, 65 Prozent kleine und mittlere Bauern, 10 Prozent Kleinbürger und etwa 5 Prozent Industriearbeiter.

Verschärfend im Sinne der Verstärkung der bestehenden sozialen und ökonomischen Problemstellung wirkte sich der 1. Weltkrieg aus. Entsprechend der wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Entwicklung konstituierte sich die politische Bewegung. Je mehr die Macht und Handlungsfähigkeit des Adels und der Zarenaristokratie nachließ und die Entwicklung einer beweglichen Bourgeoisie aufgrund der speziellen Lage Rußlands gehemmt blieb, wurden Teile des Kleinbürgertums und der Intelligenz zum handelnden Subjekt. Die prekäre soziale Lage der Bauernmassen bildete den sozialpolitischen Zündstoff.

In der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts bildeten sich die Gruppen der Narodniki mit dem Ziel der Herstellung eines russischen Agrarsozialismus auf der Basis der Obschtschina. Infolge ihrer faktischen sozialpolitischen Wirkungslosigkeit spalteten sich diese in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Einer ihrer Flügel entwickelte sich zum politischen Extremismus und Terrorismus hin. Diese Bewegung wurde, das sei hier ergänzt, vor allem von dem anarchistisch-terroristischen Revolutionär Sergej Netschajew symbolisiert. Der andere politische Flügel lehnte seine Programmatik an den westlichen Marxismus an. Es bildete sich die russi-

sche sozialdemokratische Partei, die sich nach kurzer Zeit im Jahre 1903 in Menschewiki und Bolschewiki spaltete. Das Programm der Menschewiki, das der Entwicklung eines russischen Kapitalismus in der Form einer bürgerlichen Republik Vorschub leistete, eingeschlossen die Bildung einer Provisorischen Regierung, blieb aufgrund der mangelnden Stärke und Souveränität der russischen Bourgeoisie und des Lohnproletariats erfolglos. Während des 1. Weltkrieges spitzte sich die soziale Lage vor allem der Bauern so zu, daß sich jetzt im Grunde das Programm Netschajews mit marxistischem Etikett versehen, auf einer anderen Stufe des bereiteten gesellschaftlichen Bodens unter der theoretischen, politischen und militärischen Führung Lenins und Trotzki in die Praxis umsetzen ließ.

Gleich nach der Machtergreifung stellte sich heraus, daß die Bolschewiki keine Mehrheit besaßen. Die Konstituante wurde gewaltsam aufgelöst. Der Terror gegen alle anderen politischen Gruppen und gegen die Bevölkerung begann. Die Macht der Bolschewiki konnte nur hergestellt und erhalten werden durch das Versprechen an die Bauern, ihren Landhunger zu stillen. Dabei blieb das Dekret Lenins über den Boden Makulatur, die Neuverteilung des Bodens geschah durch Willkür und mit der jeweiligen Durchsetzungskraft der unterschiedlichen Bauernschichten vor Ort.

Die für die Bolschewisten herrschaftsstützende Willkür und der daraus folgende Bürgerkrieg brachten das genuin marode Produktions- und Verteilungssystem vollends zum Einsturz. Der Kriegskommunismus diente als Methode zur Machtergreifung und -sicherung. Angesichts des daraus resultierenden ökonomischen Zusammenbruchs mußten auf wirtschaftlichem Gebiet marktwirtschaftliche Zugeständnisse gemacht werden (die Periode der NEP). Doch nun stellte sich der schon von Kautsky im Jahre 1918 vorhergesagte und analysierte Widerspruch zwischen Landwirtschaft und Industrie in der Wirklichkeit gravierend heraus. Die Bauern bekamen keine Landmaschinen und keine Geräte zu kaufen und verweigerten daraufhin die Abgaben ihrer Produkte. Die hungrigen Arbeiter in den Städten verweigerten erneut die Arbeit. Ein auswärtiger Handel war durch die niedrige Produktivität der sowjetischen Wirtschaft so gut wie unmöglich: Einerseits konnten kaum Produkte für den Export zur Verfügung gestellt werden, andererseits waren die internationalen Austauschbedingungen für die Russen äußerst ungünstig, das heißt, sie mußten für einen bestimmten Produktenwert aufgrund ihrer geringen Arbeitsproduktivität viel mehr Arbeitszeit aufwenden als die Industrieländer. Die Auswirkungen der so genannten Terms of Trade, das heutige ökonomische Hauptproblem der Entwicklungs- und Schwellenländer beim Handel mit Industrieländern, kristallisierte sich damals in der Sowjetunion wirksam heraus. Zum Gegenargument »Handelsembargo« soll hier erwidert werden:

Im Prinzip scheuen Unternehmen nicht davor zurück, politische Handelsschranken zu umgehen, wenn der Handel profitabel erscheint. In Sowjetrußland war damals aber sozusagen nichts zu holen. Die Rohstoffgewinnung war zu damaliger Zeit kaum entwickelt.

Die nun in den zwanziger Jahren entstandene Situation sollte unter Aufrechterhaltung bolschewistischer Macht gelöst werden. Unter der Führung Stalins wurden 1928 Beschlüsse zur forcierten Industrialisierung und zur Kollektivierung der Landwirtschaft gefaßt, die im ersten Fünfjahresplan niedergelegt wurden.

In der Praxis bedeutete die Kollektivierung eine erneute Enteignung der Bauern und die Überführung des landwirtschaftlichen Kapitals in die Hände des totalitären Staates. Dieser Prozeß mit seinem blutigen Terror gegen die Klasse der Bauern hatte eine massenhafte Vernichtung wesentlicher menschlicher Fachkompetenz und wirtschaftlich-materieller Voraussetzungen im Agrarsektor zur Folge, was faktisch einem Genozid an der Bauernklasse gleichkam.

Die Triebkraft der diktatorischen Führung resultierte wohl aus einer massiven Fehleinschätzung der Konsistenz und Entwicklungsfähigkeit des westlichen Industriesystems einerseits und der Überschätzung der Entwicklungsfähigkeit des östlichen Staatskapitalismus andererseits, dessen Innovationsfähigkeit durch den immanenten Totalitarismus selbst gehemmt

blieb. Sein Ende ergab sich aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und den neuen bürgerlich-demokratischen Revolutionen am Ausgang des zweiten Jahrtausends. Der Zeitpunkt wurde weitgehend durch die Geschichte bestimmt.

Es sollte gezeigt werden, daß die Agrartransformation in der Sowjetunion von 1917 bis 1945 zwar im Namen des Marxismus und später des Marxismus-Leninismus offiziell vorangetrieben wurde, ein Vorgehen, das jedoch in der Praxis mit den Vorstellungen des westlichen Marxismus und den Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie keine Gemeinsamkeit besaß. Rußland besaß bei der Machtübernahme durch die Bolschewiki nicht die Ausgangsbedingungen, wie sie vom westlichen Marxismus für eine sozialistische Transformation für notwendig angesehen wurden.

Die Sowjetunion hatte genuin aus ihrer Systembildung und später aus den Folgen des Zweiten Krieges zwei hauptsächliche Bedürfnisse:

1. Die Beschaffung von Lebensmitteln und 2. die Beschaffung von Industrieprodukten, Technologien und wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Im April 1945 rückten die sowjetischen Truppen in ihrer militärischen Überlegenheit über die Deutsche Wehrmacht, die auf sowjetischer Seite nur durch einen vielfach höheren Einsatz an Menschenleben und Material hergestellt werden konnte, von Hinterpommern und Stettin her kommend auf das Gebiet an der Peene vor. Ihre Kommissare und die später nachkommenden, von Stalin im Interesse der sowjetischen Imperialmacht beauftragten KPD-Funktionäre und Politiker hatten in ihrem Marschgepäck die Ideologie des Leninismus-Stalinismus und die Pläne zur Befriedigung der sowjetischen Bedürfnisse.